

# **Integrierter Finanz- und Aufgabenplan 2008 bis 2012**

# **INTEGRIERTER FINANZ- UND AUFGABENPLAN 2008 - 2012**

**Der Regierungsrat des Kantons Luzern an den Grossen Rat**

Sehr geehrte Frau Präsidentin

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen den Integrierten Finanz- und Aufgabenplan 2008 - 2012 mit folgendem Bericht:



# **Inhaltsverzeichnis**

<b>I.</b>	<b>ÜBERSICHT</b>	<b>5</b>
<b>II.</b>	<b>PLANUNGSGRUNDLAGEN</b>	<b>6</b>
<b>III.</b>	<b>CHANCEN UND RISIKEN</b>	<b>13</b>
<b>IV.</b>	<b>ÜBERSICHT ÜBER DIE ERGEBNISSE</b>	<b>15</b>
<b>V.</b>	<b>FINANZPOLITISCHE BEURTEILUNG</b>	<b>21</b>
<b>VI.</b>	<b>FUNKTION UND BEDEUTUNG DES IFAP</b>	<b>23</b>
<b>VII.</b>	<b>VORGABEN DER REGIERUNG UND MASSNAHMEN ZUM LEGISLATUR-PROGRAMM 2003-2007</b>	<b>25</b>
<b>VIII.</b>	<b>AUFGABEN UND FINANZEN</b>	<b>41</b>
	0 Allgemeine Verwaltung	42
	1 Öffentliche Sicherheit	46
	2 Bildung	52
	3 Kultur und Freizeit	59
	4 Gesundheit	63
	5 Soziale Wohlfahrt	68
	6 Verkehr	73
	7 Umwelt und Raumordnung	77
	8 Volkswirtschaft	81
	9 Finanzen und Steuern	85
<b>IX.</b>	<b>STRASSENWESEN</b>	<b>90</b>
<b>X.</b>	<b>INVESTITIONEN KANTONALE HOCHBAUTEN</b>	<b>91</b>
	<b>GROSSRATSBESCHLUSS</b>	<b>94</b>



# I. Übersicht

Der Integrierte Finanz- und Aufgabenplan zeigt die vorgesehene Entwicklung der Finanzen und Aufgaben des Kantons Luzern in den nächsten fünf Jahren. Im Zahlenteil des Planes sind nur diejenigen Vorhaben eingerechnet, die schon beschlossen sind. Wir haben neue Vorhaben, die von den Departementen geplant werden, nicht eingerechnet. Sie werden jedoch beschrieben und ihre Kosten geschätzt.

Die Laufenden Rechnungen in den Finanzplanjahren schliessen mit Ertragsüberschüssen von 13,4 (2009), 5,9 (2010) und 6,0 (2011) Millionen Franken bzw. einem Aufwandüberschuss von 8,7 Millionen Franken (2012) ab. Die Nettoinvestitionen steigen von 188,1 Millionen Franken im Budget 2008 auf rund 200 Millionen Franken in den Jahren 2010 bis 2012. Trotz wegfallenden Betriebsinvestitionen für die ab 2008 als öffentlich-rechtliche Anstalten geführten kantonalen Spitäler und Kliniken liegen sie somit deutlich über der Planung der Vorjahre.

Aus der Gesamtrechnung resultieren Finanzierungsfehlbeträge von 18,2 (2009), 29,4 (2010), 23,6 (2011) und 33,2 Millionen Franken (2012). Der durchschnittliche Selbstfinanzierungsgrad der Jahre 2009 bis 2012 beträgt 86,9 Prozent. Damit kann die Vorgabe eines Selbstfinanzierungsgrades von 100 Prozent, wie sie im Finanzleitbild 2006 definiert ist, gemäss aktueller Planung nicht erreicht werden. Als Folge davon würden die Schulden aufgrund der momentanen Planung in den Jahren 2009 bis 2012 um 104,4 Millionen Franken steigen. Um diesen Anstieg der Schulden vermeiden zu können, muss dem Ausgabenwachstum eine sehr hohe Beachtung geschenkt werden.

Wir stellen für 2009 eine weitere Senkung des Staatssteuerfusses um  $\frac{1}{20}$  einer Einheit auf neu 1,5 Einheiten in Aussicht und haben diese einberechnet. Für den Ausgleich der kalten Progression im Jahr 2012 haben wir 18 Millionen Franken berücksichtigt. Wir planen mit der Steuergesetzrevision 2011 neben der Umsetzung der Unternehmenssteuerreform II des Bundes weitere steuerliche Entlastungen. Aufgrund des Steuerwettbewerbs erachten wir diese Revision als zwingend notwendig, wenn sich die Steuerbelastung gemäss Finanzleitbild 2006 dem schweizerischen Mittel nähern soll (2006: 115,2 Indexpunkte). Die Ausfälle aus der Steuergesetzrevision 2011 sind im IFAP 2008-2012 noch nicht enthalten. Ebenfalls rechnerisch nicht im IFAP 2008-2012 berücksichtigt sind mögliche Mehrbelastungen für den Kanton Luzern aus der Bundespolitik, insbesondere mögliche Mehrkosten der Spitalfinanzierung.

Allfällige Buchgewinne aus Verkäufen von Liegenschaften und Beteiligungen sind nicht in den Planzahlen 2009 bis 2012 enthalten. Solche ausserordentlichen Erträge müssen für den Schuldenabbau und dürfen nicht zur Finanzierung von ordentlichen Ausgaben verwendet werden.

## II. Planungsgrundlagen

### 1. Allgemeine Annahmen

	(in Prozent)						
	R 2006	B 2007	B 2008	2009	2010	2011	2012
BIP real	2,7	2,3	1,9	1,5	1,5	1,5	1,5
Teuerung	1,1	0,6	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2
Sachaufwand	7,6	0,0	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2
Personalaufwand (budgetwirksam)	-1,5	2,0	1,8	1,2	1,2	1,2	1,2
Beiträge an Dritte (Staatsbeiträge)	2,1	0,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Steuerentwicklung natürliche Personen *	2,5	2,5	2,75	3,25	3,25	2,5	2,5
Steuerentwicklung juristische Personen *	13,3	2,5	7,5	7,5	7,5	2,5	2,5
Steuereinheiten	1,7	1,6	1,55	1,5	1,5	1,5	1,5
Gebühren/Entgelte	8,5	1,0	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2

\* je ordentliche Entwicklung, d.h. ohne Nachträge, ohne Steuergesetzrevisionen und ohne lineare Steuersenkungen

### 2. Bemerkungen zu Zuwachsraten

#### a. Wirtschaftsentwicklung und Teuerung

Die Konjunktur in der Schweiz hat sich in den letzten Monaten erfreulich entwickelt. Wir haben für unsere Planung die Prognose des Staatssekretariats für Wirtschaft (seco), Stand Juni 2007, übernommen. Auf der gleichen Basis plant auch der Bund. Für das Jahr 2007 wird ein Realwachstum der schweizerischen Wirtschaft von 2,3 Prozent prognostiziert und für 2008 ein solches von 1,9 Prozent. Im Gegensatz zum seco formuliert die eidgenössische Finanzverwaltung für ihre Mittelfristplanung Konjunkturerwartungen bis 2011. Der Bund rechnet für die Jahre 2009 bis 2011 mit einem jährlichen realen Wachstum von 1,5 Prozent. Die Teuerung schätzen wir ab 2008 auf jährlich 1,2 Prozent. Die Entwicklung des Sachaufwands und der Gebühren und Entgelte in diesen Jahren haben wir entsprechend der erwarteten Teuerung hochgerechnet. Bei den Staatsbeiträgen haben wir auf allgemeine Annahmen verzichtet, da die finanzielle Entwicklung der einzelnen Staatsbeiträge von sehr unterschiedlichen Einflussfaktoren bestimmt wird (z.B. Leistungsaufträge, Mengenentwicklung, gesetzliche Bestimmungen).

## b. Erhöhung Personalaufwand

Wir sahen im IFAP 2007-2011 für das Jahr 2008 eine Erhöhung des budgetwirksamen Personalaufwands von 1 Prozent vor. Das Budget 2008 enthält nun eine Erhöhung von 1,8 Prozent. Unter Berücksichtigung der Senkung des Arbeitgeberbeitrags an die Familienausgleichskasse des Kantons Luzern (0,2 Prozent) und des Mutationseffektes (0,5 Prozent) stehen 2008 2,5 Prozent für lineare und individuelle Lohnmassnahmen zur Verfügung. Für die Jahre ab 2009 sehen wir unverändert eine Erhöhung des budgetwirksamen Personalaufwands von 1,2 Prozent pro Jahr vor.

## c. Zuwachs der Staatssteuererträge

Die Berechnungen der Steuererträge des Budgets 2008 und der Planjahre 2009 bis 2012 basieren auf einer Nachkalkulation aufgrund der Ist-Zahlen 2006. Die für das Budget 2008 ausgewiesenen Werte für ein Wachstum von 2,75 Prozent für natürliche Personen und 7,5 Prozent basieren auf einer bereinigten Basis 2007. Wir haben für die Jahre 2008 bis 2012 im Vergleich zu den Vorjahren differenziertere Steuerberechnungen erstellt. Wir gehen davon aus, dass die Nachträge in der ganzen Planungsperiode bei konstant 60 Millionen Franken für die natürlichen Personen und bei 25 Millionen Franken für die juristischen Personen liegen. Wir rechnen damit, dass die ordentlichen Steuererträge dank der guten Konjunktur und dank des Kompensationseffekts aus der Steuergesetzrevision 2008 bis ins Jahr 2010 stark steigen. In den Jahren 2009 und 2010 erwarten wir deshalb ein Wachstum des ordentlichen Steuerertrags von 3,25 Prozent bei den natürlichen Personen und von 7,5 Prozent bei den juristischen Personen. Auf Basis des vom Bund erwarteten mittelfristigen Wirtschaftswachstums von 1,5 Prozent erwarten wir, dass sich die ordentlichen Steuererträge ab 2011 um jährlich 2,5 Prozent erhöhen. Von diesem Wachstum der ordentlichen Steuererträge ziehen wir die Ausfälle der Steuergesetzrevision 2008, die linearen Steuersenkungen von je  $\frac{1}{20}$  einer Einheit für die Jahre 2008 und 2009 und den Ausgleich der kalten Progression im Jahr 2012 ab.

## d. Steuereinheiten

Die Steuereinheiten sind ein Instrument, um kurzfristig auf aktuelle Entwicklungen reagieren zu können. Dank des starken Wachstums der Steuererträge beantragen wir deshalb im Voranschlag 2008 entgegen der bisherigen Planung eine Senkung um  $\frac{1}{20}$  einer Einheit. Wir erwarten für die nächsten Jahre mit einer guten Konjunktur und dadurch mit steigenden Steuererträgen. Wir stellen deshalb für 2009 eine weitere lineare Steuersenkung von  $\frac{1}{20}$  einer Einheit auf neu 1,5 Einheiten in Aussicht.



### 3. Bundesfinanzpolitik

#### a. Steuerpolitik des Bundes

Die eidgenössischen Räte haben die Unternehmenssteuerreform II verabschiedet. Gegen das Vorhaben wurde das Referendum ergriffen und kam zustande. Die Volksabstimmung findet am 24. Februar 2008 statt. Sollte das Volk die Unternehmenssteuerreform II unterstützen, ist mit einer Einführung im Jahr 2010 zu rechnen. Der Kanton Luzern hat die Reduktion der wirtschaftlichen Doppelbelastung durch die Besteuerung von Gewinnen und Dividenden, also die Hauptmassnahme der Unternehmenssteuerreform II, mit der Steuergesetzrevision 2005 bereits umgesetzt.

Mit den Sofortmassnahmen im Bereich der Ehepaarbesteuerung sollen per 1. Januar 2008 bestehende Diskriminierungen von Zweiverdiener-Ehepaaren gegenüber Konkubinats-Paaren reduziert werden. Die Steuerzahlenden werden dadurch ab dem Jahr 2009 entlastet. Die Massnahmen umfassen die Erhöhung des Zweiverdiener-Abzugs und die Einführung eines Verheirateten-Abzugs. Zusätzlich zu den Sofortmassnahmen soll nächstens ein Grundsatzentscheid bei der Ehepaarbesteuerung gefällt werden. Der Bundesrat hat dazu die vier Modelle „Modifizierte Individualbesteuerung“, „Vollsplitting“, „Wahl zwischen Teilsplitting und Individualbesteuerung“ und „Neuer Doppeltarif“ in die Vernehmlassung geschickt. Grundlegende Änderungen des Steuersystems, z.B. die Einführung der Individualbesteuerung, würden grosse Vorarbeiten bedeuten und liessen sich nur gesamtschweizerisch und auf den gleichen Zeitpunkt hin einführen. Deshalb gehen wir davon aus, dass ein allfälliger Systemwechsel bei der Ehepaarbesteuerung nicht in der Planperiode bis 2012 umgesetzt wird.

Der Bund hat eine Vorlage zur Vereinfachung des Mehrwertsteuer-Gesetzes in die Vernehmlassung geschickt. Die Mehrwertsteuer ist eine reine Bundessteuer. Ziele der Reform sind unter anderem Vereinfachungen und eine höhere Rechtssicherheit für Unternehmen. Die Reformvorschläge umfassen die Module „Steuergesetz“, „Einheitssatz“ und „2 Sätze“. Das Modul Einheitssatz wird mit diversen Kompensationsmöglichkeiten und einer Variante Gesundheitswesen ergänzt. Die Kantone könnten allenfalls von einem tieferen Satz bei bezogenen Waren und Dienstleistungen profitieren, müssten jedoch höhere Zahlungen im Gesundheitsbereich und für Subventionen leisten. Da die Form der allfälligen Anpassungen des Mehrwertsteuer-Gesetzes und deren Umsetzungszeitpunkt unklar sind, verzichten wir auf eine rechnerische Berücksichtigung im vorliegenden IFAP 2008-2012.

Die EU übt beim Bund Druck aus im Zusammenhang mit der Besteuerung für Unternehmen mit besonderem Steuerstatus. Die EU erachtet diese Steuerprivilegien als unzulässige staatliche Beihilfen und erkennt darin eine Verletzung des EFTA-Freihandelsabkommen. Der Bundesrat stellt dies in Abrede und verweist zudem auf die Steuerautonomie der Schweiz. Die Kantone unterstützen die Position des Bundesrates. Wir gehen davon aus, dass es in der Planperiode zu keinen Anpassungen bei der Besteuerung von Unternehmen mit besonderem Steuerstatus kommen wird. Auch eine vom Bundesrat als mögliche Alternative ins Spiel gebrachte massive Senkung der Gewinnsteuer bei der direkten Bundessteuer dürfte im Planungszeitraum des IFAP 2008-2012 nicht realisiert werden.

#### b. Kurzfristige Sparmassnahmen und Aufgabenüberprüfung

Dank den Entlastungspaketen 2003 und 2004 und der guten Konjunkturlage konnte der Bund eine erfolgreiche Rechnung 2006 präsentieren. Auch die Planungen für die nächsten Jahre bewegen sich innerhalb der Vorgaben der Schuldenbremse. Der Bund rechnet jedoch damit, dass er in den nächsten Jahren ausserordentliche Zahlungen in Bereichen leisten muss, die ausserhalb der Schuldenbremse liegen (Infrastrukturfonds, Übergangsprobleme NFA und Pensionskasse Publica). Die ursprüngliche Absicht, mit weiteren Einsparungen diese Sonderbelastungen zu kompensieren und somit eine nominelle Schuldenstabilisierung zu erreichen, erwies sich als zu ambitiös. Der Bundesrat hat im Budgetprozess 2008 auf die ursprünglich vorgesehenen Einsparungen verzichtet.

Langfristig rechnet der Bund mit hohen Mehrbelastungen beziehungsweise Mindereinnahmen. Er hat deshalb eine systematische Überprüfung seiner Aufgaben mit Hilfe von Aufgabenportfolios gestartet. Das Wachstum des Bundeshaushaltes inklusive Sozialversicherungen soll sich bis 2015 im Rahmen des Wirtschaftswachstums bewegen. Gegenüber dem Szenario „Reale Stabilisierung“ (jährliche Wachstumsrate 4,7 Prozent, basierend auf der bisherigen Entwicklung) ergibt die Entwicklung im Rahmen der Wirtschaftsentwicklung (jährliche Wachstumsrate 3 Prozent) bis 2015 eine Einsparung von 8,5 Milliarden Franken. Da die Sozialversicherungen in der anvisierten Stabilisierung der Staatsquote inbegriffen sind, kann das Ziel als ehrgeizig beurteilt werden. Im Juli 2006 hat der Bundesrat ein Prioritätenprofil erstellt und Wachstumsraten für die 18 definierten Aufgabenbereiche festgelegt. Zurzeit laufen die Konkretisierungsarbeiten beim Bund. Es ist nicht mit einer Kommunikation der Reformvorschläge vor den eidgenössischen Wahlen im Herbst 2007 zu rechnen.

#### c. Gewinnanteile Schweizerische Nationalbank (SNB)

Das Volk hat am 24. September 2006 die KOSA-Initiative mit grossem Mehr abgelehnt. Dank dieses Volksentscheids und der erfreulichen Entwicklung der Ausschüttungsreserven kann bis 2013 (Ende der momentan laufenden 10-jährigen Gewinnvereinbarung) und allenfalls darüber hinaus mit konstanten Ausschüttungen an Bund und Kantone gerechnet werden.

#### d. Neugestaltung Finanzausgleich und Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA)

Die Vorbereitungsarbeiten zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen laufen programmgemäss. Die eidgenössischen Räte haben beschlossen, dass der Beitrag der ressourcenstarken Kantone auf 70 Prozent des Bundesanteils am Ressourcenausgleich festgelegt wird und beim Lastenausgleich je zu 50 Prozent topografische und soziodemografische Sonderlasten ausgeglichen werden.

Die eidgenössischen Räte haben am 19. Juni 2007 entschieden, dass die Kantone nachschüssige Leistungen an die Invalidenversicherung von 490 Millionen Franken anstelle der bisher vorgesehenen 245 Millionen Franken zu leisten haben. Auf den Kanton Luzern entfällt ein Anteil von 15,6 Millionen Franken. Aus dem Ertragsüberschuss 2005 wurde hierzu eine Rückstellung von 12 Millionen Franken gebildet. Von der Mehrbelastung von 3,6 Millionen Franken kann nur der Kantonsanteil von 1 Million Franken als gebundener Mehraufwand erachtet werden. Der Kanton übernimmt auch den freibestimmbaren Mehraufwand des Gemeindeanteils im Umfang von 2,6 Millionen Franken und wird dem Grossen Rat eine Botschaft zum entsprechenden Zusatzkredit unterbreiten.

Am 5. Juli 2007 hat die eidgenössische Finanzverwaltung den Kantonen eine aktualisierte Globalbilanz 2004/2005 und die Auszahlungsbeiträge 2008 unterbreitet. Die im Budget 2008 eingestellten Ausgleichszahlungen des Bundes betragen 328,5 Millionen Franken. Die bereinigte Globalbilanz 2004/2005 nach Härteausgleich bringt für den Kanton Luzern eine Entlastung von 23,8 Millionen Franken. Dies sind 15 Millionen Franken weniger als in der provisorischen Globalbilanz 2004/2005 und 37 Millionen Franken weniger als aus der Globalbilanz 2001/2002 erwartet werden konnte. Zu den Gesetzesänderungen des kantonalen Umsetzungsprojekts „Finanzreform 08“ hat in der Juni-Doppelsession 2007 die 1. Lesung stattgefunden. Die kantonale Volksabstimmung hierzu ist am 25. November 2007 vorgesehen. Trotz der reduzierten Entlastung aus der NFA-Globalbilanz hält der Kanton an der positiven Haushaltsneutralität von 20 Millionen Franken zu Gunsten der Gemeinden fest. Die restliche Entlastung aus der NFA setzen wir für die Finanzierung der Steuergesetzrevision 2008 ein.

#### e. Revision des Gesetzes über die Krankenversicherung (KVG) in Paketen

Im Zusammenhang mit der Neuordnung der Pflegefinanzierung liegen verschiedene Vorschläge auf dem Tisch, die für die Kantone wesentliche Mehrkosten zur Folge haben: Insbesondere Beschränkung des Eigenanteils für die Bewohner auf 20 Prozent, Erhöhung der Vermögensfreibeträge, Einführung einer Hilfflosenentschädigung leichten Grades für Personen zu Hause und der Grundsatz, dass Bewohner nicht wegen des Heimaufenthalts sozialbedürftig werden dürfen. Die Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) schätzt die gesamten Mehrkosten für die Kantone aus diesen Massnahmen auf rund 230 Millionen Franken. Für den Kanton Luzern wären dies gestützt darauf rund 10 Millionen Franken.

Aktuell und für die Kantone von sehr grosser Bedeutung sind auch die laufenden Diskussionen zur Spitalfinanzierung. Der Nationalrat hat am 22. März 2007 beschlossen, dass die Kantone neu auch Beiträge an Privatspitäler leisten sollen, wenn diese auf ihrer kantonalen Spitalliste aufgeführt sind und dass der Kostenanteil der Kantone in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung bei 55 Prozent liegen soll. Die GDK hat kantonsspezifische Kostenschätzungen dieses Vorschlags erstellt. Der Kanton Luzern hätte unter den Annahmen, dass er 50 Prozent der Privatspitäler auf seine Spitalliste nehmen würde mit Mehrkosten allein aus diesen Beschlüssen von rund 22 Millionen Franken zu rechnen.

Ein weiterer Vorschlag im Rahmen der Revision der Spitalfinanzierung ist die freie Spitalwahl. Heute ist bei ausserkantonalen Wahlbehandlungen kein Kantonsanteil geschuldet. Mit der freien Spitalwahl wäre dies künftig der Fall. Hier kommt es zu einer weiteren Kostenverschiebung von der Zusatzversicherung zu den Kantonen. Gemäss Berechnungen der GDK hätte der Kanton Luzern aufgrund der freien Spitalwahl weitere 17 Millionen Franken zu bezahlen (Annahme: 50 % der Privatspitäler sind auf einer Spitalliste aufgeführt).

Wir haben im vorliegenden IFAP 2008-2012 keine Auswirkungen aufgrund der Pflege- und der Spitalfinanzierung einberechnet. Wir erachten diese jedoch als erhebliches Risiko für die mittelfristige Finanzplanung. Das Gesamtrisiko beziffern wir auf 49 Millionen Franken.

## 4. Unsere Steuerpolitik

Wir haben uns im Legislaturprogramm 2003-2007 zum Ziel gesetzt, die Steuerbelastung an den Durchschnitt der übrigen Kantone anzunähern. Im Finanzleitbild 2006 haben wir dieses Ziel noch verstärkt in den Mittelpunkt unserer Finanzpolitik gerückt. Das Volk hat mit der klaren Zustimmung zur Steuergesetzrevision 2008 diese Politik unterstützt. Wir sind überzeugt, mit der Steuergesetzrevision 2008 wesentliche Entlastungen für einen grossen Teil der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zu erreichen und unsere Position im interkantonalen Steuerwettbewerb zu verbessern. Wir beantragen für 2008 eine bisher nicht vorgesehene lineare Steuersenkung um 1/20 einer Einheit. Für 2009 stellen wir eine weitere lineare Steuersenkung um 1/20 einer Einheit auf neu 1,5 Einheiten in Aussicht.

Wir haben das Projekt „Steuergesetzrevision 2011“ gestartet. Darin enthalten sind unter anderem die Anpassungen im kantonalen Steuerrecht aufgrund der Unternehmenssteuerreform II des Bundes. Um die Position im Steuerwettbewerb verbessern zu können, erachten wir weitergehende Massnahmen als notwendig. Da diese Massnahmen und deren Einführungszeitpunkt noch nicht bekannt sind, haben wir jedoch auf eine rechnerische Berücksichtigung im vorliegenden IFAP verzichtet. Gemäss einer neuen Bestimmung in unserem Steuergesetz wird die kalte Progression alle vier Jahre ausgeglichen. Unter Berücksichtigung unserer Annahmen zur Teuerung (1,2 % pro Jahr) würden die entsprechenden Ausfälle 2012 für den Kanton 18 Millionen Franken und für die Gemeinden 21 Millionen Franken betragen.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entlastungen für die Steuerzahlerinnen und –zahler bei den Staats-, Gemeinde- und direkten Bundessteuern in den Jahren 2006 bis 2012. Obwohl es sich dabei um nachhaltige Massnahmen handelt, ist jeweils nur die erstmalige Entlastung aufgeführt.

(in Mio. Franken)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
<b>Entlastung bei den Staatssteuern</b>	50	2	83	60	18		18
<b>Entlastung bei den Gemeindesteuern</b>		3	71	42	21		21
<b>Entlastung bei den direkten Bundessteuern</b>		23		32			
<b>Total</b>	<b>50</b>	<b>28</b>	<b>154</b>	<b>134</b>	<b>39</b>	<b>0</b>	<b>39</b>

### III. Chancen und Risiken

#### **Chancen**

Ihr Rat hat mit der zustimmenden Kenntnisnahme des Finanzleitbildes 2006 den Willen bekräftigt, die erfolgreiche Finanzpolitik der letzten Jahre weiterzuführen. Der vorliegende IFAP 2008-2012 zeigt, dass trotz der beschlossenen und beantragten Steuersenkungen die Erreichung der Ziele der ausgeglichenen Laufenden Rechnungen und des Verzichts auf neue Schulden realistisch sind. Der Kanton Luzern hatte 2006 erstmals seit vielen Jahren einen positiven Wanderungssaldo mit seinen Nachbarkantonen. Die konsequente Fortführung dieser Finanzpolitik dürfte die Attraktivität des Kantons Luzern weiter steigern.

Die gute Konjunkturlage ermöglicht weitere lineare Steuersenkungen für die Jahre 2008 und 2009 sowie höhere Investitionen als in den Vorjahren geplant. Auch die Mindererträge der NFA des Bundes gegenüber den bisherigen Erwartungen können dadurch aufgefangen werden. Mit dem beantragten Budget 2008 werden weitere Schulden abgebaut. Die momentanen Planungen für die Jahre 2009 bis 2012 sehen neue Schulden vor. Um diese vermeiden zu können, ist dem Ausgabenwachstum eine hohe Beachtung zu schenken. Noch nicht in der vorliegenden Planung enthalten sind Schuldenreduktionen durch Buchgewinne aus Aktien- und Liegenschaftsverkäufen. Dieser Schuldenabbau erhöht den finanzpolitischen Spielraum und wir können unsere Passivzinsen auch bei steigenden Kapitalmarktzinsen tief halten.

Nebst der Steuerbelastung erachten wir auch die Ausbildung und die verkehrstechnische Mobilität als zentrale Standortfaktoren. Dies führt zur Ansiedelung von wertschöpfungsintensiven Betrieben und beeinflusst auch die demografische Entwicklung positiv. Mit der Umnutzung des Postgebäudes zur Universität und zur Pädagogischen Hochschule Luzern, den neuen Masterlehrgängen an der Fachhochschule Zentralschweiz, dem Zubringer Rontal und dem Leistungsausbau des öffentlichen Verkehrs sind in den nächsten Jahren zentrale Projekte in diesen Bereichen enthalten. Diese Projekte leisten einen Beitrag zur Behebung der strukturellen Defizite und des Wachstumsproblems des Kantons Luzern. Dies wird sich langfristig in höheren Steuererträgen und besseren Finanzperspektiven niederschlagen.

## Risiken

Aufgrund der aktuellen Diskussionen zur Pflege- und zur Spitalfinanzierung im Rahmen der KVG-Revision sind Lastenverschiebungen von den Zusatzversicherungen der Krankenkassen auf die Kantone möglich. Dem Kanton Luzern drohen gemäss Berechnungen der Gesundheitsdirektorenkonferenz jährliche Mehrkosten von bis zu 49 Millionen Franken. Davon entfallen 10 Millionen Franken auf die Pflegefinanzierung und 39 Millionen Franken auf die Spitalfinanzierung.

Wir haben im Budget 2008 einen Ertrag von 304,3 Millionen Franken aus dem Ressourcenausgleich der NFA vorgesehen. Die Steuererträge der Jahre 2005 ff. und somit der konjunkturelle Aufschwung fliessen erst ab 2009 in die Berechnungen des Ressourcenausgleichs ein. Wir gehen in unserer Finanzplanung davon aus, dass die Erträge jährlich um 3,5 Prozent steigen. Die neu berechnete NFA-Globalbilanz 2004/2005 hat gezeigt, dass es sich beim NFA um ein volatiles System handelt. Diese Volatilität stellt für die kantonale Finanzplanung ein erhebliches Risiko dar.

Die momentan erfreuliche Konjunktur birgt die Gefahr, dass die öffentlichen Haushalte mit neuen Forderungen und einem hohen Ausgabenwachstum konfrontiert werden. Die finanziellen Auswirkungen dieses Wachstum wären nachhaltig. Gleichzeitig gibt es Anzeichen einer spürbaren Zinserhöhung, was unsere Aufwendungen für den Schuldendienst erhöhen würde. Dies führt dazu, dass bei schlechter Konjunktur mit sinkenden Steuererträgen wieder Sparpakete geschnürt oder entgegen dem Finanzleitbild 2006 eine Neuverschuldung in Kauf genommen werden müssten. Um diese Risiken zu vermeiden, ist das Ausgabenwachstum unbedingt auf die im IFAP 2008-2012 ausgewiesenen Werte zu beschränken.

Eine aktuelle Studie einer Grossbank zeigt, dass von unseren Nachbarkantonen nebst Zug, Nidwalden und Schwyz auch Obwalden dank seiner Steuerpolitik den Kanton Luzern bei der Standortattraktivität überholt hat. Ein entsprechend stärkeres Wachstum dieser Kantone bei den Einkommen und der Bevölkerung zu Lasten der weniger attraktiven Kantone dürfte die Folge sein. Aufgrund des harten Steuerwettbewerbs könnte auch der Kanton Luzern wieder zu den Verlierern von Migrationsbewegungen gehören. Diesem Risiko ist mit einer konsequent auf die Standortattraktivität ausgelegten Politik (insbesondere Steuern, Ausbildung, Wirtschaftsförderung, Mobilität) zu begegnen.

## IV. Übersicht über die Ergebnisse

### Gesamtergebnis

(in Mio. Franken)

	R 2006	B 2007	B 2008	2009	2010	2011	2012
Gesamtaufwand	2'644.2	2'784.4	2'447.5	2'489.5	2'562.0	2'601.7	2'621.3
Jährliche Veränderung in Prozenten <sup>1</sup>	-0.5	3.8	-12.1	1.7	2.9	1.6	0.8
Aufwandüberschuss (+) / Ertragsüberschuss (-)	-132.2	-0.6	-66.4	-13.4	-5.9	-6.0	8.7
Abschreibungen	193.7	208.1	155.5	154.7	158.5	163.0	166.7
Nettoinvestitionen	178.5	184.8	188.1	193.9	201.5	201.0	199.6
Finanzierungsfehlbetrag (+) Finanzierungsüberschuss (-)	-146.1	-30.3	-39.5	18.2	29.4	23.6	33.2
Selbstfinanzierungsgrad in Prozenten	181.9	116.5	121.0	90.6	85.4	88.3	83.4
Schuldendienst in Prozenten des Nettostaatssteuerertrags	12.2	14.8	8.9	8.8	9.1	9.5	10.1

<sup>1</sup> Veränderung gegenüber den entsprechenden Zahlen des gleichen Dokuments, also Rechnung 2006 im Vergleich zur Rechnung 2005, Budget 2007 im Vergleich zu Budget 2006 etc.

Die Reduktion des Gesamtaufwands (definiert als: Aufwand Laufende Rechnung und Ausgaben Investitionsrechnung abzüglich Abschreibungen, interne Verrechnungen, Einlagen in Spezialfinanzierungen, durchlaufende Beiträge, Darlehen und Beteiligungen) zwischen den Budgets 2007 und 2008 hat kaum einen Aussagewert, da sich unzählige Veränderungen ergeben haben (Verselbstständigung der Spitäler, NFA und Finanzreform 08). Die Veränderung des Gesamtaufwands gegenüber dem Vorjahr erreicht 2010 mit 72,5 Millionen Franken (2,9 %) einen hohen Wert. Dieser Wert ist höher als die erwartete nominelle Wirtschaftsentwicklung des entsprechenden Planjahrs (2,7 %). Es muss jedoch beachtet werden, dass davon 30 Millionen Franken auf die Investitionsausgaben entfallen. Diese werden zu einem grossen Teil durch höhere Beiträge Dritter kompensiert und es kann bei Bedarf rascher reagiert werden als bei Aufwendungen der Laufenden Rechnung. In den übrigen Planjahren erachten wir die Entwicklung des Gesamtaufwands als vertretbar.

Der Grosse Rat hat uns mit der Verwendung des Ertragsüberschusses 2006 beauftragt, die zentralen Wertberichtigungen aufzulösen. Dies hat zur Folge, dass wir ab 2007 auf zusätzliche Abschreibungen

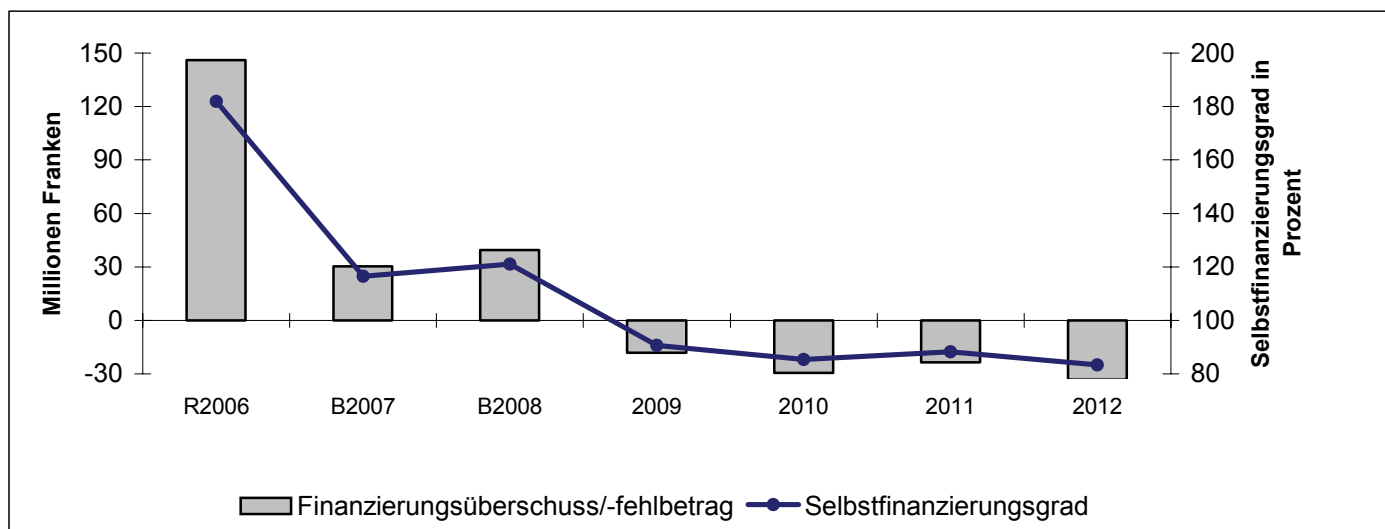


verzichten. Durch diesen Verzicht auf zusätzliche Abschreibungen werden Ertragsüberschüsse von 66,4 (2008), 13,4 (2009), 5,9 (2010) und 6 (2011) Millionen Franken geplant. Im Jahr 2012 ist ein Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung von 8,7 Millionen Franken vorgesehen.

Die Abschreibungen sind in allen Planjahren tiefer als die Nettoinvestitionen. Dieser Umstand bei einem gleichzeitigen Verzicht auf zusätzliche Abschreibungen führt dazu, dass sich die ordentlichen Abschreibungen und die Nettoinvestitionen ab 2009 allmählich etwas angleichen. Diese Entwicklung wird noch verstärkt durch steigende Abschreibungen zu Lasten der Strassenrechnung.

Die Planung zeigt, dass nur 2008 mit einem Finanzierungsüberschuss gerechnet werden kann (39,5 Mio. Fr.). In den Planjahren rechnen wir hingegen mit Finanzierungsfehlbeträgen von 18,2 (2009), 29,4 (2010), 23,6 (2011) und 33,2 (2012) Millionen Franken. Aus der aktuellen Planung ergibt sich somit für die Jahre 2009 bis 2012 ein kumulierter Finanzfehlbetrag von 104,4 Millionen Franken. In diesem Umfang würden ohne Gegenmassnahmen die Schulden zunehmen. Dies widerspricht dem Finanzleitbild 2006 und muss unbedingt vermieden werden.

Durch den Verzicht auf zusätzliche Abschreibungen ist der Schuldendienst in Prozenten des Netto-staatssteuerertrags tiefer als in der Vergangenheit. Durch die steigenden Abschreibungen und den höheren Zinsaufwand aufgrund der geplanten Finanzierungsfehlbeträge nimmt er ab 2009 wieder zu.



## Total Aufwand der Laufenden Rechnung nach funktionaler Gliederung

(in Mio. Franken)

	R 2006	B 2007	B 2008	2009	2010	2011	2012	% <sup>1</sup>
Total	3'365.2	3'446.5	3'026.8	3'068.4	3'121.2	3'167.2	3'211.4	6.1
Allgemeine Verwaltung	331.7	386.2	389.1	384.1	389.0	393.7	398.2	2.3
Öffentliche Sicherheit	223.0	226.8	243.2	248.5	253.0	255.9	258.5	6.3
Bildung	705.6	732.2	759.5	773.0	790.4	800.8	810.1	6.7
Kultur und Freizeit	50.5	44.7	49.3	51.2	52.7	54.2	55.6	12.7
Gesundheit	671.8	683.9	261.6	268.2	274.7	281.7	288.9	10.4
Soziale Wohlfahrt	681.9	692.5	631.8	644.5	655.9	667.3	679.2	7.5
Verkehr	108.9	110.9	148.4	153.9	155.1	157.1	158.9	7.1
Umwelt und Raumordnung	34.0	37.0	38.1	38.7	39.4	39.8	39.9	4.9
Volkswirtschaft	250.2	253.6	250.0	248.8	248.9	249.6	250.3	0.1
Finanzen und Steuern	307.6	278.7	255.7	257.5	262.0	266.9	271.8	6.3

<sup>1</sup> Veränderung in Prozenten zwischen B 2008 und 2012

Der Aufwand der Laufenden Rechnung nimmt zwischen 2008 und 2012 um total 6,1 Prozent zu. Im IFAP 2007-2011 hatte das Wachstum zwischen dem Budgetjahr und dem letzten IFAP-Jahr 4,8 Prozent betragen. In Prozenten ist das stärkste Wachstum in den Aufgabenbereichen Kultur und Freizeit (Staatsbeiträge an Luzerner Theater und Luzerner Sinfonieorchester) und Gesundheit (Staatsbeitrag an LKS und LUPS) geplant. Ebenfalls ein überdurchschnittliches Wachstum haben die Aufgabenbereiche Soziale Wohlfahrt, Verkehr, Bildung und Öffentliche Sicherheit. In absoluten Beträgen ist das stärkste Wachstum zwischen 2008 und 2012 in den Bereichen Bildung (50,6 Mio. Fr.) und Soziale Wohlfahrt (47,4 Mio. Fr.) geplant. In der Bildung sind in erster Linie die tertiäre Bildung und in geringerem Umfang die Berufsbildung und die Mittelschulen für diese Entwicklung verantwortlich. In der Aufwandentwicklung zur Sozialen Wohlfahrt schlägt sich nieder, dass wir für die Ergänzungsleistungen und die Prämienverbilligung mit einem jährlichen Wachstum von je 3 Prozent rechnen.

## Aufwand Laufende Rechnung nach Kostenarten

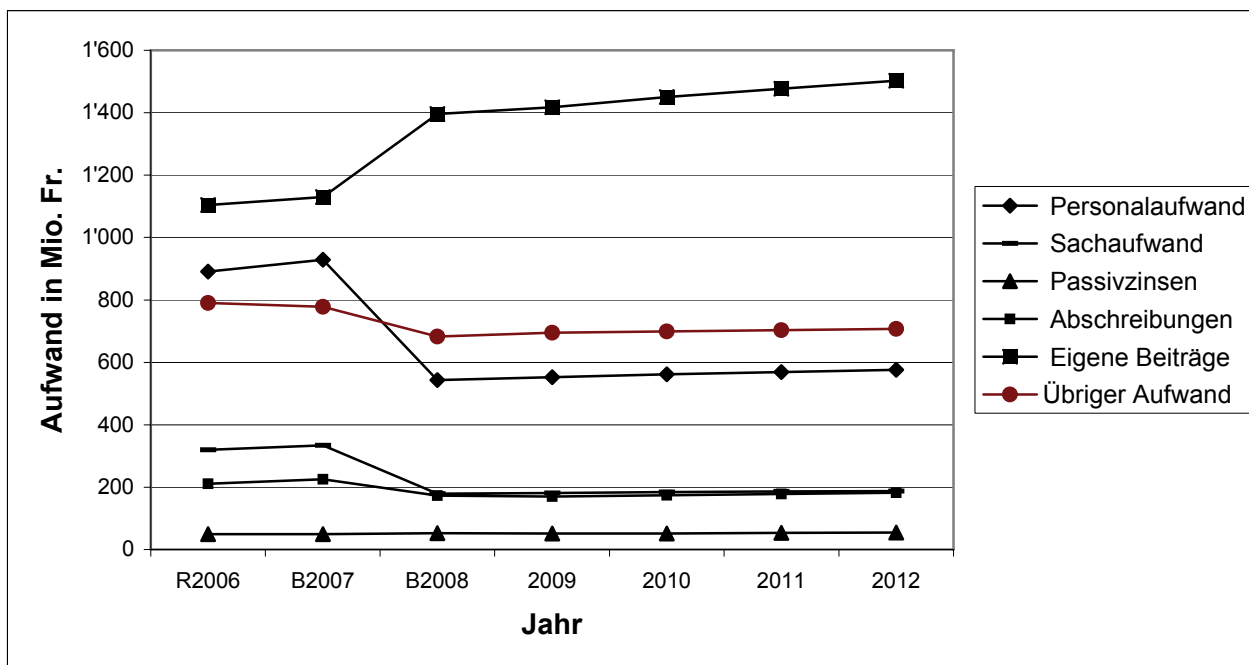
(in Mio. Franken)

	R 2006	B 2007	B 2008	2009	2010	2011	2012	%
Total Aufwand	3'365.2	3'446.5	3'026.8	3'068.4	3'121.2	3'167.2	3'211.4	6.1
Personalaufwand	890.7	928.8	543.6	552.6	562.0	569.2	576.3	6.0
Sachaufwand	320.3	334.2	179.5	181.6	184.0	186.7	187.9	4.7
Passivzinsen	49.1	49.0	52.6	50.9	51.7	52.9	54.7	4.0
Abschreibungen	210.9	226.0	173.2	170.4	174.2	178.7	182.4	5.3
Eigene Beiträge/Staatsbeiträge	1'103.8	1'130.0	1'395.7	1'417.7	1'450.4	1'476.8	1'502.7	7.7
Übriger Aufwand	790.4	778.3	682.0	695.2	698.9	702.9	707.4	3.7

<sup>1</sup> Veränderung in Prozenten zwischen B 2008 und 2012

Durch die Verselbständigung der Spitäler und Kliniken im Jahr 2008 haben der Personal- und der Sachaufwand gegenüber dem Budget 2007 stark abgenommen und die Staatsbeiträge im Gegenzug zugenommen. Der Personalaufwand erhöht sich zwischen 2008 und 2012 mit 6 Prozent (im IFAP 2007-2011 4,5 %) praktisch identisch wie der Gesamtaufwand. Da der medizinische Bedarf der Spitäler als bisheriger Treiber des Sachaufwands nicht mehr direkt in unserem Budget enthalten ist, erhöht sich der Sachaufwand mit 4,7 Prozent (Vorjahr 11,4 %) ungefähr im Rahmen der erwarteten Teuerung. Durch den budgetierten Finanzierungsüberschuss reduzieren sich die Passivzinsen zwischen 2008 und 2009. Die Finanzierungsfehlbeträge 2009 bis 2012 und der erwartete leichte Anstieg des Zinsniveaus führen jedoch dazu, dass die Passivzinsen gesamthaft um 4 Prozent wachsen. Die ordentlichen Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen und die Investitionen nähern sich während der Planungsperiode allmählich an, was zu einem Wachstum der Abschreibungen von 5,3 Prozent führt. Das grösste Wachstum zwischen 2008 und 2012 weisen mit 7,7 Prozent die Staatsbeiträge aus (Vorjahr 7,4 %). Das Wachstum wird durch die 2009 wegfallenden Entschuldungsbeiträge an die Gemeinden von 11,7 Millionen Franken etwas gebremst. Die Staatsbeiträge sind durch die Verselbständigung der Spitäler die mit Abstand grösste Kostenart des Aufwands. Ihr Anteil am Gesamtaufwand erhöht sich von 46,1 Prozent im Jahr 2008 auf 46,8 Prozent im Jahr 2012. In der Rechnung 2006 waren noch weniger als ein Drittel auf die Staatsbeiträge entfallen. Der Bewirtschaftung dieser Staatsbeiträge muss in Zukunft eine noch höhere Beachtung geschenkt werden. Die Entwicklung des übrigen Aufwands ist nebst der Teuerung der internen Verrechnungen stark von der jährlichen Einlage in den Kohäsionsfonds von 11 Millionen Franken ab 2009 geprägt.

Die unten stehende Grafik zeigt die Entwicklung des Aufwands der Laufenden Rechnung nach Kostenarten (ohne übriger Aufwand).



## Ertrag Laufende Rechnung nach Kostenarten

(in Mio. Franken)

	R 2006	B 2007	B 2008	2009	2010	2011	2012	% <sup>1</sup>
Total Ertrag	3'497.3	3'447.1	3'093.2	3'081.8	3'127.1	3'173.2	3'202.7	3.5
Steuern	1'039.7	1'007.9	1'013.9	985.1	998.9	1'019.3	1'022.0	0.8
Entgelte <sup>2</sup>	581.3	568.6	182.8	184.6	186.8	188.8	190.8	4.4
Beiträge und Anteile <sup>3</sup>	958.9	988.5	1'095.8	1'110.1	1'136.7	1'158.0	1'179.3	7.6
Übrige Erträge	917.4	882.1	800.6	802.0	804.7	807.1	810.6	1.2

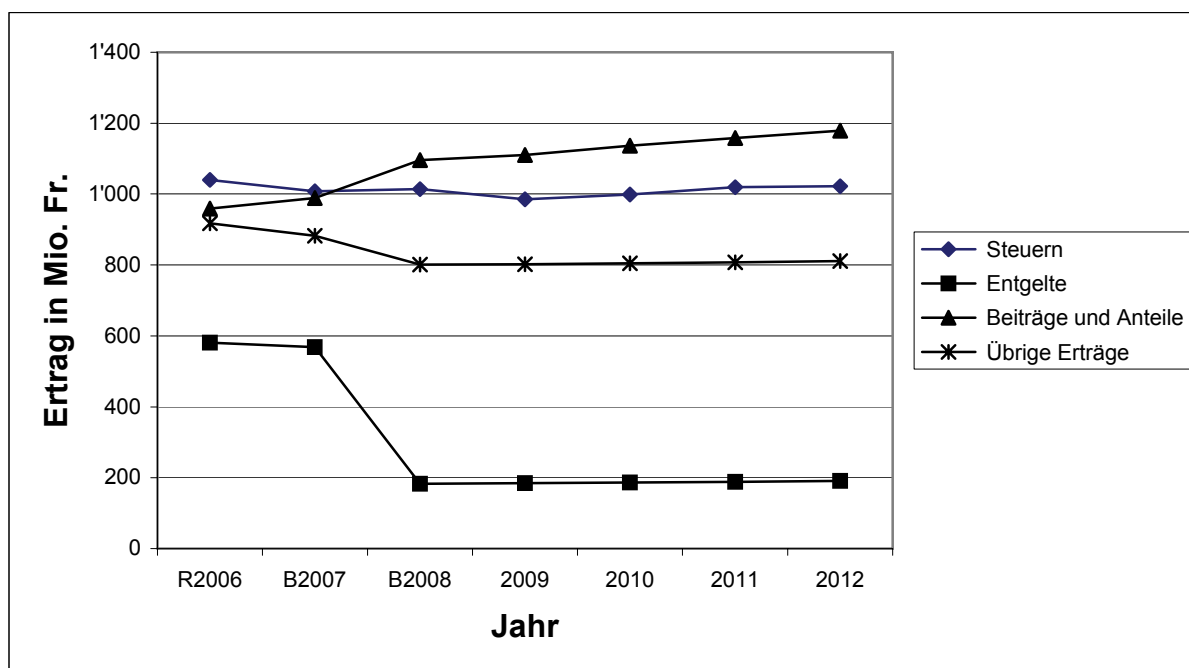
<sup>1</sup> Veränderung in Prozenten zwischen B 2008 und 2012

<sup>2</sup> Gebühren, Schulgelder und Spitaltaxen (bis 2007)

<sup>3</sup> Subventionen, Rückerstattungen und Kantonsanteile an Bundeseinnahmen

Der Gesamtertrag zwischen 2008 und 2012 nimmt um 3.5 Prozent zu. Er entwickelt sich somit weniger stark als der Gesamtaufwand und weniger stark als im IFAP 2007-2011 vorgesehen (4,5 %). Die für 2009 vorgesehene lineare Steuersenkung um 1/20 einer Einheit führt dazu, dass die Steuern zwischen 2008 und 2012 nur um 0,8 Prozent zunehmen (Vorjahr 1,1 %). Wir hatten im IFAP 2007-2011 die nun einberechnete Steuersenkung von 1/10 einer Einheit (je 1/20 in den Jahren 2008 und 2009) nicht vorgesehen. Dank der Neuberechnung der erwarteten Steuern auf Basis der Ist-Zahlen 2006 und den optimistischeren Annahmen für die Folgejahre liegen die Steuererträge in den Planjahren 2009 bis 2011 dennoch im Rahmen der Planung des Vorjahrs. Die Entgelte nehmen zwischen 2008 und 2012 um 4,4 Prozent zu (Vorjahr 6,2 %, insbesondere verursacht durch die Spitäler). Die Beiträge und Anteile wachsen mit 7,6 Prozent am stärksten (Vorjahr 12,3 %, insbesondere verursacht durch die Einführung der Ausgleichstöpfe der NFA). Am meisten zum Wachstum der Beiträge und Anteile tragen die Mitbeteiligung von Bund und Gemeinden an Staatsbeiträgen (z.B. Ergänzungsleistungen und Prämienverbilligungen) und die zunehmenden Zahlungen aus dem Ressourcenausgleich der NFA bei. Die in den übrigen Erträgen enthaltenen internen Verrechnungen haben wir mit 1,2 Prozent jährlich hochgerechnet. Im übrigen Ertrag 2008 ist ein Buchgewinn von 9,2 Millionen Franken aus dem Verkauf der Liegenschaft Seeburg enthalten. Gesamt wachsen die übrigen Erträge zwischen 2008 bis 2012 um bescheidene 1,2 Prozent.

Die unten stehende Grafik zeigt die Entwicklung des Ertrags der Laufenden Rechnung nach Kostenarten (ohne übrigen Ertrag).



## V. Finanzpolitische Beurteilung

Ihr Rat hat den IFAP 2007-2011 mit Grossratsbeschluss vom 6. November 2006 genehmigt und folgende Bemerkungen dazu überwiesen:

1. Ab dem Jahr 2008 ist, ohne Berücksichtigung von Sondereffekten, ein Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 100 Prozent zu erreichen.
2. Der Nachholbedarf bei den Hochbauten darf nicht mehr zunehmen und soll mit entsprechender Prioritätensetzung in der Finanzplanung in den nächsten Jahren abgebaut werden, insbesondere im Gesundheitsbereich.

Der vorliegende IFAP 2008-2012 weist nur im Budgetjahr 2008 einen Finanzierungsüberschuss und einen Selbstfinanzierungsgrad von über 100 Prozent aus. In den Planjahren 2009 bis 2012 liegt der Selbstfinanzierungsgrad mit Werten zwischen 90,6 (2009) und 83,4 (2012) Prozent unter dem vom Grossen Rat verlangten Selbstfinanzierungsgrad von 100 Prozent. Wir sparen die für einen Selbstfinanzierungsgrad von 100 Prozent notwendigen Beträge in den Budgets 2009 ff. im Rahmen des internen Budgetprozesses ein.

Wir haben das Globalbudget für kantonale Hochbauten von 63,8 Millionen Franken im Budget 2007 auf 78,4 Millionen Franken im Budget 2008 erhöht. Für die Jahre 2009 bis 2012 sehen wir je ein Globalbudget von 74 Millionen Franken vor (im IFAP 2007-2011 war ein jährliches Globalbudget von 70 Mio. Fr. enthalten). Zu den anstehenden Hochbau-Projekten im Gesundheitsbereich werden wir im zweiten Halbjahr 2007 einen Planungsbericht zu den Spitalbauten unterbreiten.

Wir beschränken die Abschreibungen in den Jahren 2008 ff. auf die im Finanzhaushaltsgesetz vorgeschriebenen 10 Prozent des Verwaltungsvermögens (ohne Darlehen und Beteiligungen). Durch diesen Verzicht auf zusätzliche Abschreibungen sind im IFAP 2008-2012 in den Jahren 2008 bis 2011 Ertragsüberschüsse aus der Laufenden Rechnung enthalten. Die Ertragsüberschüsse vergrössern das Eigenkapital. Dieses Eigenkapital soll nur für künftige nicht budgetierte Aufwandüberschüsse verwendet werden.

Der Kanton Luzern hat sich im Steuerbelastungsindex 2006 mit 115,2 Indexpunkten (Vorjahr: 114,5 Indexpunkte) und dem unveränderten 15. Platz gegenüber dem Vorjahr leicht verschlechtert. Hätten wir den Steuerfuss nicht von 1,7 auf 1,6 Einheiten gesenkt, wäre eine deutliche Verschlechterung von mehreren Indexpunkten eingetreten. Mit der vom Volk bestätigten Steuergesetzrevision 2008 werden wir unsere Position in den Jahren 2008 bis 2010 im interkantonalen Steuerwettbewerb weiter verbes-

sern. Die Finanzperspektiven erlauben zudem bisher nicht vorgesehene Senkungen des Staatssteuerfusses um 1/20 einer Einheit im Jahr 2008. Für das Jahr 2009 stellen wir eine weitere lineare Steuersenkung um 1/20 einer Einheit auf neu 1,5 Einheiten in Aussicht. Ob der angestrebte Indexwert von höchstens 100 Indexpunkten ab 2010 erreicht werden kann, hängt stark vom Verhalten der übrigen Kantone ab. Wir erachten nach 2010 weitere Steuersenkungen für zwingend notwendig, um nicht wieder an Standortattraktivität zu verlieren. Da die konkreten steuerlichen Massnahmen ab 2011 noch nicht bekannt sind, haben wir diese mit Ausnahme des Ausgleichs der kalten Progression im Jahr 2012 noch nicht im IFAP 2008-2012 berücksichtigt.

Wir wollen unsere Schulden weiter reduzieren und die Nettoschuld pro Kopf bis Ende 2010 auf 3'000 Franken reduzieren (Stand Ende 2006: 3'212 Franken). Der im Budget 2008 enthaltene Finanzierungsüberschuss soll einen Beitrag zur Zielerreichung leisten. In den Planjahren 2009 bis 2012 geht der IFAP 2008-2012 hingegen von einem Selbstfinanzierungsgrad von unter 100 Prozent aus. Dadurch würden neue Schulden entstehen und wir uns von der anvisierten Zielgrösse von 3'000 Franken entfernen. Um diese Schuldenerhöhung zu vermeiden, müssen wir an der im Finanzleitbild 2006 enthaltenen und vom Grossen Rat bestätigten Vorgabe eines Selbstfinanzierungsgrades von mindestens 100 Prozent zwingend festhalten.

Die momentan gute Konjunkturlage mit den hohen Steuererträgen birgt die Gefahr eines hohen Aufwandwachstums in sich. Wir haben im Vergleich zu den bisherigen Planungen die Investitionen deutlich erhöht. Um zukunftsweisende Projekte realisieren zu können, werden wir die Investitionen im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten weiter erhöhen. Beim Aufwandwachstum der Laufenden Rechnung ist hingegen grosse Zurückhaltung geboten. Sonst müssen wir bei schlechter Konjunktur mit sinkenden Steuererträgen wieder Sparpakete schnüren. Zudem führen die steigenden Investitionen automatisch zu einem Aufwandwachstum in den Folgejahren. Das Ausgabenwachstum der Laufenden Rechnung darf deshalb unter keinen Umständen über der vorliegenden Planung zugrunde gelegte Werte der Jahre 2008 bis 2012 hinausgehen.

## VI. Funktion und Bedeutung des IFAP

### 1. Grundsätzliches

Der Integrierte Finanz- und Aufgabenplan (IFAP) ist seit 2002 das Instrument für die mittelfristige Planung. Er ist vorab eine Auslegeordnung. Er zeigt zusammenfassend die finanziellen Auswirkungen der bereits beschlossenen Projekte, der Bundespolitik sowie der eigenen Steuerpolitik und orientiert über zusätzlich geplante Vorhaben und deren mutmassliche Kosten. Der IFAP dient der Regierung und dem Grossen Rat dazu, Prioritäten zu setzen und die im Legislaturprogramm und im Finanzleitbild formulierten übergeordneten Ziele zu erreichen.

Wir zeigen im IFAP die voraussichtliche Entwicklung der zehn staatlichen Hauptaufgaben. Zu jeder Hauptaufgabe finden Sie einen Berichtsteil und einen Zahlenteil.

Die Rahmenbedingungen können von einem Voranschlagsjahr zum nächsten erheblich ändern. Dies gilt für die volkswirtschaftlichen Annahmen wie auch für die Auswirkungen der Bundespolitik. Auch die politische Meinung der Entscheidungsträger kann ändern. Im Weiteren beruhen die Kosten sämtlicher Projekte und Investitionen auf Schätzungen. Je weiter der Planungshorizont, desto mehr handelt es sich bei den Planzahlen um blosse Leitplanken.

Die im Text erwähnten Zahlen zu den geplanten Vorhaben dienen der zusätzlichen Information. Sie sind in den Berechnungen des IFAP 2008-2012 aber noch nicht enthalten. Über die von den Departementen geplanten Vorhaben haben wir grösstenteils noch keine politischen Diskussionen geführt. Wir führen diese Vorhaben im Text dennoch auf. Dies ergibt einen besseren Überblick und erlaubt unserem und Ihrem Rat, rechtzeitig Schwerpunkte zu setzen.

Sie können den IFAP genehmigen, teilweise genehmigen oder nicht genehmigen. Sie können auch Bemerkungen beschliessen, im Beschluss konkrete Aufträge für die weitere Planung festhalten und zu einzelnen Vorhaben parlamentarische Vorstösse einreichen. Da es sich beim IFAP um einen Planungsbericht handelt, stellt die Genehmigung keine Bewilligung konkreter Projekte dar. Mit der Genehmigung geben Sie lediglich zum Ausdruck, dass Sie mit der allgemeinen Stossrichtung einverstanden sind. Für Vorhaben, die in Ihre Zuständigkeit fallen, werden wir Ihnen separate Vorlagen unterbreiten.



## **2. Formale Anpassungen gegenüber dem IFAP 2007-2011**

Wir hatten bisher die von der zuständigen Instanz noch nicht beschlossenen Hochbauprojekte bei den Aufgabenbereichen unter den geplanten Vorhaben aufgeführt. Dies führte jeweils zu Unklarheiten, inwieweit diese Projekte bereits rechnerisch berücksichtigt waren. Wir haben deshalb in den Vorhaben und Projekte der Aufgabenbereiche eine neue Kategorie „Hochbauten“ geschaffen. Eine Zusammenfassung der Planung der kantonalen Hochbauten befindet sich weiterhin im Kapitel „X. Kantonale Hochbauten“.

Die Spitäler und Kliniken werden auf den 1. Januar 2008 in zwei öffentlich-rechtliche Anstalten umgewandelt. Wir haben im IFAP 2008-2012 erstmals berücksichtigt, dass wir diesen Anstalten nur noch Staatsbeiträge ausrichten. Dadurch reduzieren sich der Personalaufwand, der Sachaufwand, die Entgelte und die Investitionen. Auch die Kostenmiete und die Departementsreform 07 führen zu Veränderungen gegenüber der Planung des Vorjahrs. Diese Veränderungen führen zu einer erschwerten Vergleichbarkeit des IFAP 2008-2012 mit den Planungen des Vorjahrs.

## **3. Ausblick**

Wir sind momentan daran, das Legislaturprogramm 2007-2011 zu formulieren. Wir stellen dabei sicher, dass sich die darin enthaltenen Ziele den zehn staatlichen Hauptaufgaben zuordnen lassen. Wir können somit gegenüber heute die Durchgängigkeit der Planungsinstrumente Legislaturprogramm und Integrierter Finanz- und Aufgabenplan verbessern. Das bisherige Kapitel „VII. Vorgaben der Regierung und Massnahmen zum Legislaturprogramm 2003-2007“ wird somit gestrichen und die entsprechenden Angaben direkt in den Grundaufträgen der Aufgabenbereiche, Teil Legislaturprogramm 2007-2011, aufgeführt.

Wir haben in der Motion M 55 von Herbert Widmer über eine Revision des Finanzhaushaltgesetzes in Aussicht gestellt, nach Abschluss des interkantonalen Projekts „Revision der Rechnungslegung der Kantone und Gemeinden (HRM2)“ das Finanzhaushaltgesetz zu überarbeiten. Nebst der Rechnungslegung im engeren Sinn wollen wir allenfalls auch die Steuerungs- und Planungsinstrumente anpassen. Zwischen dem IFAP und dem Voranschlag besteht momentan eine mangelnde Durchgängigkeit. Dieser Mangel wird durch die in diesem Dokument enthaltene „Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen“ nur reduziert, jedoch nicht behoben. Wir werden uns deshalb bei der Überarbeitung des Finanzhaushaltgesetzes dieser Problematik annehmen.

## VII. Vorgaben der Regierung und Massnahmen zum Legislaturprogramm 2003 – 2007

### Politische Vorgaben

#### **1. Wir wollen den Standort Luzern stärken und den Kanton vorwärts bringen.**

Mit einem attraktiven Bildungs- und Kulturangebot, einer guten und bezahlbaren Gesundheitsversorgung, mit starken Gemeinden und mit funktionsfähigen Infrastrukturen bleibt der Kanton Luzern konkurrenzfähig.

Die Luzernerinnen und Luzerner sollen sicher sein, dass sie am „richtigen Ort“ leben und arbeiten.

#### **2. Wir müssen mit unseren Mitteln haushälterisch umgehen.**

Unser finanzieller Handlungsspielraum ist eng begrenzt. Wir werden am richtigen Ort investieren und nicht am falschen Ort sparen. Oberstes Ziel bleibt ein gesunder Staatshaushalt.

Die Luzernerinnen und Luzerner sollen sicher sein, dass Steuern und Gebühren gerecht erhoben und sinnvoll verwendet werden.

#### **3. Wir werden unsere Ziele ohne unnötigen Aufwand erreichen.**

Der Kanton verfügt über ein Budget von rund drei Milliarden Franken. Er ist der grösste Investor und der grösste Arbeitgeber im Kanton Luzern. Wir sind uns der damit verbundenen Verantwortung bewusst und setzen alles daran, die staatlichen Leistungen qualitativ gut und preiswert zu erbringen. Wir sorgen für transparente Arbeitsabläufe und verbessern die Voraussetzungen, um effizient mit anderen Gemeinwesen und mit Privaten zusammenzuarbeiten.

Die Luzernerinnen und Luzerner sollen sicher sein, dass der Kanton für sie da ist, dass Regierung und Verwaltung ihr Vertrauen verdienen.

## Finanzielle Vorgaben

In der Amtszeit 2003 – 2007 müssen wir die Ausgaben im Griff halten, die Ansprüche mit den finanziellen Möglichkeiten in Einklang bringen und unsere Mittel gezielt einsetzen. Wir erachten dies als Herausforderung, nach tauglichen und finanzierbaren Lösungen zu suchen, die den Kanton Luzern weiterbringen. Wir werden uns auf das Notwendige und Wichtige beschränken und dazu stehen, dass der Staat nicht alle Bedürfnisse befriedigen kann.

## Umsetzung des Legislaturprogramms

Die Ziele Nr. 1.3, 9.5, 9.6, 9.7, 10.6, 10.7, 11.3, 11.4 und 11.5 sind Bemerkungen des Grossen Rats zum Legislaturprogramm. Gemäss § 79a des Grossratsgesetzes informiert der Regierungsrat den Grossen Rat mit dem nächsten Jahresbericht über die Behandlung der Bemerkungen.

### \* Vorbemerkung zur Spalte „Bezug zur Hauptaufgabe“

Wir haben alle beschlossenen und eingerechneten Vorhaben, alle geplanten Vorhaben und alle Gesetzesänderungen mit einer Identifikationsnummer versehen. Das ermöglicht die Verknüpfung der Kapitel „VII. Vorgaben der Regierung und Massnahmen zum Legislaturprogramm 2003-2007“ und „VIII. Aufgaben und Finanzen“. Diese Verknüpfung wird mit dem hier aufgeführten „Bezug zur Hauptaufgabe“ hergestellt. Das Nummerierungssystem hat folgende Bedeutung:

- |           |   |   |
|-----------|---|---|
| 1. Stelle | zeigt den betroffenen Hauptaufgabenbereich  | <b>4.x.x</b> (=Gesundheit)  |
| 2. Stelle | zeigt die Art des Vorhabens   | <b>x.1.x</b> (=beschlossenes Vorhaben)<br><b>x.2.x</b> (=geplantes Vorhaben)<br><b>x.3.x</b> (=Gesetzesänderungen)<br><b>x.4.x</b> (=Hochbauvorhaben) |
| 3. Stelle | ist die laufende Nummerierung innerhalb der Kategorie, welche sich aus der 1. und 2. Stelle ergibt (z.B. 4.1.x bei allen beschlossenen und eingerechneten Vorhaben im Hauptaufgabenbereich Gesundheit). |   |
| 4. Stelle | zeigt das 1. Jahr der Planperiode. Das in diesem Dokument verwendete 08 bedeutet also eine Referenzierung auf den IFAP 2008-2012.   |   |

Teilweise wird die Identifikationsnummer ergänzt mit Unterpunkten (z.B. 1.1.2/08 lit. a – d).

Nr.	Ziel			
1.	<b>Eine Staatsorganisation für die Zukunft</b> Die grossen Reformprojekte – Luzern `99, wirkungsorientierte Verwaltung WOV und neuer Finanzausgleich – haben die Regierungs- und Verwaltungsarbeit im Kanton Luzern in den vergangenen Jahren verbessert. Dem Kanton gelingt es, die meisten Aufgaben speditiv, preiswert und kundenorientiert zu erfüllen.			
1.1	Wir wollen die Organisation unseres Staates weiter verbessern und zukunftsfähig erhalten			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Reform 06	alle Departemente, Gerichte, Staatskanzlei	2005 - 2012	diverse Projekte
	Projekt „JU 10“, Reform Gerichtswesen aufgrund neuer Bundesgesetzgebung und neuer Kantonsverfassung	Obergericht	2007 - 2011	1.1.7/08 lit. d)
	Einführung eines neuen Rechnungslegungsstandards mit gleichzeitiger Weiterentwicklung des Führungssystems (Revision FHG)	FD	2007 - 2012	0.3.2/08
1.2	Erarbeitung einer neuen Kantonsverfassung. Sie soll verständlich, übersichtlich und in moderner Sprache abgefasst sein			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Anpassung von Erlassen nach Volksabstimmung zur neuen Kantonsverfassung	JSD	2008ff	1.3.1/08
1.3	<b>Bemerkung des Grossen Rats:</b> Der Kanton leistet gezielte, effiziente und nachhaltige Förderung aller Regionen.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Erarbeitung der Entwürfe der Waldentwicklungspläne des Kantons Luzern.	BUWD	2006 - 2010	8.1.2/08
	Erstmalige Erarbeitung eines Entwicklungskonzepts „Ländlicher Raum“ gemäss Neuer Regionalpolitik des Bundes (NRP).	BUWD	2005 - 2008	-
	Weiterentwicklung S-Bahn-Luzern, vorbereiten der dritten Etappe: Angebotsverbesserungen und neues Rollmaterial, integraler Tarifverbund (siehe auch Ziele Nr. 12.2 und 12.5).	BUWD	2008 -2012	6.1.3/08 und 6.1.4/08
	Äufnung eines Kohäsionsfonds zur Unterstützung der Strategie der Agglomerationspolitik und der Politik des ländlichen Raumes und Einlage in einen neuen Fonds Sonderbeiträge (siehe auch 3.).	JSD	2007 - 2009	9.1.1/08
2.	<b>Selbständige Gemeinden</b> Der Regierungsrat hat mit Luzern `99 einen Reformprozess in Gang gesetzt, der die Gemeinden in ihrer Autonomie stärken wird. Zukunftsfähige Verwaltungseinheiten durch Gemeindefusionen, neue Zusammenarbeitsmodelle und der neue Finanzausgleich versetzen die Gemeinden in die Lage, selbständiger als bisher über ihre Mittel zu verfügen und sie wirksam einzusetzen.			
2.1	Wir führen das Projekt Gemeindereform 2000+ im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Kantons weiter.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Aufgabenteilungsprojekt Kultur: Anpassung der damit verbundenen politischen und rechtlichen Grundlagen (v.a. Revision Denkmalschutzgesetz und Kulturförderungsgesetz).	BKD	2008	3.3.1/08
	Kantonalisierung der städtischen Mittelschulen. Übernahme Trägerschaft durch Kanton gemäss Vertrag mit der Stadt Luzern (Mittelschuloptimierung).	BKD	2007	im Voranschlag 2008 enthalten

Nr.	Ziel			
	Finanzreform 08 (Kantonales Anschlussprojekt NFA) in Zusammenarbeit mit den Gemeinden: Wir haben die Botschaft im März 2007 dem Grossen Rat unterbreitet. Die Volksabstimmung ist auf den 25. November 2007 angesetzt.	FD	2005 – 2008	im Voranschlag 2008 enthalten
	Projektkosten für Prozesse in Richtung vereinigte Stadtregion Luzern und vereinigttes Zentrum Sursee sowie weiterer Gemeindevereinigungen	JSD	ab 2009	-
	Sonderbeitrag Finanzausgleichsgesetz: weitere Äufnung des Fonds für Sonderbeiträge.	JSD	ab 2009 - 2014	9.1.1/08
	Anschlussprojekt zur Finanzreform 08 zur Lösung der offenen Aufgaben mit „Priorität C“	FD mit Einbezug weiterer Departemente	2007 – 2009	0.3.3/08
	Wirkungsbericht zum kantonalen Finanzausgleich	FD	2009	-
<b>3.</b>	<b>Starkes Zentrum für einen starken Kanton</b> In der dicht besiedelten, kleinräumigen Agglomeration Luzern sind die Reformziele schwieriger zu erreichen als auf der Landschaft. Die Stadt und die umliegenden Gemeinden versuchen, die Zusammenarbeit untereinander zu verbessern und zu verstärken. Die Strukturen dieser Zusammenarbeit sind heute kompliziert (für jede Aufgabe eine spezielle Organisation). Wir unterstützen daher alle Bestrebungen, diese Zusammenarbeit zu vereinfachen. Wir unterstützen die Diskussion über eine markante Vergrösserung der Stadt Luzern auf deutlich über 100'000 Einwohner durch Zusammenschluss von Gemeinden.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Der Kanton ist bereit, den Vereinigungsprozess in der Agglomeration Luzern aktiv und in Partnerschaft mit den beteiligten Gemeinden zu begleiten.	JSD	2007 - 2011	9.1.1/08
	Fusionsbeitrag Luzern und Littau von 20 Millionen Franken.	FD	2010 - 2013	9.1.1/08
	Der Kanton unterstützt die Vereinigung der Gemeinden der Region Sursee, damit das Zentrum Sursee seine Funktionen als wirtschaftlicher Motor für die ländlichen Regionen wahrnehmen kann.	JSD	2008 - 2023	9.1.1/08
	Fördern Agglostadt Luzern Nord	BUWD	ab 2008	-
<b>4.</b>	<b>Grenzen überwinden</b>			
4.1	Wir führen die enge Zusammenarbeit mit den Zentralschweizer Kantonen weiter. Langfristig halten wir das Zusammenwachsen der Zentralschweiz zu einem einheitlichen Lebensraum für wünschbar.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Neufassung der Rechtsgrundlagen und Optimierung der Führungs- und Organisationsstruktur für die Fachhochschule Zentralschweiz; Optimierung der Führungsstruktur der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz.	BKD	2007 – 2009	-
	Zusammenarbeit der Zentralschweizer Berufsbildungsämter. Ausdehnung auf weitere Kernbereiche (u.a. Kompetenzzentrum für die Aus- und Weiterbildung von Berufsbildner/innen).	BKD	2008	-
	Zentralschweizer Umweltdirektorenkonferenz (ZUDK): Umsetzung des gemeinsamen Massnahmenplanes Luftreinhaltung.	BUWD	2004 - 2011	-
	Bedarfsplanung im Behindertenbereich. Wir erstellen zusammen mit den Zentralschweizer Kantonen eine gemeinsame Bedarfsplanung im Behindertenbereich	GSD	2007 – 2008	-

Nr.	Ziel			
4.2	Wir orientieren uns gleichzeitig stärker Richtung Zürich, Aargau und Nordwestschweiz. Wir wollen die Zusammenarbeit mit diesen Regionen in den Bereichen Wirtschaft, Gesundheit, Raumplanung, Sicherheit, Verkehr und Kultur ausbauen.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Realisierung gemeinsamer Projekte im Rahmen der Nordwestschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz (NWEDK). - Projekt Benchmarking Sek II (alle Kantonsschulen) - Externe Evaluation, IFES Uni Zürich (alle Kantonsschulen)	BKD	ab 2006	-
	Abschluss der Vereinbarung über die interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen mit Zürich und allen Zentralschweizer Kantonen (siehe auch 4.4).	BKD	2008	im Voranschlag 2008 enthalten
	Gemeinsame Planung und Bestellung von grenzüberschreitenden ÖV-Angeboten mit Nachbarkantonen.	BUWD	2004 - 2010	-
	Weiterpflegen der bestehenden, vielfältigen Zusammenarbeit mit der Abteilung Umweltschutz des Baudepartements des Kantons Aargau.	BUWD	2004 - 2011	-
	Prüfung Zusammenarbeit der Lehrmittelverlage Luzern, Bern und Aargau.	FD	2007 - 2009	-
	Prüfung Zusammenarbeitsmöglichkeiten/-formen der Statistikstellen Luzern und Aargau	FD	2007 - 2009	-
	Aufnahme des Haft- und Untersuchungsgefängnis Grosshof in das Strafvollzugskonkordat der Nordwest- und Innerschweiz.	JSD	2008	-
4.3	Zusammenarbeit im Hochwasserschutz mit dem Kanton Aargau	BUWD	ab 2007	-
	Wir lehnen isolierte Zusammenschlüsse von Luzerner Gemeinden mit Gemeinden anderer Kantone ab			
4.3	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Keine neuen Massnahmen geplant.	JSD		-
4.4	Wir verfolgen gegenüber unseren Nachbarkantonen eine Politik der fairen Abgeltung von Zentrumsleistungen. Eine enge Zusammenarbeit mit anderen Kantonen macht nur dann Sinn, wenn davon auch der Kanton Luzern profitiert.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Erhöhung der Kostendeckung bei allen geltenden Schulabkommen bei den Berufsschulen.	BKD	2010	-
	Entwicklung aller Schulabkommen der Stufe Mittelschule in Richtung volle Kostenabgeltung: Regionale Schulabkommen (RSA)	BKD	2008	-
	Abschluss der Vereinbarung über die interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen mit Zürich und allen Zentralschweizer Kantonen (siehe auch 4.2).	BKD	2008	im Voranschlag 2008 enthalten

Nr.	Ziel			
5.	<b>Verwaltung weiter straffen</b> Die Luzernerinnen und Luzerner haben 2002 der Volksinitiative „für eine effiziente Regierung und schlanke Verwaltung“ und damit der Verkleinerung des Regierungsrates auf fünf Mitglieder zugestimmt. Wir haben die Departemente neu gegliedert und dabei darauf geachtet, dass möglichst homogene Aufgabenbereiche entstehen, dass die Arbeitsbelastung gleichmässig auf die Departementsvorsteherinnen und -vorsteher verteilt wird und dass das politische Gewicht der einzelnen Departemente möglichst ausgeglichen ist.			
5.1	Wir wollen in einer zweiten Phase der Departementsreform die Synergien nutzen, die durch die Reduktion auf fünf Departemente entstanden sind. Die Organisation soll weiter gestrafft und Verwaltungsabläufe sollen vereinfacht werden.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Projekt „Reform 06“	alle Departemente, Gerichte, Staatskanzlei	2005 – 2012	diverse Projekte
	Überprüfung und Optimierung von Organisation und Leistungen im Bildungs- und Kulturdepartement.	BKD	2007 – 2008	2.1.4/08
	Einheitliche Informatikstrategie für die Verwaltung erarbeiten und umsetzen.	FD	2005 – 2011	0.2.2/08 lit. d)
	Optimierung der Verwaltung der kantonalen Liegenschaften (u.a. Reduktion der eingesetzten Informatikmittel, Einführung der Kostenmiete).	FD	2007 – 2009	-
	Departementsreform 07	alle Departemente, Gerichte, Staatskanzlei	2007 – 2008	im Voranschlag 2008 enthalten
	Machbarkeitsstudie e-Voting Kanton Luzern	JSD	2008 – 2009	
5.2	Wir werden innerhalb der Departemente noch Feinabstimmungen vornehmen, Dienststellen zusammenlegen, einzelne Tätigkeitsbereiche von Dienststellen abtrennen und auch departementsübergreifend einer anderen Dienststelle zuordnen oder bestimmte Aufgaben auf Stellen ausserhalb der Zentralverwaltung übertragen.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Departementsreform 07	alle Departemente, Gerichte, Staatskanzlei	2007 – 2008	im Voranschlag 2008 enthalten
	Reduktion der Dienststellen im Bildungs- und Kulturdepartement und Straffung der Führungsorganisation (Teilprojekt Reform 06).	BKD	2007	2.1.4/08 lit. e)
6.	<b>Wirkungsorientiert, aber einfacher</b> Im Jahr 2005 wird die wirkungsorientierte Verwaltung flächendeckend eingeführt sein. Das neue Verwaltungsmodell funktioniert, die angestrebte Kosten- und Leistungstransparenz wurde weitgehend erreicht. Regierung und Verwaltung arbeiten mit verlässlichen Führungsinstrumenten.			
6.1	Wir wollen die Arbeit der Regierung und des Parlaments mit verbesserten Planungs- und Steuerungsinstrumenten unterstützen. Zu diesem Zweck müssen die Instrumente der Verwaltungsführung und der politischen Steuerung besser aufeinander abgestimmt werden und sich auf die wesentlichen Inhalte konzentrieren.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Aufbau eines verdichteten Berichtswesens zu Handen der Gesamtregierung.	FD	2007 – 2008	-
	Leitbild Luzern 2020	Staatskanzlei	2007 – 2008	-
	Legislaturprogramm 2007 – 2011 in Abstimmung mit dem Leitbild Luzern 2020 und dem IFAP	Staatskanzlei	2007 – 2008	-

Nr.	Ziel			
6.2	Der Kanton Luzern soll künftig über ein ausgereiftes, durchgängiges System von politischer Steuerung und Verwaltungsführung mit einfachen Strukturen und klaren Abläufen verfügen.			
	<i>Massnahme:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Leitbild und Legislaturprogramm 2007 – 2011	alle Departemente, Gerichte, Staatskanzlei	2007 – 2011	-
7.	<b>Können es andere besser oder kostengünstiger?</b> In den vergangenen Jahren haben wir die Arbeitsabläufe in der Zentralverwaltung transparenter gestaltet. Heute wissen wir weitgehend, was die Leistungen des Staates tatsächlich kosten.			
7.1	Wir wollen abklären, ob sich durch die Ausgliederung von Aufgaben aus der Zentralverwaltung, die Verselbständigung einzelner Verwaltungseinheiten oder eine engere Zusammenarbeit mit Dritten, anderen Gemeinwesen oder Privaten Kosten einsparen lassen. Anhand einzelner Bereiche oder Dienststellen (z.B. Spitäler, Strassenverkehrsamt) werden wir diese Möglichkeiten prüfen.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Projekt „Reform 06“	alle Departemente, Gerichte, Staatskanzlei	2005 – 2012	diverse Projekte
	Wir erarbeiten dort wo sinnvoll neue Branchenlösungen (delegierter Vollzug der Betriebskontrollen, Qualitätskontrolle durch die Dienststelle Umwelt und Energie).	BUWD	2004 – 2011	-
	Auslagerung des Lehrmittelverlags	FD	2007	-
	Auslagerung des Amtes für Statistik	FD	2007 – 2008	-
	Verselbständigung der öffentlichen Spitäler und Kliniken des Kantons Luzern im Rahmen des neuen Spitalgesetzes.	GSD	2008	im Voranschlag 2008 enthalten
	Prüfen der Verselbständigung des Strassenverkehrsamtes und allfällige Umsetzung.	JSD	2007 – 2009	-
8.	<b>Sicherheit als Daueraufgabe</b> Wir erachten den Schutz von Leib und Leben sowie die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung als eine unserer wichtigsten Daueraufgaben. Polizei und Strafverfolgungsbehörden haben in den vergangenen Jahren gute Arbeit geleistet. Verschiedenen Untersuchungen belegen, dass sich die Luzernerinnen und Luzerner sicher fühlen dürfen.			
8.1	Die Polizei soll eine kantonale Aufgabe bleiben.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Die Schaffung einer Luzerner Polizei ist zu prüfen und die Konsequenzen eines solchen Schrittes sind aufzuzeigen.	JSD	2008	1.1.3/08
	Bau eines Sicherheitszentrums in Sempach für die Bereitschafts- und Verkehrspolizei im Verbund mit der Dienststelle Militär, Zivilschutz und Justizvollzug.	JSD	2008 - 2012	1.4.1/08
	3. Phase Personalaufstockung Kantonspolizei um 24 Personen (je 8 Personen während 3 Jahren).	JSD	2010 - 2012	1.2.2/08
	Einführung des schweizweit eingesetzten Funksystems Polycom.	JSD	2008 - 2011	1.2.3/08
8.2	Wir sorgen für eine gute Ausbildung der Polizei und unterstützen den Aufbau der interkantonalen Polizeischule in Hitzkirch.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Ausbildung unserer Polizeianwärter/innen an der interkantonalen Polizeischule in Hitzkirch	JSD	ab September 2007	im Voranschlag 2008 enthalten



Nr.	Ziel			
8.3	Wir sind bereit, unseren Teil dazu beizutragen, dass die kantonalen Polizeikorps im Alltag und bei aussergewöhnlichen Ereignissen (z.B. WEF Davos) noch enger zusammenarbeiten können.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Verstärkung der Zusammenarbeit mit den kantonalen Polizeikorps, auch über die Zentralschweiz hinaus.	JSD	2008 - 2012	-
	Pol XXI, Projekt der Kantonalen Konferenz der Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD) mit dem Ziel, die Zusammenarbeit der Zentralschweizer Polizeikorps mit Leistungsaufträgen zu intensivieren.	JSD	2008 - 2015	-
8.4	Wir sind überzeugt, dass insbesondere Sozial- und Familienpolitik sowie Integrationspolitik wesentlich dazu beitragen, unsere Gesellschaft noch sicherer zu machen. Wir werden daher die Familien stärken. Dazu gehört unter anderem eine steuerliche Entlastung. Das Leitbild unserer Ausländer- und Integrationspolitik bleibt gültig. Wir befürworten, erleichtern und fördern die Einbürgerung von integrierten einbürgerungswilligen Ausländerinnen und Ausländern (Leitbild).			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Steuergesetzrevision 2008 (siehe auch 13.3).	FD	2007 - 2010	9.1.5/08
	Einführung von Tagesstrukturen in der Volksschule	BKD	ab 2006	2.1.1/08 lit. c)
	Das Familienleitbild liegt vor. Gestützt darauf wollen wir durch geeignete Massnahmen Eltern und Erziehungsverantwortliche in ihrer Aufgabe unterstützen, den Vollzug von Bewilligung und Aufsicht für die familienergänzende Kinderbetreuung einheitlich regeln, einen „Familienwegweiser“ sowie eine Internetplattform zur Information über Angebote und Dienstleistungen für Familien entwickeln.	GSD	2007 - 2010	-
	Unterstützung von Schulen mit hohem Anteil an Fremdsprachigen.	BKD	ab 2007	-
	Ableiten von Zielen und Massnahmen aus dem Familienleitbild.	GSD	2007	-
	Umsetzung des neuen Ausländergesetzes (AuG) ab 1.1.08 und des kantonalen Leitbildes zur Ausländer- und Integrationspolitik (insbesondere Förderung der Einbürgerungen, Öffentlichkeitsarbeit, Weiterbildung des kantonalen Personals, Projektförderung und Bekämpfung des Missbrauchs im Ausländerrecht).	JSD, GSD	2007	-
	Gewaltprävention Wir wollen ein Konzept für die Gewaltprävention entwickeln und private Initiativen der Gewaltprävention im Rahmen unserer Möglichkeiten unterstützen.	GSD	2008 - 2010	-
	Konzept für ein umfassendes Behindertentransportwesen Zur Förderung der Integration von Menschen mit Mobilitätseinschränkungen wollen wir ein umfassendes Behindertentransportwesen, welches auf die Bedürfnisse der Betroffenen eingeht, finanzierbar ist und auf bestehenden Strukturen aufbaut.	GSD	ab 2009	-
9.	<b>Bildung ist unsere Investition in die Zukunft</b> Das Schulangebot im Kanton Luzern ist qualitativ gut und attraktiv. Dies verdanken wir in erster Linie den Lehrerinnen und Lehrern. Gut ausgebildete Menschen, die befähigt sind, die Zukunft zu meistern, sind unverzichtbar für die Funktionsfähigkeit unserer Demokratie und die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft. Deshalb wollen wir unser Bildungsangebot immer wieder den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Anforderungen anpassen.			

Nr.	Ziel			
9.1	<p>Im Rahmen des Projekts „Schule in Diskussion“ haben wir uns grundsätzliche Überlegungen zum Volksschulunterricht gemacht und die Rolle aller Beteiligten geklärt. Die Erkenntnisse aus diesem Projekt dienen als Entscheidungsgrundlagen im Hinblick auf die weitere Schulentwicklung. Es ist unbestritten, dass das Unterrichtsangebot angepasst werden muss und eine stärkere Konzentration auf die wesentlichen Unterrichtsinhalte gewünscht wird. Welche Fremdsprachen wann in der Volksschule unterrichtet werden sollen, klären wir in enger Abstimmung mit den anderen Kantonen ab. Dem Grossen Rat werden wir im Sommer 2004 einen Planungsbericht zu diesen Themen unterbreiten.</p>			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Projekt „Schulen mit Zukunft“. Aktuell laufen die folgenden vier Hauptprojekte: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Elementare Bildung</li> <li>- Basisstufe</li> <li>- Lehren und Lernen</li> <li>- Schulergänzende Betreuungsangebote</li> </ul>	BKD	2005 - 2009	- 2.2.1/08 lit. b) - 2.1.1/08 lit. c)
	Planungsbericht über die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Schulen und Lehrpersonen (Renaissance des Lehrberufs). Umsetzung folgender Massnahmen: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Förderung der Schulsozialarbeit durch Förderbeiträge und Verankerung in der Verordnung über die Schuldienste</li> <li>- Ausweitung der länger dauernden Weiterbildung</li> </ul>	BKD	ab 2005	2.1.1/08 lit. b)
	Planungsbericht über den Computer-Einsatz in den Volksschulen und den Schulen der Sekundarstufe II. Umsetzung der Massnahmen.	BKD	2008	-
	Planungsbericht über ein lohnrelevantes Qualifikationssystem bei den Lehrpersonen an den Grossen Rat.	BKD	2008	2.2.1/08 lit. c)
9.2	<p>Wir werden auch in Zukunft in allen Regionen des Kantons Luzern eine gymnasiale Maturitätsschule führen. Wir erachten es indessen als sinnvoll, Strukturen und Inhalte der gymnasialen Ausbildung breit zu überprüfen, bevor wir teure Neuinvestitionen vornehmen.</p>			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Günstige Voraussetzungen schaffen für Übertritt ins Kurzzeitgymnasium nach der 2. Sekundarklasse. <ul style="list-style-type: none"> <li>- Inhaltliche Koordination Sekundarstufe I – Kurzzeitgymnasium</li> <li>- Optimierung Übertrittsverfahren Volksschule – Gymnasium</li> <li>- Optimierung Information und Kommunikation Abnehmer-/Abgeberschulen</li> </ul>	BKD	2009	-
	Bereitstellung der erforderlichen Infrastrukturen in der Agglomeration Luzern. Nachhaltige Entlastung der Kantonsschule Luzern. <ul style="list-style-type: none"> <li>- Sistung des Kurzzeitgymnasiums an der Kantonsschule Luzern</li> <li>- Ausbau des Kurzzeitgymnasium-Angebotes an der Kantonsschule Musegg</li> <li>- Leistungsvereinbarung mit dem Gymnasium St. Klemens (Kurzzeitgymnasium)</li> </ul>	BKD	2010	-

Nr.	Ziel			
	Projekt „Potenzial Gymnasium“ - Lancierung schulischer Projekte im Bereich Unterrichtsentwicklung - Einrichten einer kantonalen Plattform zur Förderung und Auszeichnung exzellenter Projekte	BKD	2007 - 2010	-
9.3	Wir wollen den dualen Berufsbildungsweg stärken und die Partnerschaft mit der Wirtschaft intensivieren. Im schulischen Bereich beabsichtigen wir, Strukturen und Organisation der Berufsschulen im Kanton Luzern an die Erfordernisse des neuen Berufsbildungsgesetzes anzupassen.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Umsetzung der neuen Bildungsverordnungen (bisher: Ausbildungsreglemente) gemäss Masterplanung der Verbundpartner.	BKD	2005 - 2012	-
	Planungsbericht Berufsfachschulplanung. Reorganisation der Berufsschulkreise und Berufszuordnungen.	BKD	2008	2.1.4/08 lit. e) und 2.4.7/08
	Reorganisation des Prüfungswesens und Etablierung der alternativen Qualifikationsverfahren gemäss nBBG.	BKD	2008	-
	Erhöhung der Absolvent/innen-Zahl von Berufsmaturität und Fachmaturität auf 15 %.	BKD	2010	-
	Intensivierung der Verbundpartnerschaft gemäss neuem Berufsbildungsgesetz (nBBG) mit Betrieben und Verbänden.	BKD	Ab 2007	-
	Optimierung der Nahtstelle zwischen Sekundarstufe I und II in Zusammenarbeit mit den Berufsbildungspartnern und den Volksschulen.	BKD	2008	-
9.4	Luzern soll zu einem Zentrum für Hochschulbildung werden und als solches auch wahrgenommen werden. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es notwendig, dass unsere Universität mit ihren drei Fakultäten den Neubau am Kasernenplatz im Jahr 2008 beziehen kann. Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass die Zusammenarbeit und die Vernetzung der verschiedenen Hochschulen untereinander enger und effizienter wird (Campus Luzern).			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Massnahme zu Uni-Bau siehe Ziel Nr. 9.7.			
	Konsequente Umsetzung der Universitäts-Strategie.	BKD	2005 - 2011	2.1.8/08 und 2.4.2/08
	Neben den konsolidierten Projekten „Offener Campus“, Hochschulsport und Kinderkrippe wird die Kooperation in Forschung und Lehre durch die Hochschulen laufend ausgebaut. Zugleich werden weitere Formen der Zusammenarbeit und strukturellen Synergiegewinnung im Rahmen des Projekts „Hochschule Luzern-Zentralschweiz“ geprüft (Teilprojekt Reform 06).	BKD	2005 - 2010	-
	Die kantonalen Angebote an Medien und Informationen werden im Informationsverbund Luzern gebündelt und organisiert. Die Anzahl der Bibliotheksstandorte wird reduziert. Die Zentral- und Hochschulbibliothek spielt dabei die Rolle als Kompetenz- und Dienstleistungszentrum. Sie erhält durch die Sanierung des Hauptgebäudes, die Einrichtung der Filiale im Postbetriebsgebäude und ein betriebswirtschaftlich optimal einzurichtendes Aussenlager die notwendige Infrastruktur für optimierte Dienstleistungen.	BKD	2007 – 2011	3.4.1/08

Nr.	Ziel			
9.5	<b>Bemerkung des Grossen Rats:</b> Eine Gesamtschulplanung (inkl. Musikschule) mit Kostenfolge soll für das ganze kantonale Bildungsangebot gemacht werden.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Im Planungsbericht über die Schulentwicklung nach 2005 (B52) haben wir die mittel- und langfristige Weiterentwicklung der Volksschule dargestellt. Einen Planungsbericht über alle Schulstufen hinweg erachten wir aufgrund der zahlreichen Einflussfaktoren nicht als zielführend, doch sollen alle Entwicklungen in den verschiedenen Schulstufen immer auf ihre gegenseitigen Auswirkungen geprüft werden.			-
9.6	<b>Bemerkung des Grossen Rats</b> Die Untergymnasien sind dort zu erhalten, wo sie pädagogisch oder wirtschaftlich Vorteile oder zumindest keine Nachteile bringen.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Siehe Massnahmen unter Ziel Nr. 9.2.	BKD		-
9.7	<b>Bemerkung des Grossen Rats</b> Das Uni-Projekt ist unter Berücksichtigung der neuen Ausgangslage zügig weiterzuentwickeln.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Wir werden die Projektierung und das Submissionsverfahren vom Frühjahr 2007 bis Ende 2008 durchführen. Der Bezug des umgebauten Gebäudes ist gestaffelt ab Herbst 2010 bis 2011 geplant.	FD in Zusammenarbeit mit BKD	2005 - 2011	2.4.2/08
10.	<b>Gesundheit muss bezahlbar sein</b> Die öffentliche Diskussion über das Gesundheitswesen ist heute meist eine Diskussion über steigende Kosten und Prämienhöhungen. Das ärztliche und pflegerische Angebot im Kanton Luzern ist qualitativ gut. Die Versicherten gelangen indessen allmählich an die Grenzen ihrer finanziellen Belastbarkeit.			
10.1	Als grösster Anbieter von Gesundheitsleistungen im Kanton Luzern werden wir uns daher in erster Linie bemühen, die Kosten für unsere hochwertige Gesundheitsversorgung im Griff zu halten und – wo möglich – zu senken. Nur was wirtschaftlich, zweckmässig und wirksam ist, soll in Zukunft von Kanton und Grundversicherung mitfinanziert werden.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Neues Abgeltungsmodell in den Akutspitälern (Ablösung der Tagespauschale durch ein Fallpauschalensystem (DRG) in Vorbereitung).	GSD	2008 - 2009	-
	Weiterentwicklung der Kostenträgerrechnung in den Spitälern wird weitergeführt.	GSD	2008	-
	Flächendeckende Leistungserfassung in den Spitälern wird weitergeführt.	GSD	2008	-
10.2	Wir werden das Angebot in der Gesundheitsversorgung präziser auf die Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten abstimmen und die Zusammenarbeit unter den öffentlichen und privaten Leistungsanbietern verbessern. In den Bereichen Einkauf, Personal, Logistik und Rechnungswesen können damit Synergien genutzt werden.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Mit der rechtlichen Verselbständigung der Spitäler wird der Kanton primär zum Leistungseinkäufer. Die Zielsetzung soll deshalb zusätzlich im Rahmen des Leistungsauftrags und der Leistungsvereinbarung erreicht werden.	GSD	2008	-

Nr.	Ziel			
	Mit dem Bündnis gegen Depression optimieren wir die Früherkennung und die Sensibilisierung der Bevölkerung.	GSD	2007 - 2008	-
	Die Verselbständigung der öffentlichen Spitäler und Kliniken des Kantons Luzern im Rahmen des neuen Spitalgesetzes und die Reorganisation des öffentlichen Spitalwesens ermöglichen es, das Angebot besser auf die Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten abzustimmen und die Zusammenarbeit aller Leistungsanbieter zu verbessern.	GSD	2008	-
10.3	Wir prüfen, ob das Zentrumsspital auch in Zukunft alle bisherigen Leistungen anbieten muss.			
	<i>Massnahme:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	-			
10.4	Künftig sollen möglichst viele Patientinnen und Patienten ambulant statt stationär behandelt werden. Dies setzt voraus, dass ambulante und stationäre Medizin (Kliniken/Ärzte) sowie Pflege (Spitex/Heime) im Sinn einer eigentlichen Behandlungskette vernetzt werden.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Umsetzung der beschlossenen Massnahmen aus den Berichten zur Pflegeheimplanung und zur Gesundheitsversorgung (Spitalplanung) mit Einbezug der Gemeinden. Zudem Umsetzung im Rahmen des Leistungsauftrags an die Spitäler.  Wir setzen das Bettenmoratorium im Pflegeheimbereich konsequent durch und nehmen die Überarbeitung der Pflegeheimplanung auf. Geplant ist ein Pilotprojekt für die Übergangspflege; dazu braucht es die Zustimmung der Versicherer.	GSD	2006 - 2010	-  Staatsbeitrag an Übergangspflege im Voranschlag 2008 enthalten
10.5	Wir verzichten auf die Erstellung neuer Infrastrukturen, bauen Überkapazitäten ab und reduzieren – wo vertretbar – bestehende stationäre Angebote.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Planungsbericht zur Gesundheitsversorgung (Spitalplanung): Umsetzung der beschlossenen Massnahmen.  Die Zielsetzung soll zudem im Rahmen des Leistungsauftrags und der Leistungsvereinbarung erreicht werden. Ein Planungsbericht für Spitalbauten ist in Arbeit.	GSD	ab 2006	-  -
10.6	<b>Bemerkung des Grossen Rats</b> Der Grosse Rat muss in der Versorgungsplanung und in der Spitalplanung besser eingebunden werden.			
	<i>Massnahme:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Diese Forderung ist unbestritten und wird entsprechend umgesetzt.	GSD	ab 2006	-
10.7	<b>Bemerkung des Grossen Rats</b> Die Planung und Weiterentwicklung des luzernischen Spital- und Gesundheitswesens hat sich an den finanziellen Möglichkeiten des Kantons Luzern zu orientieren.			
	<i>Massnahme:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Diese Forderung ist unbestritten und wird entsprechend umgesetzt.	GSD	ab 2006	-

Nr.	Ziel			
<b>11.</b>	<b>Gute Dienstleistungen für die Wirtschaft</b>			
11.1	Der Wirtschaft und ansiedlungswilligen Unternehmen stellt der Kanton Luzern eine gute Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung und sorgt für eine verlässliche Raumplanung, zügige Bewilligungsverfahren und moderate Steuern.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Erneuerung der amtlichen Vermessung.	BUWD	2005 - 2012	1.1.1/08
	Gesamthafte Überprüfung kantonaler Richtplan.	BUWD	2007 - 2009	-
	Bereitstellung von Geodaten (GIS Kanton Luzern) und Raumkataster.	BUWD	2005 - 2012	-
	Umsetzung kantonale Energiepolitik auf der Basis des neuen Konzeptes.	BUWD	2006 - 2016	-
	Abbau bürokratischer Hemmnisse in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft: Umsetzung der vorgeschlagenen Massnahmen der Task force mit den Branchenvertretern.	BUWD	ab 2006	-
	Altlastenuntersuchungen und Sanierungen.	BUWD	2007 - 2011	7.1.3/07
	Senkung Staatssteuern um 1/20 einer Einheit für 2008	FD	2008	im Voranschlag 2008 enthalten
	Senkung Staatssteuern um 1/20 einer Einheit für 2009	FD	2009	9.1.6/08
	Steuergesetzrevision 2008, Korrektur Tarif für Gewinn und Kapital	FD	2010	9.1.5/08 lit. b)
	Steuergesetzrevision 2011 (u.a. Unternehmenssteuerreform II)	FD	2011 - 2012	9.2.2/08
11.2	Die Luzerner Wirtschaft soll mittelfristig weniger abhängig von Tourismus und Landwirtschaft werden.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Wirtschaftsförderung Luzern (Public-Privat-Partnership-Modell). Die seit 1.4.06 aktive Stiftung Wirtschaftsförderung ist dem Ziel Nr. 11.2 verpflichtet. Dazu bestehen entsprechende Vereinbarungen und Plangrundlagen (Businessplan usw.).	BUWD	2006 - 2009	-
	Umsetzung der Massnahmen aus dem Planungsbericht über die Entwicklung der Luzerner Landwirtschaft des Regierungsrats an den Grossen Rat.	BUWD	2006 - 2008	-
11.3	<b>Bemerkung des Grossen Rats</b> Die Ansiedlung von wertschöpfungsintensiven Unternehmungen im Bereich Dienstleistungen, Technologie und Biotechnologie wird fokussiert.			
	<i>Massnahme:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Wirtschaftsförderung Luzern (Public-Privat-Partnership-Modell). Die seit 1.4.06 aktive Stiftung Wirtschaftsförderung ist dem Ziel Nr. 11.3 verpflichtet. Dazu bestehen entsprechende Vereinbarungen und Plangrundlagen (Businessplan usw.).	BUWD	2006 - 2009	-
11.4	<b>Bemerkung des Grossen Rats</b> Die regionale Nahrungsmittelversorgung und Pflege des ländlichen Naherholungsraums werden als nachhaltige Wertschöpfung von Landwirtschaft, Gastronomie und Tourismus anerkannt und gefördert.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Umsetzung Agrarpolitik 2007.	BUWD	2008	-
	Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaftsbetriebe. Einführung Bonitätsklassen, Koordination der Kontrollen; Dateneingabe über <a href="http://www.agrogate.ch">www.agrogate.ch</a> .	BUWD	2006 - 2008	-

Nr.	Ziel			
	Koordination Beiträge Naturschutz und Landwirtschaft weiterpflegen und optimieren. Ökologische Vernetzungspunkte Landwirtschaft.	BUWD	2004 - 2011	7.1.1/08
	Angepasste Nutzung nachwachsender Energieträger sicherstellen und fördern. Förderung einer grösseren Biogas-Anlage zur Hofdüngeraufbereitung.	BUWD	2004 - 2010	7.2.1/08
	Artenvielfalt sicherstellen sowie erforderlichen Schutz und ökologische Aufwertung der Landschaft fördern.	BUWD	2004 - 2011	7.1.1/08
11.5	<b>Bemerkung des Grossen Rats</b> Der Bestandespflege der bestehenden Betriebe ist die gleich hohe Priorität einzuräumen wie der Ansiedlung neuer Betriebe.			
	<i>Massnahme:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Wirtschaftsförderung Luzern (Public-Privat-Partnership-Modell). Die seit 1.4.06 aktive Stiftung Wirtschaftsförderung ist dem Ziel Nr. 11.5 verpflichtet. Dazu bestehen entsprechende Vereinbarungen und Plangrundlagen (Businessplan usw.).	BUWD	2006 - 2009	-
12.	<b>Agglomeration Luzern muss erreichbar bleiben.</b>			
12.1	Wir wollen die Mobilität sicherstellen, das heisst den öffentlichen Verkehr und den Individualverkehr effizient, wirksam und umweltverträglich gestalten.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Umsetzung Gesamtstrategie Siedlung und Verkehr gemäss Agglomerationsprogramm Luzern und Richtplananpassung vom 6.6.2006 (B149). Mitfinanzierung durch Bund frühestens ab 2008.	BUWD	2005 - 2025	-
12.2	Wir achten besonders darauf, dass die Agglomeration Luzern zugänglich bleibt und dass ihre Erreichbarkeit auch in Zukunft sichergestellt ist.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Neuer Autobahnanschluss Rothenburg erschliesst den Entwicklungsschwerpunkt Rothenburg-Station (siehe auch Ziel Nr. 12.5).	BUWD	2008	siehe Kapitel IX.
	Neuer Autobahnanschluss Buchrain mit Zubringer Rontal zur Erschliessung des Entwicklungsschwerpunktes Rontal (siehe auch Ziel Nr. 12.5).	BUWD	2010	siehe Kapitel IX.
	Neuer Bahnhof Luzern Nord	BUWD	offen	-
	Weiterausbau S-Bahn Luzern (siehe auch Ziele Nr. 1.3 und Nr. 12.5) und Sicherstellung der dazu notwendigen finanziellen Mittel.	BUWD	2008 - 2020	6.1.3/08 und 6.1.4/08
	Umsetzung Bauprogramm Kantonsstrassen und Sicherstellung der dazu notwendigen finanziellen Mittel.	BUWD	2007 - 2010	siehe Kapitel IX.
12.3	Der Transitverkehr und ein wesentlicher Teil des regionalen Individualverkehrs sollen auf einem übergeordneten Strassennetz geführt werden, das die Erschliessung der fünf Subzentren und der regionalen Entwicklungsschwerpunkte sicherstellt.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Umsetzung Bauprogramm Kantonsstrassen und Sicherstellung der dazu notwendigen finanziellen Mittel.	BUWD	2007 - 2010	siehe Kapitel IX.

Nr.	Ziel			
12.4	Im Hinblick auf den weiteren Ausbau der Nord-Süd-Transitachse werden wir uns beim Bund dafür einsetzen, dass im Grossraum Luzern der Transitverkehr vom Agglomerationsverkehr getrennt wird.			
	<i>Massnahme:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Neuer Bypass kurz stellt langfristige Erreichbarkeit der Agglomeration Luzern sicher. Planungsarbeiten werden zusammen mit dem Bund aufgenommen. ▪ Realisierung	BUWD	2025	-
12.5	Unsere wichtigsten Vorhaben sind der weitere Ausbau der S-Bahn zur Kapazitätssteigerung im öffentlichen Regionalverkehr sowie die Erstellung der Autobahnanschlüsse Buchrain und Rothenburg.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Weiterentwicklung der S-Bahn Luzern (siehe auch Ziele Nr. 1.3 und Nr. 12.2).	BUWD	2008 - 2012	6.1.3/08 und 6.1.4/08
	Weiterer Ausbau Bahnlinie Luzern-Zug auf Doppelspur im Hinblick auf die Einführung 30-Minutentakt S-Bahn Luzern-Zug.	BUWD	2006 - 2012	6.1.4/08
	Ausbau und Tieflegung Zentralbahn in Luzern. ▪ Planung ▪ Volksabstimmung Kredit ▪ Realisierung	BUWD	2005 - 2008 2008 2008 - 2012	6.1.4/08
	Neuer Bahnhof Luzern Nord	BUWD	offen	-
	Autobahnanschluss Buchrain und Autobahnzubringer Rontal zur Erschliessung des Entwicklungsschwerpunktes Rontal (siehe auch Ziel Nr. 12.2).	BUWD	2010	siehe Kapitel IX.
	Autobahnanschluss Rothenburg (siehe auch Ziel Nr. 12.2).	BUWD	2008	siehe Kapitel IX.
<b>13.</b>	<b>Gesunde Finanzen und tragbare Steuern</b>			
13.1	Wir wollen unsere erfolgreiche Finanzpolitik auch in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld weiterführen. Mit einer zurückhaltenden Ausgabenpolitik schaffen wir auch in den kommenden Jahren die Voraussetzungen für ausgeglichene Staatsrechnungen. Der Selbstfinanzierungsgrad soll in der Periode 2004 bis 2008 jeweils über 100 Prozent betragen.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Der Selbstfinanzierungsgrad soll ab 2008 mindestens 100% betragen	FD	2008 - 2012	-
	Projekt „Reform 06“ mit einer Entlastung des Staatshaushalts ab 2008	alle Departemente, Gerichte, Staatskanzlei	2005 - 2012	diverse Projekte
	Wir beschränken das Wachstum des Aufwandes, um die laufenden Rechnungen mindestens ausgeglichen abzuschliessen.	FD	2008 - 2012	-
13.2	Die Verschuldung des Kantons soll bis Ende 2009 auf 750 Millionen Franken reduziert werden. Als Zwischenziel haben wir uns eine Verschuldung von 900 Millionen bis Ende 2007 gesetzt.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Verkauf von LUKB-Aktien und weiteren Wertschriften.	FD	2004 - 2009	-
	Konsequente Überprüfung des Liegenschaftsfolios und Verkauf/Desinvestition von nicht benötigten Liegenschaften des Finanzvermögens.	FD	2004 - 2009	9.2.1/08
	Wir reduzieren die Netto-Schuld (Fremdkapital minus Finanzvermögen) bis 2010 auf 3'000 Franken pro Kopf.	FD	2007 - 2010	-



Nr.	Ziel			
13.3	Wir halten daran fest, die Steuerbelastung der natürlichen Personen an den Durchschnitt der übrigen Schweizer Kantone anzunähern.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Senkung Staatssteuern um 1/20 einer Einheit für 2008	FD	2008	im Voranschlag 2008 enthalten
	Senkung Staatssteuern um 1/20 einer Einheit für 2009	FD	2009	9.1.6/08
	Steuergesetzrevision 2008 mit Ausgleich der kalten Progression und Halbierung der Vermögenssteuern	FD	2007 - 2009	9.1.5/08
	Steuergesetzrevision 2011	FD	2011 - 2012	9.2.2/08

## VIII. Aufgaben und Finanzen

### Übersicht

In Mio. Franken	R2006	B2007	B2008	2009	2010	2011	2012	% <sup>1</sup>
<b>Laufende Rechnung</b>								
<b>Gesamte Verwaltung</b>								
Aufwand	3'365.2	3'446.5	3'026.8	3'068.4	3'121.3	3'167.2	3'211.4	6.1
Ertrag	3'497.3	3'447.1	3'093.2	3'081.8	3'127.1	3'173.2	3'202.7	3.5
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>-132.2</b>	<b>-0.6</b>	<b>-66.4</b>	<b>-13.4</b>	<b>-5.9</b>	<b>-6.0</b>	<b>8.7</b>	
<b>Investitionsrechnung</b>								
<b>Gesamte Verwaltung</b>								
Ausgaben	283.3	344.7	258.7	269.1	296.1	298.2	281.5	8.8
Einnahmen	107.4	160.1	71.5	76.0	95.2	97.6	82.1	14.8
<b>Ausgaben-/Einnahmenüberschuss</b>	<b>175.9</b>	<b>184.6</b>	<b>187.2</b>	<b>193.2</b>	<b>200.9</b>	<b>200.6</b>	<b>199.4</b>	
<b>Staatsbeiträge</b>								
<b>Gesamte Verwaltung</b>								
<i><b>Laufende Rechnung</b></i>								
Aufwand	1'103.8	1'130.1	1'395.7	1'417.7	1'450.4	1'476.8	1'502.7	7.7
Ertrag	540.8	570.6	502.9	514.4	524.0	533.8	543.3	8.0
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>563.0</b>	<b>559.4</b>	<b>892.8</b>	<b>903.3</b>	<b>926.4</b>	<b>943.0</b>	<b>959.5</b>	
<i><b>Investitionsrechnung</b></i>								
Aufwand	25.7	25.8	28.2	31.9	35.1	35.2	33.9	20.1
Ertrag	78.9	116.9	56.0	60.7	80.1	82.7	67.4	20.3
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>-53.2</b>	<b>-91.1</b>	<b>-27.7</b>	<b>-28.7</b>	<b>-45.0</b>	<b>-47.5</b>	<b>-33.4</b>	

1 Diese Spalte zeigt in dieser und in allen nachfolgenden Zeitreihenvergleichen immer die Veränderung zwischen den Jahren 2008 und 2012 in Prozenten.

**Grundauftrag, Legislaturprogramm und Generelle Entwicklung****Grundauftrag****01 Legislative und Exekutive**

- Führung des Kantons Luzern durch Parlament und Regierung.

**02 Allgemeine Verwaltung**

- Unterstützung der Regierung bei der Verwaltungsführung und des Grossen Rates bei seiner Aufsicht über die staatliche Verwaltung.
- Bereitstellung und Erbringung von zentralen Dienstleistungen für Parlament, Regierung und Verwaltung sowie für Gemeinden und Öffentlichkeit.

**03 Leistungen Pensionierte**

- Sicherstellung der Pensionsordnung für Magistraten.

**09 Nicht aufteilbare Aufgaben**

- Bewirtschaftung sämtlicher staatlicher Immobilien des Kantons.

**Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen**

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement
01 Legislative und Exekutive	Grosser Rat	Staatskanzlei	SK
	Regierungsrat	Staatskanzlei	SK
02 Allgemeine Verwaltung	Finanzkontrolle	Finanzkontrolle	SK
	Publikationen	Staatskanzlei	SK
	Departementssekretariat	Departementssekretariat BUWD	BUWD
	Departementsführung und Dienstleistungen Departementssekretariat (ohne Finanzausgleich)	Departementssekretariat FD	FD
	Dienstleistungen Informatikgesamtverantwortlicher	Departementssekretariat FD	FD
	Ertrag aus Leistungsgruppe Sonderbereich	Departementssekretariat FD	FD
	Finanzen	Dienststelle Finanzen	FD
	Verschiedene Positionen aus der Leistungsgruppe „Sonderbereiche“	Dienststelle Finanzen	FD
	Steuerverwaltung	Dienststelle Steuern	FD
	Bau- und Immobilienmanagement	Dienststelle Immobilien	FD
	Personalmanagement	Dienststelle Personal	FD
	Sonderbereich Personal	Dienststelle Personal	FD
	Informatik	Dienststelle Informatik und Dienste	FD
	ERP-Systeme	Dienststelle Informatik und Dienste	FD
	Departementsführung und Dienstleistungen	Departementssekretariat JSD	JSD
	Regierungsstatthalter	Regierungsstatthalter	JSD
	Amt für Gemeinden	Amt für Gemeinden	JSD
	Dienstleistungen	Staatsarchiv	JSD
	Forschen und Publizieren	Staatsarchiv	JSD
	Abschreibungen auf Strassen	Verkehr und Infrastruktur	BUWD
	Ertrag Motorfahrzeugsteuern und Aufwand für Übertrag Steuern	Strassenverkehrsamt	JSD
03 Leistungen Pensionierte	Sonderbereiche, Teil Renten für Magistratspersonen	Dienststelle Finanzen	FD
09 Nicht aufteilbare Aufgaben	Staats- und Mietliegenschaften	Dienststelle Immobilien	FD

**Legislaturprogramm 2003-2007**

Durch den Aufbau des Legislaturprogramms 2003-2007 ist eine Integration in diesen Grundauftrag noch nicht möglich. Wir werden im nächsten Legislaturprogramm die Durchgängigkeit der Planungsinstrumente sicherstellen.

**Generelle Entwicklung****01 Legislative und Exekutive**

- Nach Inkrafttreten der neuen Staatsverfassung per 1.1.08 werden die Nachfolgesetzgebungen erlassen.
- Wahlen 2011 für Regierung und Grosser Rat

**02 Allgemeine Verwaltung**

- Eine Informatikgesamtstrategie für die kantonale Verwaltung wird im Jahr 2007 erarbeitet. Danach soll die Informatikorganisation überprüft und an die Strategie angepasst werden.
- Forcierung eines durchgängigen und möglichst flächendeckenden Einsatzes von SAP R/3 im Finanz- und Logistikbereich (Ablösung von Alt-Systemen). Standardaufgaben und -prozesse im Rechnungswesen sollen zentral gelöst werden (Shared Service Center).
- Umsetzung der Agglopolitik und der Politik des ländlichen Raumes.
- Erhöhung der Anzahl Lehrstellen in der kantonalen Verwaltung.
- Förderung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen und Kinderbetreuungsplätze.

**03 Leistungen Pensionierte**

- Die Magistratspensionsordnung wurde in die LUPK überführt. Die ausbezahlten Rentenleistungen werden stetig abnehmen.
- Die Anpassung der Renten an die Teuerung erfolgt für die altrechtlich pensionierten Magistratspersonen analog zur LUPK-Renten Anpassung und ist nicht mehr an den Lohnzuwachs des Staatspersonals gekoppelt.

**09 Nicht aufteilbare Aufgaben**

- Umstellung Mietmodell für interne Dienststellen ab 2008. Einrechnung kalkulatorische Kosten und Abschreibungen.
- Oekonomische Investitionsbeurteilung: Berücksichtigung der Folgekosten für die Mieter.
- Prüfung Liegenschaftsportfolio und Verkauf/Desinvestition von nicht benötigten Liegenschaften des Finanzvermögens
- Für die UNI Luzern wird das erworbene "Postbetriebsgebäude" umgebaut. Der Bezug ist in den Jahren 2010/2011 geplant.

Indikatoren und Kenngrößen	2008	2009	2010	2011	2012
<b>01 Legislative und Exekutive</b> Zustellung Kommissionsunterlagen GR 14 Tage vor Sitzung	100%	100%	100%	100%	100%
<b>02 Allgemeine Verwaltung</b> Gemeindeentwicklung: Anzahl Gemeinden	96	< 96	< 96	< 96	< 96
Gesamtzahl Arbeitsplätze in der kant. Verwaltung für die Eingliederung Erwerbsbehinderter	50	50	50	50	50
<b>03 Leistungen Pensionierte</b> Anzahl ausbezahlte Renten an Magistratspersonen	44	< 44	< 44	< 44	< 44
<b>09 Nicht aufteilbare Aufgaben</b> m <sup>2</sup> -Fläche eigene Liegenschaften (ohne Spitäler)	289'140	Mit der Einführung der Vollkostenrechnung ab Budget 2008, unterstützt durch die neue Informatik-Lösung (SAP), werden Grundlagen für die künftige Immobilienstrategie gebildet. Mit den erlangten Kennzahlen können gleichzeitig Mehrjahresziele festgelegt werden.			
m <sup>2</sup> -Fläche Zumietungen (ohne Turnhallen)	54'565				
Mietzinse der externen Mieten	26'650'000				
Anzahl staatseigene Gebäude	636				
<b>Finanzielle Veränderungen gegenüber dem IFAP 2007-2011</b>					
<b>Laufende Rechnung</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
- Aufwand					
IFAP 2007-2011	361.6	360.3	364.2	368.1	
IFAP 2008-2012	389.1	384.1	389.0	393.7	398.2
Veränderung	-27.5	-23.8	-24.8	-25.6	
- Ertrag					
IFAP 2007-2011	298.7	302.2	305.7	309.2	
IFAP 2008-2012	279.8	280.7	283.4	286.0	288.7
Veränderung	18.9	21.5	22.3	23.2	
Begründung:					
- Die Landwirtschaftlichen Familienzulagen von 5 Millionen Franken sind neu in der Funktion „02 Allgemeine Verwaltung“ enthalten (vorher „80 Landwirtschaft“).					
- Im IFAP 2008-2012 sehen wir eine Zunahme der Strassenschuld (Saldo der Spezialfinanzierung Strassenrechnung) vor. Die Abschreibungen zu Lasten der Strassenrechnung reduzieren sich gegenüber der Planung des Vorjahrs um 6,4 (2008), 4,8 (2009), 5,2 (2010) und 4,8 (2011) Millionen Franken.					
- Der Aufwand der Leistungsgruppe Staats- und Mietsliegenschaften der Dienststelle Immobilien liegt um 20 (2008), 10,8 (2009) und je 11 (2010 und 2011) Millionen Franken über den Zahlen des IFAP 2007-2011 (höhere Sachkosten, Abschreibungen und kalkulatorische Zinsen).					
- Wir hatten im IFAP 2007-2011 diverse Massnahmen der Reform 06 im Aufgabengebiet „02 Allgemeine Verwaltung“ berücksichtigt. Diese Massnahmen werden nun teilweise nicht im geplanten Umfang realisiert oder zeitlich verschoben. Dadurch entsteht ein Mehraufwand gegenüber dem IFAP 2007-2011.					
- Der Ertrag aus kalkulatorischen Zinsen ist neu im Aufgabengebiet „99 Nicht aufgeteilte Positionen“ enthalten. Dies führt gegenüber dem IFAP 2007-2011 zu einem jährlichen Minderertrag von rund 44,2 Millionen Franken.					
- Die Fondsentnahme für die Agglomerationspolitik und die Politik des ländlichen Raumes ist im Aufgabengebiet „02 Allgemeine Verwaltung“ enthalten. Dies führt ab 2009 zu einem jährlichen Mehrertrag von 7,5 Millionen Franken gegenüber des IFAP 2007-2011.					
- Die Einführung der Kostenmiete und ein im IFAP 2007-2011 nicht enthaltener Buchgewinn von 9,2 Millionen Franken im Jahr 2008 führen zu einem Mehrertrag von 24,5 (2008), 15 (2009), 14,6 (2010) und 14,3 Millionen Franken.					
<b>Investitionsrechnung</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
- Ausgaben					
IFAP 2007-2011	10.3	10.3	10.3	10.2	
IFAP 2008-2012	9.9	9.9	9.9	10.0	9.7
Veränderung	0.4	0.4	0.4	0.2	
- Einnahmen					
IFAP 2007-2011	0.0	0.0	0.0	0.0	
IFAP 2008-2012	0.2	0.5	0.5	0.6	0.2
Veränderung	-0.2	-0.5	-0.5	-0.6	
Begründung:					
- Der Informatik-Investitionspool JSD von 1,5 Millionen Franken war im IFAP 2007-2011 im Aufgabenbereich „0 Allgemeine Verwaltung“ enthalten. Neu ist er im Aufgabenbereich „1 Öffentliche Sicherheit“ enthalten.					
- Wir haben die Investitionen in kantonale Hochbauten im IFAP 2008-2012 brutto verbucht. Von den Erträgen fallen 4 Prozent auf die Allgemeine Verwaltung.					
<b>Staatsbeiträge gesamt</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
- Aufwand/Ausgaben					
IFAP 2007-2011	1.7	1.2	1.2	1.3	
IFAP 2008-2012	10.0	9.7	9.7	9.7	9.7
Veränderung	-8.3	-8.5	-8.5	-8.4	
- Ertrag/Einnahmen					
IFAP 2007-2011	0.8	0.8	0.8	0.8	
IFAP 2008-2012	5.5	12.4	12.4	14.8	5.3
Veränderung	-4.7	-11.6	-11.6	-14.0	
Begründung:					
- Die Landwirtschaftlichen Familienzulagen von 5 Millionen Franken sind neu in der Funktion „02 Allgemeine Verwaltung“ enthalten (vorher „80 Landwirtschaft“).					
- Anstelle der bisherigen kantonalen Dienststelle Amt für Statistik ist im IFAP 2008-2012 ein Staatsbeitrag von 2,6 Millionen Franken für die LUSTAT vorgesehen.					
- Wir haben die Investitionen in kantonale Hochbauten im IFAP 2008-2012 brutto verbucht. Bei den Staatsbeiträgen verzichten wir auf eine Aufteilung dieser Erträge auf verschiedene Aufgabengebiete. Die ganzen Beiträge sind somit in „0 Allgemeine Verwaltung“ enthalten.					

Vorhaben und Projekte											
								Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2009-2012 in Mio. Franken	Investitionskosten 2009-2012 in Mio. Franken	
<b>Beschlossene / einberechnete Vorhaben</b>								2011-2012	-20		
0.1.1/08 Investitionen in kantonale Hochbauten											
		2008	2009	2010	2011	2012					
	Gesamtbudget Hochbau	83,7	85,8	85,8	88,2	78,7					
	Beiträge Dritter an Uni-Neubau	4,7	11,8	11,8	14,2	4,7					
	Globalbudget Hochbau netto	79	74	74	74	74					
0.1.2/08 Kosten der Wahljahre 2011 (kantonale und nationale Wahlen) und 2012 (Gemeinderatswahlen)									0,7		
<b>Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)</b>									2008-2012 2010-2012 2009-2011		3,9 1,5 3,0
0.2.1/08 Projekte für die allgemeine Verwaltung (exkl. Investitionen)											
a) Registerharmonisierung (höherer Beitrag an LUSTAT)											
b) Absenz- und Casemanagement											
c) Strukturhebung (Aufstockung eidg. Volkszählung)											
0.2.2/08 Geplante Informatikprojekte für die allgemeine Verwaltung								2009 2010 2009-2010 2009-2011 2008-2011		1,1 1,0 1,0 5,0 9,6	
a) Zentralisierung Rechnungswesen (Projekt der Reform 06)											
b) SAP-HR: Zeitwirtschaft (einheitliche Zeiterfassung)											
c) Zentrale Beschaffungsstelle											
d) Umsetzung IT-Strategie											
e) Zentrale Steuerlösung (Projekt der Reform 06)											
<b>Gesetzesänderungen</b>								2008-2009 2011-2012 2007-2009			
0.3.1/08 Revision Haftungsgesetz											
0.3.2/08 Revision Finanzhaushaltsgesetz											
0.3.3/08 Finanzreform 08, Aufgaben Priorität C											
<b>Hochbauprojekte</b>								2010-2015	1,0		
0.4.1/08 Zeughaus Musegg, Umnutzung (gesamte Kosten 13 Mio. Fr.)											

(in Mio. Franken)

<b>Laufende Rechnung</b>	<b>R2006</b>	<b>B2007</b>	<b>B2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>%</b>
Aufwand	331.7	386.2	389.1	384.1	389.0	393.7	398.2	2.3
Ertrag	212.4	320.3	279.8	280.7	283.4	286.0	288.7	3.2
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>119.3</b>	<b>65.9</b>	<b>109.3</b>	<b>103.4</b>	<b>105.6</b>	<b>107.7</b>	<b>109.4</b>	
<b>01 Legislative und Exekutive</b>								
Aufwand	9.4	8.4	8.2	8.3	8.4	8.5	8.6	
Ertrag	2.6	2.1	2.0	2.0	2.1	2.1	2.1	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>6.7</b>	<b>6.3</b>	<b>6.2</b>	<b>6.3</b>	<b>6.3</b>	<b>6.4</b>	<b>6.5</b>	
<b>02 Allgemeine Verwaltung</b>								
Aufwand	220.5	246.2	252.5	255.6	259.4	263.0	266.3	
Ertrag	94.9	176.3	135.2	144.4	146.1	147.9	149.6	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>125.6</b>	<b>69.8</b>	<b>117.3</b>	<b>111.2</b>	<b>113.3</b>	<b>115.1</b>	<b>116.7</b>	
<b>03 Leistungen für Pensionierte</b>								
Aufwand	4.8	4.8	4.8	4.9	4.9	5.0	5.0	
Ertrag	0.1	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>4.7</b>	<b>4.6</b>	<b>4.6</b>	<b>4.7</b>	<b>4.8</b>	<b>4.8</b>	<b>4.9</b>	
<b>09 Nicht aufteilbare Aufgaben</b>								
Aufwand	97.0	126.8	123.6	115.3	116.3	117.2	118.2	
Ertrag	114.8	141.8	142.4	134.1	135.0	135.9	136.8	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>-17.8</b>	<b>-15.0</b>	<b>-18.9</b>	<b>-18.8</b>	<b>-18.7</b>	<b>-18.7</b>	<b>-18.6</b>	
<b>Investitionsrechnung</b>	<b>R2006</b>	<b>B2007</b>	<b>B2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>%</b>
Ausgaben	7.4	11.9	9.9	9.9	9.9	10.0	9.7	-2.0
Einnahmen	0.0	1.7	0.2	0.5	0.5	0.6	0.2	-4.1
<b>Ausgaben-/Einnahmenüberschuss</b>	<b>7.4</b>	<b>10.2</b>	<b>9.6</b>	<b>9.5</b>	<b>9.5</b>	<b>9.5</b>	<b>9.5</b>	
<b>Staatsbeiträge</b>	<b>R2006</b>	<b>B2007</b>	<b>B2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>%</b>
<b>Laufende Rechnung</b>								
Aufwand	3.9	1.6	10.0	9.7	9.7	9.7	9.7	-3.0
Ertrag	0.2	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.0
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>3.7</b>	<b>1.5</b>	<b>9.8</b>	<b>9.5</b>	<b>9.5</b>	<b>9.5</b>	<b>9.5</b>	
<b>Investitionsrechnung</b>								
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-	
Einnahmen	0.6	23.7	5.4	12.3	12.3	14.7	5.2	-4.1
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>-0.6</b>	<b>-23.7</b>	<b>-5.4</b>	<b>-12.3</b>	<b>-12.3</b>	<b>-14.7</b>	<b>-5.2</b>	<b>-4.1</b>

# 1 Öffentliche Sicherheit

IFAP 2008-2012

# Grundauftrag und Veränderungen

## Grundauftrag, Legislaturprogramm und Generelle Entwicklung

### Grundauftrag

- 10 *Rechtsaufsicht*
  - Sicherstellung der Rechtsaufsicht
- 11 *Polizei*
  - Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (inkl. Strassenverkehr)
- 12 *Rechtsprechung*
  - Beurteilung von Rechtssachen
  - Wahrnehmen der Dienstaufsicht bei diversen Dienststellen
- 13 *Strafvollzug*
  - Vornahme des Vollzugs
- 15 *Militärische Landesverteidigung*
  - Unterstützungsaufgaben im Militärbereich (Bundesaufgabe)
- 16 *Zivile Landesverteidigung*
  - Zivilschutzpersonal- und Schutzraumplanung
  - Leitung des kantonalen Krisenstabs

### Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement
10 Rechtsaufsicht	Geoinformation	Raumentwicklung, Wirtschaftsförderung und Geoinformation (rawi)	BUWD
	Grundbuchwesen	Grundbuchwesen	Gerichte
	Schlichtungsbehörde für Miete und Pacht	Schlichtungsbehörde für Miete und Pacht	JSD
	Handelsregisteramt	Handelsregisteramt	JSD
	Aufenthalt und Niedergelassene	Amt für Migration	JSD
	Asyl	Amt für Migration	JSD
	Konkursämter	Konkursämter	Gerichte
11 Polizei	Technische Verkehrssicherheit	Strassenverkehrsamt	JSD
	Administrative Verkehrssicherheit	Strassenverkehrsamt	JSD
	Verkehrs- und Schiffssteuern (ohne Ertrag und Übertrag Motorfahrzeugsteuer)	Strassenverkehrsamt	JSD
	Gewerbliche Leistungen	Strassenverkehrsamt	JSD
	Kriminalpolizeiliche Leistungen	Kantonspolizei	JSD
	Verkehrspolizeiliche Leistungen	Kantonspolizei	JSD
	Sicherheitspolizeiliche Leistungen	Kantonspolizei	JSD
	Messwesen und Ausweise	Kantonspolizei	JSD
	Zentralschweizerische Polizeischule	Kantonspolizei	JSD
12 Rechtsprechung	Staatsanwaltschaft	Strafverfolgungsbehörden	JSD
	5 Amtstatthalterämter	Strafverfolgungsbehörden	JSD
	Jugendanwaltschaft	Strafverfolgungsbehörden	JSD
	Obergericht und angegliederte Kommissionen	Obergericht	Gerichte
	Erstinstanzliche Gerichte in Zivil- und Strafsachen	Erstinstanzliche Gerichte in Zivil- und Strafsachen	Gerichte
	Verwaltungsgericht und Schätzungskommission	Verwaltungsgericht und Schätzungskommission	Gerichte
13 Strafvollzug	Grosshof	Dienststelle Militär, Zivilschutz und Justizvollzug	JSD
	Strafanstalt Wauwilermoos	Dienststelle Militär, Zivilschutz und Justizvollzug	JSD
	Vollzugs- und Bewährungsdienste	Dienststelle Militär, Zivilschutz und Justizvollzug	JSD
14 Feuerwehr	Beiträge der Dienststelle vif (Investitionsrechnung)		BUWD
15 Militärische Landesverteidigung	Militär und Zivilschutz, Teil Militär	Dienststelle Militär, Zivilschutz und Justizvollzug	JSD
16 Zivile Landesverteidigung	Militär und Zivilschutz, Teil Zivilschutz	Dienststelle Militär, Zivilschutz und Justizvollzug	JSD

### Legislaturprogramm 2003-2007

Durch den Aufbau des Legislaturprogramms 2003-2007 ist eine Integration in diesen Grundauftrag noch nicht möglich. Wir werden im nächsten Legislaturprogramm die Durchgängigkeit der Planungsinstrumente sicherstellen. Aussagen zur Funktion 1 sind im Kapitel VII. "Vorgaben der Regierung und Massnahmen zum Legislaturprogramm" (Ziffer 8) enthalten.

## Generelle Entwicklung

### 10 Rechtsaufsicht

Das Projekt zur Erneuerung der amtlichen Vermessung (AV) der Abteilung Geoinformation und Vermessung der Dienststelle Raumentwicklung, Wirtschaftsförderung und Geoinformation (rawi) verläuft planmässig und benötigt bis zur Fertigstellung noch ca. Fr. 21 Mio. Die Beteiligung des Bundes wird sich mit der Einführung des NFA ab 01.01.08 stark reduzieren.

### 11 Polizei

Das Projekt Polizei XXI ist an einem schwierigen Punkt angelangt. Das neue Konkordat wurde durch die Luzerner Regierung abgelehnt. Die Realisation von einzelnen Teilprojekten wäre trotzdem in Form von Leistungsvereinbarungen möglich. Insbesondere für den unfriedlichen Ordnungsdienst werden als Folge vermehrter Einsätze (Fussballspiele FCL/SCK, IKAPOL-Einsätze, Euro 08) zusätzliche Kosten entstehen.

Die Planung und Realisation eines neuen Funknetzes Polycom zusammen mit anderen Dienststellen sowie den Organisationen des Bevölkerungsschutzes wurden in Angriff genommen und wird grosse Investitionen verursachen.

Die Schaffung einer Luzerner Polizei wird geprüft und die Konsequenzen dieses Schrittes werden aufgezeigt. Die Resultate der Prüfung und die Entscheidungsgrundlagen liegen im Frühling 2008 vor. Durch die Umsetzung des Projektes können Synergien genutzt werden.

Der Bau eines Sicherheitszentrums für die Bereitschafts- und Verkehrspolizei sowie für Teilbereiche der Logistik im Verbund mit der Dienststelle Militär, Zivilschutz und Justizvollzug ist in Sempach geplant.

Im Kanton Luzern sind heute ca. 254'000 Fahrzeuge und 4'100 Schiffe immatrikuliert. Auf Grund der bisherigen Entwicklung rechnen wir bis im Jahr 2012 mit insgesamt 20'000 zusätzlichen Fahrzeugen. Damit das gesetzlich vorgeschriebene Prüfintervall künftig eingehalten werden kann, sind die Kapazitäten (Infrastruktur und Experten) auszubauen. Für die IFAP-Periode rechnet man mit zusätzlichen 200 Stellenprozenten. Das Strassenverkehrsamt versucht, in den nächsten Jahren die bestehenden (zugemieteten) Infrastrukturen auszubauen oder neue Räumlichkeiten zu mieten. Investitionen des Kantons in eigene Infrastruktur könnten bei gleichzeitigem Abbau eingemieteter Prüfinfrastruktur finanziell praktisch ausgeglichen realisiert werden.

### 12 Rechtsprechung

Ca. 2010 tritt die neue schweizerische Strafprozessordnung (StPO) in Kraft. Damit ergeben sich für die Strafverfolgungsbehörden der Kantone wesentliche Änderungen, die mit Mehrkosten verbunden sind (Haftrichtersystem, Anwalt der ersten Stunde).

Die Umsetzung der Rechtsweggarantie ab 1. Januar 2009 erfordert neben der Anpassung der Verfahrensordnung eine Erhöhung der Arbeitsplätze infolge der zusätzlichen Neueingänge. Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Rechtsweggarantie soll die Organisation des Verwaltungsgerichts überprüft und den heutigen Bedürfnissen angepasst werden. Die Gesetzesänderungen sollen in einem separaten Schritt dem Grossen Rat unterbreitet werden. Nebst dem zusätzlichen Personalaufwand wird infolge der Rechtsweggarantie auch ein höherer Sachaufwand benötigt.

Neue Bundesgesetze (schw. ZPO, schw. StPO, Revision Vormundschafts-, Sachen- und Grundbuchrecht) werden zu einer Mehrbelastung der Gerichte und der Grundbuchämter führen. Es ist mit neuen Gerichten wie z.B. eines Zwangsmassnahmengerichtes zu rechnen. Dies wird eine Erhöhung des Personal- und Sachaufwandes erfordern. Aus diesem Grund wurde das Projekt "JU 10" gestartet, bei dem nicht nur die Organisation des Gerichtswesens überprüft wird, sondern auch die entsprechenden Bedürfnisse der Strafverfolgungsbehörden zu berücksichtigen sein werden. Das Projekt "JU 10" steht unter der Leitung des Obergerichts.

Entsprechend § 63 Entwurf neue Kantonsverfassung ist die Fusion von Obergericht und Verwaltungsgericht zum Kantonsgericht vorgesehen. Die Umsetzung der Fusion sollte auf den Neubeginn der Amtsperiode 2013-2017 erfolgen.

### 13 Strafvollzug

Die generelle Entwicklung des Strafvollzuges und insbesondere die Auswirkungen der Revision des Strafgesetzbuches auf den Strafvollzug und auf die Auslastung der Anstalten sind zur Zeit noch nicht abschätzbar.

Indikatoren und Kenngrössen	2008	2009	2010	2011	2012
<b>10 Rechtsaufsicht</b>					
Anzahl Grundbuchanmeldungen	21'866	22'000	22'000	22'000	22'000
Anzahl Eintragungsgeschäfte Handelsregisteramt	6'500	6'600	6'700	6'800	7'000
Anzahl Eingänge Konkursverfahren	333	340	340	340	340
Personen ständige ausländische Wohnbevölkerung	57'450	58'300	59'180	60'070	61'000
Personen im Asylprozess	1'450	1'300	1'200	1'100	1'100
<b>11 Polizei</b>					
Kantonspolizei: Interventionszeit unter 25 Minuten	90%	90%	90%	90%	90%
Kantonspolizei: Mittelwert der Interventionszeit in Minuten	10	10	10	10	10
Kantonspolizei: Bewertung des Sicherheitsbefindens durch Bevölkerungsbefragung auf einer Skala von 1 bis 10	7	7	7	7	7
Strassenverkehrsamt: Anzahl Fahrzeugprüfungen	63'500	63'500	66'000	66'000	66'000
Anzahl Fahrzeuge	258'000	262'000	266'000	270'000	274'000
<b>12 Rechtsprechung</b>					
Strafverfolgung: Strafverfügung mit/ohne Untersuchung	9'000 / 26'000	9'000 / 26'000	9'000 / 26'000	9'000 / 26'000	9'000 / 26'000
Gerichte:					
LG Obergericht:					
Eingänge / Erledigungen	1'065 / 1'065	1'200 / 1'200	1'200 / 1'200	1'200 / 1'200	1200 / 1200
LG Erstinstanzliche Gerichte:					
Eingänge / Erledigungen	9'500 / 9'500	9'500 / 9'500	9'500 / 9'500	9'500 / 9'500	9'500 / 9'500
LG Verwaltungsgericht und Schätzungskommission:					
Eingänge / Erledigungen	1'486 / 1'486	1'586 / 1'586	1'586 / 1'586	1'586 / 1'586	1'586 / 1'586
Gerichte: Debitorenverluste in % der Verfahrenskosten	75.00	83.33	83.33	83.33	83.33
<b>13 Strafvollzug</b>					
Auslastung der kantonalen Anstalten (Möösli/Grosshof) in %	95 / 90	95 / 90	95 / 90	95 / 90	95 / 90
Anzahl Hafttage in kantonalen Anstalten (Möösli/Grosshof)	22'500/36'500	22'500/36'500	22'500/36'500	22'500/36'500	22'500/36'500
<b>15/16 Militärische / Zivile Landesverteidigung</b>					
Wehrpflichtige	28'000	28'000	28'000	28'000	28'000



<b>Finanzielle Veränderungen gegenüber dem IFAP 2007-2011</b>					
<b>Laufende Rechnung</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
- Aufwand					
IFAP 2007-2011	243.1	246.8	249.9	252.8	
IFAP 2008-2012	243.2	248.5	253.0	255.9	258.5
Veränderung	-0.1	-1.7	-3.1	-3.1	
- Ertrag					
IFAP 2007-2011	135.0	136.7	138.4	139.7	
IFAP 2008-2012	124.6	125.6	126.8	127.9	128.9
Veränderung	10.4	11.1	11.6	11.8	
Begründung: - Die rechnerische Berücksichtigung der Projekte Justizreform 2010 und Fusion Obergericht und Verwaltungsgericht führen ab 2009 zu einem höheren Aufwand in der Aufgabengruppe „12 Rechtssprechung“ als im IFAP 2007-2011 geplant. - Mit der Verschiebung der bisherigen Leistungsgruppe Gastgewerbe und Gewerbepolizei der Kantonspolizei wird auch der Aufwand von 2,4 Millionen Franken und der Ertrag von 5,8 Millionen Franken vom Aufgabenbereich „11 Polizei“ auf den Aufgabenbereich „84 Industrie, Gewerbe und Handel“ übertragen. - Die Gebührensenkungen im Strassenverkehrsamt führt zu Mindererträgen von jährlich 1,3 Millionen Franken gegenüber der Vorjahresplanung. - Wir hatten im IFAP 2007-2011 einen Mehraufwand von 5,7 Millionen Franken für die Kantonalisierung des Straf- und Massnahmenvollzugs einberechnet. Die Budgetierung 2008 hat gezeigt, dass die entsprechende Belastung für den Kanton höher ist und davon rund 3 Millionen Franken nicht Mehraufwand darstellen, sondern zu einem Minderertrag führen.					
<b>Investitionsrechnung</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
- Ausgaben					
IFAP 2007-2011	8.2	6.8	6.6	6.6	
IFAP 2008-2012	9.6	11.0	10.0	9.6	9.1
Veränderung	-1.4	-4.2	-3.4	-3.0	
- Einnahmen					
IFAP 2007-2011	0.0	0.0	0.0	0.0	
IFAP 2008-2012	0.3	0.6	0.6	0.7	0.3
Veränderung	-0.3	-0.6	-0.6	-0.7	
Begründung: - Der Informatik-Investitionspool JSD von 1,5 Millionen Franken war im IFAP 2007-2011 im Aufgabenbereich „0 Allgemeine Verwaltung“ enthalten. Neu ist er im Aufgabenbereich „1 Öffentliche Sicherheit“ enthalten. - Wir haben das Globalbudget für kantonale Hochbauten gegenüber dem IFAP 2007-2011 erhöht. Von höheren ausgewiesenen Investitionen von rund 15 Millionen Franken jährlich entfallen 5 Prozent auf die Öffentliche Sicherheit. Auch von den budgetierten Investitionsbeiträgen entfallen 5 Prozent auf die Öffentliche Sicherheit. - Die Investitionen für die Kantonspolizei und den Zivilschutz sind höher als im IFAP 2007-2011 angenommen.					
<b>Staatsbeiträge gesamt</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
- Aufwand/Ausgaben					
IFAP 2007-2011	3.5	3.5	3.5	3.6	
IFAP 2008-2012	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6
Veränderung	1.9	1.9	1.9	2.0	
- Ertrag/Einnahmen					
IFAP 2007-2011	0.3	0.3	0.3	0.3	
IFAP 2008-2012	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2
Veränderung	0.1	0.1	0.1	0.1	
Begründung: - Mit der Verschiebung der bisherigen Leistungsgruppe Gastgewerbe und Gewerbepolizei reduzieren sich auch die Staatsbeiträge im Hauptaufgabenbereich „1 Öffentliche Sicherheit“.					

Vorhaben und Projekte			
	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2009-2012 in Mio. Franken	Investitionskosten 2009-2012 in Mio. Franken
<b>Beschlossene / einberechnete Vorhaben</b>			
1.1.1/08 Rückläufige Investitionen für Geoinformation	2008-2012		-3,4
1.1.2/08 Massnahmen Strassenverkehrsamt zur Bewältigung der höheren Anzahl und der aufwändigeren Fahrzeugprüfungen			
a) Personelle Verstärkung Expertenteam	2010-2012	0,3	
b) Miete für externe Prüfstellen	2009-2012	1,2	
c) Mehreinnahmen Fahrzeugprüfungen	2010-2012	-0,6	
d) Prüfgeräte für externe Prüfstellen	2009-2010		1,5
1.1.3/08 Projektkosten zur Prüfung der Schaffung einer Luzerner Polizei	2009-2012	0,7	
1.1.4/08 Erwartete Mindererträge aus neuem Zivilschutzgesetz (Aufhebung Schutzraumpflicht)	2009-2012	0,6	
1.1.5/08 Investitionen bei der Kantonspolizei			
a) Tiefere Ersatzanschaffungen für Dienstfahrzeuge	2009-2012		-0,8
b) Anschaffungen für den fliessenden Verkehr	2009-2012		0,8
c) Anschaffungen für Spurensicherung und -auswertung	2009-2012		0,4
1.1.6/08 Erneuerung Wagenpark Zivilschutzausbildung	2009		0,5
1.1.7/08 Mehrkosten bei den Gerichten			
a) Unentgeltliche Rechtspflege	2009-2012	0,9	
b) Debitorenverluste (ohne Projekte)	2009-2012	0,8	
c) Rechtsweggarantie	2009-2012	0,9	
d) Projekt JU 10 (inkl. Kosten der Strafverfolgungsbehörden)	2009-2012	9,5	
e) Fusion Obergericht und Verwaltungsgericht	2009-2012	2,0	
<b>Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)</b>			
1.2.1/08 Schaffung einer Luzerner Polizei (Erhöhung des entsprechenden Globalbudgets)	2010-2012	12	
1.2.2/08 3. Phase Personalaufstockung um 24 Mitarbeiter/Innen (je 8 Personen für die Jahre 2010, 2011 und 2012)	2010-2012	6	
1.2.3/08 Nettoanteil Funknetz Polycom (Gesamtkosten 29 Mio. Fr., davon Kostenbeteiligung von je 4 Mio. Fr. durch Bund und Stadt Luzern vorgesehen)	2008-2011	21	
1.2.4/08 Neuer Standort für das Kantonsgericht	2010-2013	offen	

<b>Vorhaben und Projekte</b>			
	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2009-2012 in Mio. Franken	Investitionskosten 2009-2012 in Mio. Franken
<b>Gesetzesänderungen</b>			
1.3.1/08 Erlasse im Nachgang zur neuen Kantonsverfassung (u.a. Wahlkreisgesetz)	2008ff		
1.3.2/08 Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege und damit zusammenhängender Änderungen weiterer Erlasse (Umsetzung Rechtsweggarantie)	2009		
1.3.3/08 Gesetz über die Organisation des Verwaltungsgerichts und damit zusammenhängender Änderungen weiterer Erlasse (Umsetzung Rechtsweggarantie, 2. Schritt)	2009		
1.3.4/08 Gesetz über die Gerichtsorganisation	2009-2012		
1.3.5/08 Zivil- und Strafprozessordnung (Umsetzung der Änderungen im Bundesrecht)	2009		
1.3.6/08 Änderung ZGB (Vormundschaftsrecht)	2008-2011		
<b>Hochbauprojekte</b>			
1.4.1/08 Zentrum Sempach: Umsetzung und Ausbau Sicherheitszentrum Zivilschutz (gesamte Kosten 31,5 Mio. Fr.)	2008-2013		26

(in Mio. Franken)

<b>Laufende Rechnung</b>	<b>R2006</b>	<b>B2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>%</b>
Aufwand	223.0	226.8	243.2	248.5	253.0	255.9	258.5	6.3
Ertrag	224.1	135.3	124.6	125.6	126.8	127.9	128.9	3.5
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>-1.1</b>	<b>91.4</b>	<b>118.6</b>	<b>122.9</b>	<b>126.1</b>	<b>128.0</b>	<b>129.6</b>	
<b>10 Rechtsaufsicht</b>								
Aufwand	29.5	30.2	29.5	29.9	30.2	30.5	30.9	
Ertrag	32.9	29.9	28.1	28.3	28.4	28.6	28.8	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>-3.4</b>	<b>0.3</b>	<b>1.4</b>	<b>1.6</b>	<b>1.8</b>	<b>1.9</b>	<b>2.1</b>	
<b>11 Polizei</b>								
Aufwand	96.3	99.4	104.8	106.5	107.4	108.6	109.8	
Ertrag	124.4	60.9	53.9	54.5	55.2	55.7	56.2	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>-46.1</b>	<b>38.5</b>	<b>50.9</b>	<b>52.0</b>	<b>52.3</b>	<b>52.9</b>	<b>53.6</b>	
<b>12 Rechtssprechung</b>								
Aufwand	51.6	53.8	58.1	60.8	63.4	64.2	64.7	
Ertrag	21.4	22.0	22.0	22.2	22.4	22.6	22.8	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>30.2</b>	<b>31.7</b>	<b>36.2</b>	<b>38.7</b>	<b>41.0</b>	<b>41.7</b>	<b>42.0</b>	
<b>13 Strafvollzug</b>								
Aufwand	30.5	30.6	36.9	37.3	37.8	38.2	38.7	
Ertrag	18.1	16.1	14.3	14.4	14.6	14.8	15.0	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>12.4</b>	<b>14.5</b>	<b>22.6</b>	<b>22.9</b>	<b>23.2</b>	<b>23.5</b>	<b>23.7</b>	
<b>15 Militärische Landesverteidigung</b>								
Aufwand	8.7	6.6	7.5	7.5	7.6	7.7	7.8	
Ertrag	6.4	3.8	5.0	5.0	5.0	5.0	5.0	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>2.3</b>	<b>2.7</b>	<b>2.5</b>	<b>2.6</b>	<b>2.6</b>	<b>2.7</b>	<b>2.8</b>	
<b>16 Zivile Landesverteidigung</b>								
Aufwand	6.4	6.2	6.4	6.5	6.5	6.6	6.7	
Ertrag	2.9	2.6	1.4	1.2	1.3	1.3	1.3	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>3.5</b>	<b>3.7</b>	<b>5.0</b>	<b>5.2</b>	<b>5.3</b>	<b>5.3</b>	<b>5.4</b>	
<b>Investitionsrechnung</b>	<b>R2006</b>	<b>B2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>%</b>
Ausgaben	6.6	9.2	9.6	11.0	10.0	9.6	9.1	-5.0
Einnahmen	0.1	2.2	0.3	0.6	0.6	0.7	0.3	-4.1
<b>Ausgaben-/Einnahmenüberschuss</b>	<b>6.5</b>	<b>7.0</b>	<b>9.4</b>	<b>10.4</b>	<b>9.4</b>	<b>8.9</b>	<b>8.9</b>	
<b>Staatsbeiträge</b>	<b>R2006</b>	<b>B2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>%</b>
<b>Laufende Rechnung</b>								
Aufwand	1.8	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	0.0
Ertrag	0.2	0.1	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.0
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>1.7</b>	<b>1.5</b>	<b>1.5</b>	<b>1.5</b>	<b>1.5</b>	<b>1.5</b>	<b>1.5</b>	
<b>Investitionsrechnung</b>								
Ausgaben	0.2	0.2	-	-	-	-	-	0.0
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-	0.0
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>0.2</b>	<b>0.2</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	

## 2 Bildung

IFAP 2008-2012

## Grundauftrag und Veränderungen

### Grundauftrag, Legislaturprogramm und Generelle Entwicklung

#### Grundauftrag

- 21 *Volksschule*  
 - Vollzug der gesetzlichen Vorgaben und staatliche Aufsicht im Bereich der Volksschulen  
 - Enge Zusammenarbeit mit den kantonalen Dienststellen und den kommunalen Schulen  
 - Weiterentwicklung der Volksschulen und deren Anpassung an die aktuellen Erfordernisse
- 22 *Sonderschulen*  
 - Schulung und Förderung von behinderten Kindern und Jugendlichen
- 23 *Berufsbildung*  
 - Berufliche Grundbildung (Berufslehren, Berufsmatura, Fachmatura), Höhere Berufsbildung (Berufs- und Höhere Fachprüfungen, Höhere Fachschulen), berufsorientierte und allgemeine Weiterbildung sowie Berufs- und Studienberatung.  
 - Vollzug der Berufsbildungsgesetzgebung und die laufende Weiterentwicklung des Angebots bzw. der Qualität.  
 - Im Sinne der Verbundpartnerschaft arbeitet sie eng mit den Organisationen der Arbeitswelt (Berufsverbände usw.) zusammen.
- 25 *Allgemeinbildende Schulen*  
 - Vollzug des eidgenössischen Maturitätsanerkennungsreglements und kantonalen Vorgaben im Bereich der Mittelschulen und im Sportbereich  
 - Qualitätssicherung und Weiterentwicklung der Gymnasialbildung
- 27 *Hochschulen und Forschung*  
 - Enge Zusammenarbeit mit eidgenössischen und kantonalen Behörden, mit Konkordaten und Hochschulgremien  
 - Zuständig für die Qualitätssicherung und die Weiterentwicklung bei den Hochschulen auf dem Platz Luzern
- 29 *Übriges Bildungswesen*  
 - Verantwortlich für Erziehung, Bildung, Wissenschaft und Forschung, Berufs- und Studienberatung, die schulischen Dienste und das Personalwesen der Lehrpersonen.

#### Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n) / politische Leistungsaufträge	Departement
21 Volksschule	Organisation und Entwicklung Volksschulbildung, Teil Staatsbeitrag	Volksschulbildung	BKD
	Einkauf und Logistik	Dienststelle Informatik und Dienste	FD
22 Sonderschulen	Heilpädagogische Förderung Hohenrain	Volksschulbildung	BKD
	Heilpädagogische Förderung Schüpfheim	Volksschulbildung	BKD
	Teil Sonderschule der Leistungsgruppe „Soziale Massnahmen“	Dienststelle Soziales und Gesellschaft	GSD
	Staatsbeiträge an ausserkantonale und private Sonderschulen	Volksschulbildung	BKD
23 Berufsbildung	Betriebliche Bildung	Berufs- und Weiterbildung	BKD
	Schulische Bildung	Berufs- und Weiterbildung	BKD
25 Allgemeinbildende Schulen	Mittelschulbildung	Je beide Leistungsgruppen für: - Kantonsschule Beromünster - Kantonsschule Luzern - Kantonsschule Reussbühl - Kantonsschule Schüpfheim - Kantonsschule Sursee - Kantonsschule Willisau - Kantonale Mittelschule Seetal - Kantonsschule Musegg	BKD
	Gemeinwirtschaftliche Dienstleistungen		
27 Hochschule und Forschung	Hochschulbildung	Hochschulbildung, Kultur und Sport	BKD
29 Übriges Bildungswesen	Departementssekretariat BKD	Departementssekretariat BKD	BKD
	Organisation und Entwicklung Volksschulbildung (exkl. Staatsbeitrag)	Volksschulbildung	BKD
	Beratung und Integration	Berufs- und Weiterbildung	BKD
	Dienstleistungen	Berufs- und Weiterbildung	BKD

#### Legislaturprogramm 2003-2007

Durch den Aufbau des Legislaturprogramms 2003-2007 ist eine Integration in diesen Grundauftrag noch nicht möglich. Wir werden im nächsten Legislaturprogramm die Durchgängigkeit der Planungsinstrumente sicherstellen. Aussagen zur Funktion 2 sind im Kapitel VII. "Vorgaben der Regierung und Massnahmen zum Legislaturprogramm" (Ziffer 9) enthalten.

## Generelle Entwicklung

### 21 Volksschule / 22 Sonderschulen

Die Luzerner Volksschulen sehen sich in den nächsten Jahren mit drei grossen Herausforderungen konfrontiert, die nicht primär schulbedingt sind: Die Klassen werden in ihrer Zusammensetzung noch heterogener. Die Zahl der Lernenden sinkt in zahlreichen Gemeinden teilweise rasch, was die heutige Schulorganisation und Schulstruktur verändern kann. Die finanzpolitischen Veränderungen (NFA Bund - Kanton, Aufgabenteilung Kanton - Gemeinden) haben Auswirkungen auf die Finanzierung und Steuerung der Volksschulen, insbesondere der Sonderschulen und der Förderangebote. Neben diesen drei ausserschulischen Einflussfaktoren beeinflusst auch die Nachdefinition der Bildungsziele und Bildungsinhalte längerfristig die Schulentwicklung. Die entsprechenden Entwicklungsarbeiten werden im Projekt "Schulen mit Zukunft" geleistet, das von allen an der Volksschule beteiligten Partnern getragen wird. In den nächsten Jahren stehen vier Teilprojekte im Zentrum der Projektarbeiten: "Elementare Bildung", "Lehren und Lernen", "Basisstufe" sowie "schulergänzende Betreuungsangebote". Umgesetzt wird ab Januar 2008 auch die vermehrte integrative Sonderschulung, die nach dem Wegfall der IV neu geregelt werden muss. Verschiedene Arbeiten werden interkantonal geleistet, womit das Ziel der interkantonalen Harmonisierung angestrebt werden soll.

### 23 Berufsbildung

Die Berufsbildung steht in den nächsten Jahren vor der grossen Herausforderung, das Leistungsangebot der dynamischen Entwicklung des Arbeitsmarktes anzupassen und die Attraktivität der Berufsbildung als praxisorientierter und dual organisierter Bildungsweg zu erhalten. Wir wollen dieses Ziel erreichen, indem wir die Strukturen der Berufsbildung optimieren, das Angebot der Bildungsplätze für die zweijährige Grundbildung mit eidg. Berufsattest erhöhen und das Lehrstellenmarketing forcieren. Die Realisierung der Berufsbildungsreform erfolgt in Abstimmung mit dem Bund und den Organisationen der Arbeitswelt. Durch die berufsfeldorientierte Neuteilung der Berufe an die einzelnen Berufsfachschulen sollen Kompetenzzentren für die berufliche Aus- und Weiterbildung entstehen. Ausserdem gilt es die bestehenden Schulraumprobleme an den Standorten Luzern und Sursee zu lösen. Im Rahmen der Strukturreform BKD werden die Organisation und Prozesse der Berufsfachschulen vereinfacht. Inhaltlich steht der qualitative Ausbau der Verbundpartnerschaft im Vordergrund, insbesondere die flexible Zusammenarbeit der Lernorte Betrieb, Berufsfachschule und überbetriebliche Kurse in den einzelnen Berufen. Ein zweiter Schwerpunkt bildet die Ausgestaltung des Übergangs zwischen der Sekundarstufe I und der Sekundarstufe II. Die Anzahl Jugendlicher im Kanton Luzern, die einen Abschluss auf der Sekundarstufe II erreichen, soll erhöht werden. Die Erreichung dieses Zieles wird mit der Einführung eines Casemanagements Berufsbildung und gezielten Beratungs- und Integrationsangeboten unterstützt.

### 25 Allgemeinbildende Schulen (Mittelschulen)

Die Gymnasien werden sich in den kommenden Jahren verschiedenen Herausforderungen stellen müssen: Zum einen geht es um die Festigung veränderter Strukturen als Folge der Einführung von Kurzzeitgymnasien und der Umwandlung der Seminare in Gymnasien bzw. der Fusion einzelner Kantonsschulen. Zum anderen steht die Vorbereitung wichtiger Projekte auf eidgenössischer Ebene wie HARMOS und die Teilrevision des Maturitätsanerkennungsreglementes (MAR) an. Die sich abzeichnende Entwicklung der Bildungslandschaft aller Stufen (Volksschulen - Sekundarstufe II - Hochschulen) wird für die Positionierung der Gymnasien von Bedeutung sein. Die Aufwertung der Fremdsprachen an der Volksschule erfordert ein Gesamtsprachenkonzept an den Gymnasien, und innerhalb der Sekundarstufe II stellt sich die Frage nach dem spezifischen Profil der Maturitätsschulen. Das kantonale Projekt "Potenzial Gymnasium" ist eine Antwort auf diese Frage; die Gymnasien haben im Jahr 2007 mit der Umsetzung dieses Projektes begonnen. Schliesslich geht es um die Sicherstellung der gymnasialen Matura als Zugangsberechtigung zum Studium an den universitären Hochschulen.

### 27 Hochschule und Forschung

Der Hochschulbereich wird in den nächsten Jahren von bedeutenden Struktur- und Infrastrukturprojekten geprägt sein. Während für Universität und PHZ Luzern die Bereitstellung des Postbetriebsgebäudes im vorgesehenen Zeitrahmen bis 2010 im Infrastrukturbereich oberste Priorität hat, muss für die FHZ und die Bedürfnisse ihrer Teilschulen die strategische Raumplanung aufgrund der Entwicklung aktualisiert und fortgeschrieben und zugleich der dringendste Raumbedarf zeitgerecht erfüllt werden. Dabei müssen diese Fragen der Infrastruktur in engem Zusammenhang mit den strukturellen und rechtlichen Planungen gesehen werden. Sowohl für die FHZ als auch für die PHZ haben die Konkordatsräte eine Überprüfung der Rechtsgrundlagen sowie der Führungs- und Finanzierungsstrukturen mit dem Ziel einer Optimierung der bestehenden Situation in Auftrag gegeben.

Indikatoren und Kenngrössen	2008	2009	2010	2011	2012
<b>21 Volksschule</b>					
<i>Entwicklung der SchülerInnen-Zahl</i>					
Kindergarten	4'500	4'500	4'600	4'700	4'800
Primarschule	27'300	26'300	25'900	25'300	25'100
Sekundarstufe I	11'700	11'600	11'500	11'200	10'800
<i>Entwicklung durchschnittliche Klassengrösse</i>					
Kindergarten	17.8	17.7	17.6	17.5	17.5
Primarschule	19.7	19.6	19.5	19.5	19.3
Sekundarstufe I	18	17.9	17.9	17.8	17.7
<b>22 Sonderschulen</b>					
Anzahl Sonderschüler in kant. Sonderschulen	315	310	305	290	280
Anzahl Sonderschüler in übrigen Sonderschulen	535	520	505	490	480
<b>23 Berufsbildung</b>					
Anzahl Lernende in beruflicher Grundbildung	12'161	12'221	12'281	12'100	12'000
Anzahl Lernende BM	1'895	1'932	1'971	2'011	2'050
Berufsmaturitätsquote	13.45%	13.14%	13.72%	13.90%	14.05%
<b>25 Allgemeine Schulbildung (Mittelschulen)</b>					
Entwicklung Schülerinnenzahl	6'030	6'050	6'070	6'040	6'010
Entwicklung durchschnittliche Klassengrösse	20.3	20.2	20.2	20.1	20.0
Maturitätsquote	18.50%	19.00%	20.00%	20.00%	20.50%
<b>27 Hochschule und Forschung</b>					
Entwicklung Studierende FHZ (BA EFP 07-11)	3'084	3'065	3'090	3'130	3'160
Entwicklung Studierende FHZ (MA EFP 07-11)	105	420	620	680	740
Kosten pro Studierende BA (ohne Infra, EFP 07-11)	29'470	29'094	28'974	29'130	29'300
Kosten pro Studierende MA (ohne Infra, EFP 07-11) geplant, nicht bewilligt	32'800	32'704	32'722	32'978	33'200
Entwicklung Studierendenzahl Uni Luzern	2'195	2'365	2'435	2'485	2'598
Betreuungsverhältnis Professoren / Studierende Uni Luzern über alle Fakultäten				1:60 Ø	
Luzerner Studierende an ausserkantonalen Universitäten	2'450	2'520	2'590	2'640	2'720
Entwicklung Studierendenzahl PHZ-Luzern (inkl. VBK)	1'014	1'066	1'118	1'170	1'196
Durchschnittliche Kostenabgeltungs-Pauschale pro Studierende(r) PHZ (Keine längerfristigen Planzahlen vorhanden)	35'000	35'000	35'000	35'000	35'000

Finanzielle Veränderungen gegenüber dem IFAP 2007-2011					
Laufende Rechnung	2008	2009	2010	2011	2012
- Aufwand					
IFAP 2007-2011	752.0	762.3	771.0	782.8	
IFAP 2008-2012	759.5	773.0	790.4	800.8	810.1
Veränderung	-7.5	-10.7	-19.4	-18.0	
- Ertrag					
IFAP 2007-2011	164.7	166.7	168.6	170.5	
IFAP 2008-2012	185.8	185.6	186.6	187.2	187.1
Veränderung	-21.1	-18.9	-18.0	-16.7	
Begründung: - Durch die aktuellen Schülerzahlen in der Volksschule reduziert sich der Aufwand für die Volksschule gegenüber dem IFAP 2007-2011 um 2 (2008), 3,4 (2009) und je 2,6 (2010 und 2011) Millionen Franken. - Wir hatten im IFAP 2007-2011 die Auswirkungen der NFA auf die Sonderschulung lediglich als Minderertrag berücksichtigt. Durch die konkrete Budgetierung 2008 erhöhen sich der Aufwand 2008 um 10,9 Millionen Franken und der Ertrag um 9,7 Millionen Franken im Vergleich zum IFAP 2007-2011. - Die Beiträge für Schulabkommen, Teil Fachhochschulvereinbarung, von 12,5 Millionen Franken im Jahr 2008 wurden vom Aufgabenbereich „23 Berufsbildung“ auf „27 Hochschulen und Forschung“ übertragen. - Wir hatten im IFAP 2007-2011 aufgrund der Kantonalisierung der städtischen Mittelschule ab 2008 einen Mehraufwand von 10,6 Millionen Franken bei „25 Allgemeinbildende Schulen“ eingestellt. Die effektive Mehrbelastung beträgt nur 7,7 Millionen Franken und ist im Aufgabenbereich „23 Berufsbildung“ enthalten. - Der Aufwand für den Aufgabenbereich „27 Hochschulen und Forschung“ ist unter Berücksichtigung der Verschiebung des Beitrags gemäss Fachhochschulvereinbarung für 2008 um 6,8 Millionen Franken unter dem IFAP 2007-2011. Allerdings steigen diese Beiträge in den Jahren 2009ff für die tertiäre Bildung stärker als bisher angenommen (u.a. wegen der Anerkennung der Masterlehrgänge).					
Investitionsrechnung	2008	2009	2010	2011	2012
- Ausgaben					
IFAP 2007-2011	37.5	36.9	36.9	35.6	
IFAP 2008-2012	42.8	44.5	44.5	43.5	39.7
Veränderung	-5.3	-7.6	-7.6	-7.9	
- Einnahmen					
IFAP 2007-2011	0.4	0.4	0.4	0.4	
IFAP 2008-2012	2.3	5.1	5.1	6.0	2.2
Veränderung	-1.9	-4.7	-4.7	-5.6	
Begründung: - Wir haben das Globalbudget für kantonale Hochbauten gegenüber dem IFAP 2007-2011 erhöht. Von höheren ausgewiesenen Investitionen von rund 15 Millionen Franken jährlich entfallen 40 Prozent auf die Bildung. Auch von den budgetierten Investitionsbeiträgen entfallen 40 Prozent auf die Bildung. - Wir waren im IFAP 2007-2011 von Investitionsbeiträgen von 2,4 Millionen Franken jährlich für Berufsschulen ausgegangen. Aufgrund aktueller Entwicklungen haben wir im IFAP 2008-2012 3,1 Millionen Franken für 2008 und jährlich 4,2 Millionen Franken ab 2009 eingestellt.					
Staatsbeiträge gesamt	2008	2009	2010	2011	2012
- Aufwand/Ausgaben					
IFAP 2007-2011	385.0	390.8	394.7	399.7	
IFAP 2008-2012	394.7	403.2	414.8	417.9	423.0
Veränderung	-9.7	-12.4	-20.1	-18.2	
- Ertrag/Einnahmen					
IFAP 2007-2011	75.1	76.1	77.1	78.1	
IFAP 2008-2012	100.7	101.1	101.4	101.4	101.2
Veränderung	-25.6	-25.0	24.3	-23.3	
Begründung: - Wir hatten im IFAP 2007-2011 die Auswirkungen der NFA auf die Sonderschulung lediglich als Minderertrag von 21,2 Millionen Franken berücksichtigt. Aufgrund von Verschiebungen aus der Finanzreform 08 und der Budgetierung 2008 nach Kostenarten resultiert jedoch nur ein Minderertrag aus eingehenden Staatsbeiträgen von 4,8 Millionen Franken. Dafür ist der Aufwand höher als im IFAP 2007-2011 geplant. - Der Staatsbeitrag an die Universität Luzern, die PHZ und die FHZ ist für 2008 gesamthaft um 7 Millionen Franken tiefer als im IFAP 2007-2011 angenommen. Allerdings sind wir im IFAP 2007-2011 von einem weniger starken Wachstum in den Folgejahren ausgegangen (Masterlehrgänge nur als geplant aufgeführt) und haben ab 2010 eine Einsparung aus der Reform 06, Teilprojekt „Eine Hochschule“, von 3 Millionen Franken eingerechnet. Dadurch übersteigen die Beiträge 2010 die Vorjahresplanung um 2,4 und diejenigen für das Jahr 2011 um 3,3 Millionen Franken. - In der Berufsbildung ergeben sich aus verschiedenen Gründen höhere eingehende Beiträge als im IFAP 2007-2011 angenommen (Berufsfachschulverordnung, geänderte Verbuchungspraxis für private Berufsschulen im Kanton Luzern).					

Vorhaben und Projekte							Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2009-2012 in Mio. Franken	Investitionskosten 2009-2012 in Mio. Franken
<b>Beschlossene / einberechnete Vorhaben</b>									
2.1.1/08	Veränderungen bei beschlossenen Vorhaben im Volksschulbereich								
	a) Projekt Englisch Primarstufe					bis 2012	-1,1		
	b) Schulsozialarbeit					2008-2012	0,4		
	c) Schülergänzende Betreuungsangebote					2008-2012	3,8		
	d) Beiträge an Informatikausrüstung der Primarschulen					bis 2009			-0,8
2.1.2/08	Entwicklung der Staatsbeiträge an die Volksschule aufgrund der demografischen Entwicklung und einer Teuerung von 1,5 Prozent								
		2008	2009	2010	2011	2012			
	a) Kindergarten	7,3	7,1	7,3	7,6	7,9			
	b) Primarstufe	70,6	69,8	69,8	69,3	69,8			
	c) Sekundarstufe I	40,8	39,6	39,9	39,4	38,7			
	Total	118,6	116,5	117	116,4	116,4			
	Minderkosten zu Budget 2008		2,1	1,6	2,2	2,2		-8,1	
2.1.3/08	Kantonale Mittelschulen: Veränderungen aufgrund von Steuerungsmassnahmen und der Entwicklung der Klassenzahlen (untenstehende Tabelle zeigt die gesamten Kosten)								
		2008	2009	2010	2011	2012			
	Kantonsschule Luzern	32,1	30,9	30,3	30,0	29,7		-7,5	
	Kantonsschule Reussbühl	15,6	15,9	16,2	16,2	16,2		2,1	
	Kantonsschule Willisau	12,0	12,2	12,6	12,6	12,6		2,0	
	Kantonsschule Musegg	10,7	11,4	12,2	12,2	12,2		5,2	
	Gymnasium St. Klemens	2,0	2,5	3,3	3,3	3,3		4,4	
2.1.4/08	Veränderungen in der Berufsbildung (ohne Staatsbeiträge und ohne Gesundheitsberufe)								
	a) Nachholbildung						2008-2012	0,6	
	b) Veränderungen in der Beratung						2008-2012	1,2	
	c) Umsetzung ICT an den Berufsfachschulen						2008-2012	0,8	
	d) Implementierung neuer Berufe						2008-2012	0,8	
	e) Einsparung durch Reorganisation Führungsstrukturen						2008-2012	-1,2	
	f) Einführung Fachmaturität Pädagogik und Musik						2008-2012	0,7	
2.1.5/08	Umsetzung neue Bildungssystematik bei den Gesundheitsberufen								
	a) Aufbau Höhere Fachschule Gesundheit Zentralschweiz						2008-2012	4	
	b) Schliessung Baarerschule						bis 2009	-5,5	
	c) Minderaufwand durch Anhebung HF- zu FH-Ausbildungen						2008-2012	-1,5	



<b>Vorhaben und Projekte</b>				
		Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2009-2012 in Mio. Franken	Investitionskosten 2009-2012 in Mio. Franken
2.1.6/08	Veränderungen von Staatsbeiträgen in der Berufsbildung a) Bundessubventionen in der Berufsbildung (Mehrertrag) b) Staatsbeiträge an ausserkantonale Berufsfachschulen c) Staatsbeiträge an private Berufsfachschulen	2008-2012 2008-2012 2008-2012	-2,3 3,1 12,5	
2.1.7/08	Mehrkosten in der tertiären Bildung (untenstehende Tabelle zeigt die gesamten Kosten)			
	2008 2009 2010 2011 2012			
	Fachhochschulen ausserhalb	14,3 15,8 17,8 19,8 21,8	18,0	
	IUV-Beiträge an andere Kantone	40,7 42,0 43,5 44,5 46,0	13,2	
	Staatsbeitrag an FHZ	33,7 34,9 37,3 38,2 38,7	14,3	
	Globalbudget an Uni Luzern	8,3 9,9 10,6 11,6 11,3	10,2	
	IUV-Äquivalente an Uni Luzern	5,6 6,1 6,5 7,0 7,5	4,7	
	Staatsbeitrag an PHZ Luzern	20,4 22,5 23,5 23,5 24,8	12,7	
2.1.8/08	Höhere Staatsbeiträge an Berufsbildungsbauten	2008-2012		4,4
2.1.9/08	Geringere Investitionen für Informatikeinsatz in Schulen und Schulverwaltung	2008-2012		-0,8
<b>Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)</b>				
2.2.1/08	Geplante Vorhaben im Volksschulbereich a) Leistungsmessung in der obligatorischen Schulzeit b) Allgemeine Umsetzung der Basisstufe (Schuljahr 2011/2012) c) Lohnwirksame Beurteilung der Lehrpersonen d) Schulnetz im Kanton Luzern (mögliche Ablösung des Swiss-com-Gratis-Angebots)	2009-2012 2011-2012 2008-2012 2011-2012	1,2 1,7 2 3,6	
2.2.2/08	Stipendienenerhöhung aufgrund Verordnungsanpassung	2008-2012	6	
<b>Gesetzesänderungen</b>				
2.3.1/08	Volksschulbildungsgesetz (HarmoS-Konkordat)	2011		
2.3.2/08	Gesetz über die Berufsbildung und die Weiterbildung	2009		
2.3.3/08	Gymnasialbildungsgesetz	2009		

<b>Vorhaben und Projekte</b>			
	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2009-2012 in Mio. Franken	Investitionskosten 2009-2012 in Mio. Franken
<b>Hochbauprojekte</b>			
2.4.1/08	Berufsbildungszentrum Sursee		
	a) Umbau/Sanierung Erdgeschoss (Bibliothek-Mensa)	2009-2010	2,4
	b) Neubau 3-fach Turnhalle (gesamte Kosten 7 Mio. Fr.)	2008-2009	7
	c) Sanierung Gebäudehüllen	2009-2011	3,3
2.4.2/08	Umnutzung Postgebäude zur Universität und PHZ Luzern (Bruttoinvestitionen exkl. Kauf 100 Mio. Fr., davon rund 47 Pro- zent von Dritten finanziert)	2007-2012	90
2.4.3/08	Kantonsschule Reussbühl, Neubau Turn- und Spielhalle (ge- samte Kosten 4,5 Mio. Fr.)	2013-2015	0,5
2.4.4/08	Gesamte Berufsschulen, bauliche Massnahmen aufgrund der Berufsschulplanung (gesamte Kosten 8,3 Mio. Fr.)	2008-2010	8
2.4.5/08	PHZ Luzern, Neubau Turnhalle Allmend	2010	3
2.4.6/08	Sentimatt Luzern, Gesamtsanierung und Ausbau HGK (gesam- te Kosten 16,8 Mio. Fr.)	2008-2014	11,5

(in Mio. Franken)

<b>Laufende Rechnung</b>	<b>R2006</b>	<b>B2007</b>	<b>B2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>%</b>
Aufwand	705.6	732.2	759.5	773.0	790.4	800.8	810.1	6.7
Ertrag	198.5	197.3	185.8	185.6	186.6	187.2	187.7	1.0
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>507.1</b>	<b>534.9</b>	<b>573.7</b>	<b>587.4</b>	<b>603.8</b>	<b>613.6</b>	<b>622.4</b>	
<b>21 Volksschule</b>								
Aufwand	159.8	157.9	154.4	152.8	153.7	153.7	154.2	
Ertrag	21.8	20.7	16.8	17.0	17.2	17.3	17.5	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>137.1</b>	<b>137.2</b>	<b>137.6</b>	<b>135.8</b>	<b>136.6</b>	<b>136.4</b>	<b>136.7</b>	
<b>22 Sonderschulen</b>								
Aufwand	73.9	79.0	91.9	93.2	93.8	94.3	94.9	
Ertrag	50.6	51.6	41.5	42.1	42.2	42.3	42.4	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>23.3</b>	<b>27.4</b>	<b>50.4</b>	<b>51.1</b>	<b>51.6</b>	<b>52.0</b>	<b>52.5</b>	
<b>23 Berufsbildung</b>								
Aufwand	178.8	185.2	188.6	191.0	194.8	196.8	198.2	
Ertrag	64.4	66.3	71.5	72.2	72.7	72.9	73.0	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>114.4</b>	<b>118.9</b>	<b>117.1</b>	<b>118.8</b>	<b>122.1</b>	<b>123.9</b>	<b>125.2</b>	
<b>25 Allgemeinbildende Schulen</b>								
Aufwand	130.9	133.1	138.9	141.0	144.4	145.7	147.1	
Ertrag	47.4	45.3	43.5	43.5	43.6	43.7	43.8	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>83.5</b>	<b>87.7</b>	<b>95.4</b>	<b>97.4</b>	<b>100.8</b>	<b>102.0</b>	<b>103.4</b>	
<b>27 Hochschule und Forschung</b>								
Aufwand	121.0	123.0	129.2	137.5	145.5	150.9	156.4	
Ertrag	5.5	3.2	3.9	2.1	2.1	2.1	2.1	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>115.5</b>	<b>119.9</b>	<b>125.3</b>	<b>135.4</b>	<b>143.4</b>	<b>148.8</b>	<b>154.4</b>	
<b>29 Übriges Bildungswesen</b>								
Aufwand	42.1	54.0	56.5	57.6	58.2	59.2	59.2	
Ertrag	8.8	10.3	8.7	8.7	8.8	8.9	8.9	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>33.3</b>	<b>43.8</b>	<b>47.9</b>	<b>48.8</b>	<b>49.4</b>	<b>50.4</b>	<b>50.3</b>	
<b>Investitionsrechnung</b>	<b>R2006</b>	<b>B2007</b>	<b>B2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>%</b>
Ausgaben	34.6	52.3	42.8	44.5	44.5	43.6	39.8	-7.1
Einnahmen	0.4	17.6	2.3	5.1	5.1	6.0	2.2	-3.8
<b>Ausgaben-/Einnahmenüberschuss</b>	<b>34.2</b>	<b>34.7</b>	<b>40.5</b>	<b>39.4</b>	<b>39.4</b>	<b>37.5</b>	<b>37.5</b>	
<b>Staatsbeiträge</b>	<b>R2006</b>	<b>B2007</b>	<b>B2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>%</b>
<b>Laufende Rechnung</b>								
Aufwand	361.7	377.3	389.8	397.2	408.8	413.9	419.0	7.5
Ertrag	84.2	109.4	100.7	101.1	101.4	101.4	101.2	0.5
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>277.5</b>	<b>267.9</b>	<b>289.1</b>	<b>296.1</b>	<b>307.4</b>	<b>312.5</b>	<b>317.8</b>	
<b>Investitionsrechnung</b>								
Ausgaben	5.2	5.2	4.9	6.0	6.0	4.0	4.0	-17.5
Einnahmen	0.1	0.0	-	-	-	-	-	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>5.2</b>	<b>5.2</b>	<b>4.9</b>	<b>6.0</b>	<b>6.0</b>	<b>4.0</b>	<b>4.0</b>	

3 Kultur und Freizeit		IFAP 2008-2012		Grundauftrag und Veränderungen	
Grundauftrag, Legislaturprogramm und Generelle Entwicklung					
Grundauftrag					
30 Kulturförderung					
- Führung der kantonalen Museen					
- Sicherung der wissenschaftlichen bibliothekarischen Versorgung für die Hochschulen und die allgemeine Bevölkerung durch die Zentral- und Hochschulbibliothek und den Informationsverbund Deutschschweiz Luzern					
- Die Kultur- und Jugendförderung gewährleistet die Wahrnehmung des staatlichen Auftrages im Bereich der Kulturförderung und -vermittlung, der ausser-schulischen Kinder- und Jugendförderung sowie der Medienpolitik.					
31 Denkmalpflege und Heimatschutz					
- Zuständig für Belange der Denkmalpflege und Archäologie					
- Sicherung und Vermittlung des Luzerner historischen und naturwissenschaftlichen Erbes und Bestandes					
34 Sport					
- Förderung von Bewegung und Sport					
Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen					
Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement		
30 Kulturförderung	Kultur, Teile Kulturförderung, Zentral- und Hochschulbibliothek, Naturmuseum und Historisches Museum	Hochschulbildung, Kultur und Sport	BKD		
31 Denkmalpflege und Archäologie	Kultur, Teile Denkmalpflege und Archäologie	Hochschulbildung, Kultur und Sport	BKD		
34 Sport	Sport	Hochschulbildung, Kultur und Sport	BKD		
39 Kirche	Staatsbeitrag an kirchliche Institutionen	Departementssekretariat BKD	BKD		
Legislaturprogramm 2003-2007					
Durch den Aufbau des Legislaturprogramms 2003-2007 ist eine Integration in diesen Grundauftrag noch nicht möglich. Wir werden im nächsten Legislaturprogramm die Durchgängigkeit der Planungsinstrumente sicherstellen.					
Generelle Entwicklung					
30 Kulturförderung					
Im Rahmen der Finanzreform 08 übernimmt der Kanton die Hauptverantwortung für die öffentliche Finanzierung des Luzerner Theaters, des Luzerner Sinfonieorchesters und des Kunstmuseums Luzern im Umfang von 70% der Subventionen (30% Stadt Luzern), in Etappen bis 2012 zu erreichen. Die rund 7 Mio. Franken Mehrbelastung (2012 gegenüber 2007) gehen je ein Drittel zu Lasten der Finanzreform 08 (Globalbilanz), des interkantonalen Lastenausgleichs Kultur und des Kantons. Die ausser-schulische Jugendförderung wird im Rahmen der Departementsreform 07 ab 2008 in die Fachstelle für Integration und Gesellschaftsfragen beim GSD überführt.					
Ein Entwicklungs- und Infrastrukturprojekt für die Zentral- und Hochschulbibliothek wird mit einem Gesamtkonzept auf der Basis von drei Standorten nicht nur eine Konsolidierung im Bereich der kleinen Spezialbibliotheken schaffen, sondern auch die drängenden Magazin- und Sanierungsprobleme am bestehenden Standort lösen. Für das Naturmuseum ist ein Gesamtkonzept zu entwerfen, das die Präsentationsformen aktuellen Erkenntnissen der Museumspädagogik anpasst sowie dem Renovationsbedarf des bestehenden Hauses Rechnung trägt.					
31 Denkmalpflege und Archäologie					
Ab 2008 entfallen die bisher gesetzlich verankerten Beiträge der Gemeinden an die Subventionierung von denkmalpflegerischen und archäologischen Massnahmen. Die dringlichste Aufgabe im Sinne einer grösseren Transparenz und mehr planerischer Sicherheit für alle Betroffenen wird die Schaffung der grundlegenden Dokumentationen zu Baudenkmalen (Bauinventar) und Fundstellen (Fundstellenverzeichnis) sein.					
34 Sport					
Der Bereich Sport und Sportförderung hat nach der umfassenden internen Reorganisation seine Ausrichtung definiert und konsolidiert. Zusammen mit der kantonalen Sportkommission werden die damit verbundenen Aufgaben und Zielsetzungen entwickelt und umgesetzt. Wichtige Förderungsschwerpunkte sind: Qualität und Quantität im Schulsport, gezielte Sportförderung mit spezifischen Unterstützungsmassnahmen und Unterstützung der allgemeinen Bemühungen um die Entwicklung des Breitensports.					
Indikatoren und Kenngrössen	2008	2009	2010	2011	2012
30 Kulturförderung					
Anzahl Besucher kantonale Museen	79'000	80'000	80'000	80'000	80'000
Lastenausgleich Kultur Zentralschweizer Kantone	2 Mio.	2 Mio.	2 Mio.	2 Mio.	2 Mio.
Zahl der unterstützten Kulturprojekte	300	300	350	350	350
31 Denkmalpflege und Archäologie					
Archäologische Untersuchungen	9	9	10	10	10
Finanzielle Veränderungen gegenüber dem IFAP 2006-2010					
Laufende Rechnung	2008	2009	2010	2011	2012
- Aufwand					
IFAP 2007-2011	47.2	48.8	50.4	52.0	
IFAP 2008-2012	49.3	51.2	52.7	54.2	55.6
Veränderung	-2.1	-2.4	-2.3	-2.2	
- Ertrag					
IFAP 2007-2011	11.6	11.7	11.8	11.9	
IFAP 2008-2012	11.7	11.8	11.9	12.1	12.2
Veränderung	-0.1	-0.1	-0.1	-0.2	

Begründung: - Alle Bereiche in der Kultur und Freizeit liegen über dem IFAP 2007-2011. Die Mehrkosten gegenüber der Vorjahresplanung betragen 2008 für die Kulturförderung 0,6 Millionen Franken, für die Bibliotheken und Museen je 0,4 Millionen Franken und für die Denkmalpflege/Archäologie und den Sport je 0,3 Millionen Franken.					
<b>Investitionsrechnung</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
- Ausgaben					
IFAP 2007-2011	3.8	3.8	3.8	3.8	
IFAP 2008-2012	6.7	6.7	6.7	6.8	6.5
Veränderung	-2.9	-2.9	-2.9	-3.0	
- Einnahmen					
IFAP 2007-2011	0.0	0.0	0.0	0.0	
IFAP 2008-2012	0.2	0.4	0.4	0.4	0.2
Veränderung	-0.2	-0.4	-0.4	-0.4	
Begründung: - Wir haben das Globalbudget für kantonale Hochbauten gegenüber dem IFAP 2007-2011 erhöht. Von höheren ausgewiesenen Investitionen von rund 15 Millionen Franken jährlich entfallen 3 Prozent auf die Kultur. Auch von den budgetierten Investitionsbeiträgen entfallen 3 Prozent auf die Kultur. - Durch die NFA des Bundes und die Aufgabenteilung im Rahmen der Finanzreform 08 erhöhen sich ab 2008 die kantonalen Investitionen für die Denkmalpflege von bisher 1,7 auf neu 4,2 Millionen Franken jährlich. Diese Mehrbelastung war im IFAP 2007-2011 noch nicht enthalten gewesen.					
<b>Staatsbeiträge gesamt</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
- Aufwand/Ausgaben					
IFAP 2007-2011	18.2	19.5	20.7	22.0	
IFAP 2008-2012	21.0	22.1	23.3	24.4	25.6
Veränderung	-2.8	-2.6	-2.6	-2.4	
- Ertrag/Einnahmen					
IFAP 2007-2011	2.5	2.5	2.5	2.5	
IFAP 2008-2012	2.4	2.4	2.4	2.4	2.4
Veränderung	0.1	0.1	0.1	0.1	
Begründung: - Die höheren Ausgaben erklären sich primär durch die oben erwähnten höheren Investitionsbeiträge für die Denkmalpflege aufgrund der NFA des Bundes und der Finanzreform 08.					

<b>Vorhaben und Projekte</b>			
	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2009-2012 in Mio. Franken	Investitionskosten 2009-2012 in Mio. Franken
<b>Beschlossene / einberechnete Vorhaben</b>			
3.1.1/08 Höhere Staatsbeiträge an das Luzerner Theater	2008-2012	10	
3.1.2/08 Höhere Staatsbeiträge an das Luzerner Sinfonieorchester LSO	2008-2012	1,4	
3.1.3/08 Wegfallender Investitionsbeitrag an das Verkehrshaus Luzern	bis 2010		-2,5
3.1.4/08 Erstellung eines Bauinventars über die schutzwürdigen Bauobjekte	2009-2016	1,6	
<b>Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)</b>			
Keine			
<b>Gesetzesänderungen</b>			
3.3.1/08 Gesetz über den Schutz der Kulturdenkmäler	2008		
3.3.2/08 Planungs- und Baugesetz	2008		
<b>Hochbauprojekte</b>			
3.4.1/08 Zentral- und Hochschulbibliothek Luzern	2008-2012		10,5
a) Sanierung und Erweiterung (gesamte Kosten 11 Mio. Fr.)	2008-2012		12
b) Neues Aussenlager (gesamte Kosten 12,3 Mio. Fr.)			
3.4.2/08 Naturmuseum Luzern, Um- und Ausbau (gesamte Kosten 5,3 Mio. Fr.)	2012-2015		0,3

(in Mio. Franken)

<b>Laufende Rechnung</b>	<b>R2006</b>	<b>B2007</b>	<b>B2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>%</b>
Aufwand	50.5	44.7	49.3	51.2	52.7	54.2	55.6	12.7
Ertrag	11.5	9.6	11.7	11.8	11.9	12.1	12.2	4.3
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>39.0</b>	<b>35.1</b>	<b>37.6</b>	<b>39.4</b>	<b>40.8</b>	<b>42.2</b>	<b>43.4</b>	
<b>30 Kulturförderung</b>								
Aufwand	42.4	36.6	40.7	42.1	43.6	45.0	46.3	
Ertrag	9.4	8.8	11.1	11.2	11.3	11.5	11.6	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>33.0</b>	<b>27.8</b>	<b>29.6</b>	<b>30.9</b>	<b>32.2</b>	<b>33.6</b>	<b>34.7</b>	
<b>31 Denkmalpflege und Heimatschutz</b>								
Aufwand	6.3	6.5	6.8	7.2	7.3	7.3	7.4	
Ertrag	0.3	0.3	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>6.0</b>	<b>6.1</b>	<b>6.7</b>	<b>7.1</b>	<b>7.2</b>	<b>7.2</b>	<b>7.3</b>	
<b>34 Sport</b>								
Aufwand	1.5	1.2	1.5	1.5	1.5	1.5	1.5	
Ertrag	1.8	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>-0.3</b>	<b>0.8</b>	<b>1.0</b>	<b>1.0</b>	<b>1.0</b>	<b>1.0</b>	<b>1.0</b>	
<b>39 Kirche</b>								
Aufwand	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	
Ertrag	0.0	0.0	-	-	-	-	-	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>0.3</b>	<b>0.3</b>	<b>0.3</b>	<b>0.3</b>	<b>0.3</b>	<b>0.3</b>	<b>0.3</b>	
<b>Investitionsrechnung</b>	<b>R2006</b>	<b>B2007</b>	<b>B2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>%</b>
Ausgaben	2.1	4.9	6.7	6.7	6.7	6.8	6.5	-2.3
Einnahmen	0.0	1.3	0.2	0.4	0.4	0.4	0.2	-4.1
<b>Ausgaben-/Einnahmenüberschuss</b>	<b>2.1</b>	<b>3.6</b>	<b>6.5</b>	<b>6.4</b>	<b>6.4</b>	<b>6.4</b>	<b>6.4</b>	
<b>Staatsbeiträge</b>	<b>R2006</b>	<b>B2007</b>	<b>B2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>%</b>
<b><i>Laufende Rechnung</i></b>								
Aufwand	14.1	14.3	16.8	17.9	19.1	20.2	21.2	26.2
Ertrag	0.7	0.7	2.4	2.4	2.4	2.4	2.4	0.0
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>13.4</b>	<b>13.7</b>	<b>14.4</b>	<b>15.5</b>	<b>16.7</b>	<b>17.8</b>	<b>18.8</b>	
<b><i>Investitionsrechnung</i></b>								
Ausgaben	0.1	1.7	4.2	4.2	4.2	4.2	4.2	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>0.1</b>	<b>1.7</b>	<b>4.2</b>	<b>4.2</b>	<b>4.2</b>	<b>4.2</b>	<b>4.2</b>	

**Grundauftrag, Legislaturprogramm und Generelle Entwicklung****Grundauftrag****40 / 42 Spitäler und Psychiatrische Kliniken**

- Stationäre Versorgung der Patientinnen und Patienten aus dem Kanton Luzern. Als Zentrumsversorgung gelten jene Leistungen, die in der Regel durch ein Spital oder eine Klinik für den ganzen Kanton und aufgrund von Vereinbarungen auch für benachbarte Kantone erbracht werden. Als Grundversorgung gelten alle Versorgungstypen, die nicht der Zentrumsversorgung zugeordnet sind.
- Angebot von diagnostischen, therapeutischen, medizinischen und pflegerischen Dienstleistungen. Medizinische Leistungen werden in der Regel auf Zuweisung durch einen praktizierenden Versorger erbracht, dies gilt auch für Notfälle.
- Es wird kein poliklinischer Betrieb geführt.
- Vorbereitung der internen Organisation zur Betreuung der Betroffenen in einem Katastrophenfall.
- Leistungserbringung an Personal und Dritte durch Kostenabgeltung zu Marktpreisen.
- Erteilung von Kostengutsprachen für ausserkantonale Hospitalisation.

**45 Krankheitsbekämpfung**

- Beaufsichtigung des öffentlichen Gesundheitswesens mit Prävention und Gesundheitsförderung, inkl. Sucht- und Infektionskrankheiten.

**47 Lebensmittelkontrolle**

- Überwachung von Lebensmittelbetrieben und dazugehörend Untersuchung von Lebensmitteln, Trinkwasser und Gebrauchsgegenständen.
- Überwachung der öffentlichen Badebetriebe mit künstlichen Becken.
- Bewilligung, Beratungs-, und Auskunftsaufgaben im Bereich der Lebensmittelproduktion.
- Vollzug der Lebensmittel- und Gesundheitsgesetzgebung.
- Schutz und Sicherheit im Umgang mit Heilmitteln und Chemikalien.

**49 Übriges Gesundheitswesen**

- fachliche Betreuung der Schul- und Amtsärzte und der Schulzahnpflege.
- Begutachtung zahnärztliche und zahntechnische Kostenvoranschläge und Rechnungen.
- Vorsorge und Bewältigung von ausserordentlichen Ereignissen, resp. Bereitstellung von sanitätsdienstlichen Mitteln.
- Vollzug der Heilmittelgesetzgebung.
- Erteilung von Bewilligungen für Medizinalpersonen und für die Ausübung anderer Berufe im Gesundheitswesen.

**Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen**

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement
40 Spitäler	Gesundheitsversorgung, Staatsbeitrag an das Unternehmen „Luzerner Kantonsspital“ mit den Standorten Luzern, Sursee und Wolhusen und der Luzerner Höhenklinik Montana	Dienststelle Spitäler	GSD
	Ausserkantonale Hospitalisationen	Kantonsärztliche Dienste	GSD
42 Psychiatrische Kliniken	Gesundheitsversorgung, Staatsbeitrag an das Unternehmen „Luzerner Psychiatrie“ mit den Standorten St. Urban und Luzern	Dienststelle Spitäler	GSD
45 Krankheitsbekämpfung	Diverse Staatsbeiträge	Departementssekretariat GSD	GSD
	Soziale Massnahmen, Teil Staatsbeiträge an Sucht- und Therapieheime	Dienststelle Soziales und Gesellschaft	GSD
47 Lebensmittelkontrolle	Lebensmittelkontrolle und Verbraucherschutz	Dienststelle Lebensmittelkontrolle	GSD
49 Übriges Gesundheitswesen	Departementsführung und Dienstleistungen	Departementssekretariat GSD	GSD
	Gesundheitsschutz und -förderung	Kantonsärztliche Dienste	GSD
	Gesundheitsvorsorge	Kantonsapotheker	GSD

**Legislaturprogramm 2003-2007**

Durch den Aufbau des Legislaturprogramms 2003-2007 ist eine Integration in diesen Grundauftrag noch nicht möglich. Wir werden im nächsten Legislaturprogramm die Durchgängigkeit der Planungsinstrumente sicherstellen. Aussagen zur Funktion 4 sind im Kapitel VII. "Vorgaben der Regierung und Massnahmen zum Legislaturprogramm" (Ziffer 10) enthalten.

**Generelle Entwicklung****40 Spitäler / 42 Psychiatrische Kliniken****Verselbständigung der Luzerner Spitäler/Kliniken**

Die öffentlichen Spitäler und Kliniken werden per 1.1.2008 verselbständigt. Die beiden neuen Unternehmen Luzerner Kantonsspital (LKS) mit den drei Standorten Luzern, Sursee und Wolhusen sowie die Luzerner Psychiatrie (LUPS) stellen eine qualitativ und quantitativ sehr gute und effiziente Versorgung der Luzerner Bevölkerung sicher. Mindestens bis Ende 2008 ist die LHM im neuen Unternehmen Luzerner Kantonsspital (LKS) integriert.

**Planungsbericht Spitalbauten**

In den letzten Jahren konnten nicht alle notwendigen Erneuerungs-, Erweiterungs- und Renovationsarbeiten ausgeführt werden. Mit einer umfassenden Bedarfsplanung über die Spitalbauten soll sichergestellt werden, dass die räumlichen und strukturellen Voraussetzungen für qualitativ gute und effiziente Versorgungsabläufe auch in Zukunft sichergestellt sind. Zurzeit wird zu Handen des Regierungsrates ein entsprechender Planungsbericht Spitalbauten erarbeitet. Der Planungsbericht soll die mittelfristige bis langfristige Bedarfs- und Bauplanung für die Luzerner Spitalbauten aufzeigen. Die Planung soll eine klare Priorisierung der Vorhaben und einen Finanzierungsvorschlag beinhalten.

**DRG-Modell**

Auf 2009/2010 soll für die Spitalfinanzierung schweizweit ein neues, diagnosebezogenes Fallpauschalensystem (Modell swiss-DRG) eingeführt werden. Für das Jahr 2008 wird an den Spitälern und Kliniken des Kantons Luzern noch mit dem bisherigen System (Tagespauschalen) abgerechnet. Parallel laufen die Vorbereitungsarbeiten für die DRG-Einführung auf 1.1.2009/2010.

**KVG-Revision**

Die KVG-Revision, Teil Spitalfinanzierung, ist noch nicht abgeschlossen. Wir haben im Kapitel II. Planungsgrundlagen, 3. Bundespolitik die möglichen Auswirkungen auf den Kanton Luzern dargestellt.



**45 Krankheitsbekämpfung**

Generell wird die Stärkung von Gesundheitsförderung und Prävention in den nächsten Jahren ein Hauptthema des Kantonsärztlichen Dienstes sein, einerseits mit der Kommission für Gesundheitsförderung und Prävention, andererseits mit dem Pilotprojekt "Luzerner Bündnis gegen Depression" und dem "Luzerner Aktionsprogramm gesundes Körpergewicht".

Parallel zur Pandemieplanung auf Bundesebene hat der Kantonsärztliche Dienst eine 1. Version des kantonalen Pandemieplans ausgearbeitet. Im Folgenden wird ein Konzept für eine Präpandemie-Massenimpfung erarbeitet und weitere Bereiche (wie Betriebe, spitalexterne Krankenpflege etc.) müssen laufend aktualisiert werden. Im Verlauf der letzten 1-2 Jahre sind Infektionskrankheiten generell wieder wichtiger geworden (Masernausbruch bei ungenügender Durchimpfung, Tuberkulose, etc.) und erfordern deutlich mehr Aufwand.

Infolge des neuen Gesundheitsgesetzes ist der schulärztliche Dienst in den Gemeinden (mit Ausnahme der Infektionskrankheiten) in die Gemeindeautonomie übergegangen.

**47 Lebensmittelkontrolle**

Nach Durchführung der Kantonalisierung im Jahr 2008 erfolgt in den folgenden Jahren eine Konsolidierung des neuen Systems.

**49 Übriges Gesundheitswesen**

Wichtigste Projekte:

1. Kantonalisierung der Fleischkontrolle im Rahmen von NFA/Finanzreform 08, verbunden mit der von EU und Bund geforderten Professionalisierung und dem Vollzug neuer Vorschriften ("EU-Äquivalenz").
2. Ausrottung der Rinderseuche BVD ab 08.
3. Inspektorat für die tierärztlichen Apotheken in 10 Kantonen (BS bis TI). / Stark angestiegen: Arbeit im Bereich "Gefährliche Hunde".

Indikatoren und Kenngrößen	2008	2009	2010	2011	2012
<b>40 Spitäler</b>					
Stationärer Bereich: Anzahl Pflgetage	297'899	298'900	298'900	298'900	298'900
Anzahl Austritte	35'876	36'247	36'397	36'597	36'797
durchschnittliche Aufenthaltsdauer	8.3	8.2	8.2	8.2	8.1
Ambulanter Bereich: Anzahl Taxpunkte	115'259'376	121'032'970	127'090'118	133'395'124	139'960'380
<b>42 Psychiatrische Kliniken</b>					
Stationärer Bereich: Anzahl Pflgetage	107'000	106'000	105'000	104'000	103'000
Anzahl Austritte	2'000	2'000	2'000	2'000	2'000
durchschnittliche Aufenthaltsdauer	54	53	52	51	50
Ambulanter Bereich: Anzahl Taxpunkte	5'952'000	6'010'000	6'030'000	6'100'000	6'150'000
<b>47 Lebensmittelkontrolle</b>					
Reaktionen bei Grenzwertüberschreitungen am gleichen Tag	100%	100%	100%	100%	100%
Berichtversand innert 5 Arbeitstagen nach Untersuchungsende	90%	90%	90%	90%	90%
Unterstützung der LMK durch Begleitung der Inspektion	100%	100%	100%	100%	100%
Anzahl Betriebsinspektionen	3'000	3'000	3'000	3'000	3'000
Anzahl chemische und mikrobiologische Proben	6'000	6'000	6'000	6'000	6'000
Akzeptanz der Beanstandungen durch Betriebsverantwortliche	90%	90%	90%	90%	90%
<b>49 Übriges Gesundheitswesen</b>					
Ausserkantonale Hospitalisationen (Mio.)	13.5	13.66	13.83	13.99	13.16
- Anzahl Gesuche	3'000	3'300	3'300	3'300	3'300
- bewilligte Gesuche	1'800	1'980	1'980	1'980	1'980
- abgelehnte Gesuche	1'200	1'220	1'220	1'220	1'220
- bezahlte ambulante Gesuche	110	20	20	20	20
Stabilisierung und Verbesserung der Gesundheit der Luzerner Bevölkerung durch:					
- Überprüfung Praxisbewilligung	1 - 5	1 - 5	1 - 5	1 - 5	1 - 5
- Bearbeitung Meldewesen Infektionskrankheiten an einem Tag	100%	100%	100%	100%	100%
- Gesundheitsberichte (inkl. Planung und Umsetzung)	1 - 2	1 - 2	1 - 2	1 - 2	1 - 2
- Fortbildung für Schul- und Amtsärzte	3 - 5	3 - 5	3 - 5	3 - 5	3 - 5

<b>Finanzielle Veränderungen gegenüber dem IFAP 2007-2011</b>					
<b>Laufende Rechnung</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
- Aufwand					
IFAP 2007-2011	694.1	706.7	720.1	734.0	
IFAP 2008-2012	261.6	268.2	274.7	281.7	288.9
Veränderung	432.5	438.5	445.4	452.3	
- Ertrag					
IFAP 2007-2011	436.8	444.2	451.9	459.7	
IFAP 2008-2012	5.2	5.3	5.3	5.3	5.3
Veränderung	431.6	438.9	446.6	454.4	
Begründung: - Im IFAP 2007-2011 waren die Spitäler und Kliniken noch als kantonale Dienststellen abgebildet. Durch die Verselbständigung in öffentlich-rechtliche Anstalten reduzieren sich der Aufwand (v.a. Personal- und Sachaufwand) und der Ertrag (v.a. Entgelte) ungefähr im gleichen Umfang.					
<b>Investitionsrechnung</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
- Ausgaben					
IFAP 2007-2011	55.4	53.8	53.9	53.9	
IFAP 2008-2012	40.8	41.8	41.8	43.0	38.4
Veränderung	14.6	12.0	12.1	10.9	
- Einnahmen					
IFAP 2007-2011	0.3	0.3	0.3	0.3	
IFAP 2008-2012	2.6	5.9	5.9	7.1	2.5
Veränderung	-2.3	-5.6	-5.6	-6.8	
Begründung: - Im IFAP 2007-2011 waren für die Jahre 2008 bis 2011 Investitionen für die kantonalen Spitäler und Kliniken zwischen 19,5 und 21,2 Millionen Franken enthalten. Durch die Verselbständigung in öffentlich-rechtliche Anstalten fallen diese Investitionen weg und werden indirekt mittels Abschreibungen als Teil des Staatsbeitrags finanziert. - Wir haben das Globalbudget für kantonale Hochbauten gegenüber dem IFAP 2007-2011 erhöht. Von höheren ausgewiesenen Investitionen von rund 15 Millionen Franken jährlich entfallen 48 Prozent auf den Hauptaufgabenbereich Gesundheit. Auch von den budgetierten Investitionsbeiträgen entfallen 48 Prozent auf die Gesundheit.					
<b>Staatsbeiträge gesamt</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
- Aufwand/Ausgaben					
IFAP 2007-2011	17.6	17.8	18.0	18.2	
IFAP 2008-2012	248.9	255.4	262.0	268.9	275.9
Veränderung	-231.3	-237.6	-244.0	-250.7	
- Ertrag/Einnahmen					
IFAP 2007-2011	1.3	1.3	1.3	1.3	
IFAP 2008-2012	1.7	1.7	1.7	1.7	1.7
Veränderung	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4	
Begründung: - Im IFAP 2007-2011 waren die Spitäler und Kliniken noch als kantonale Dienststellen abgebildet. Neu richten wir dem Luzerner Kantonsspital (LKS) einen Staatsbeitrag von 181,7 Millionen Franken und der Luzerner Psychiatrie (LUPS) einen solchen von 45,4 Millionen Franken aus. Diese Beiträge nehmen gemäss unserer Planung um jährlich 2,75 Prozent zu.					

Vorhaben und Projekte			
	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2009-2012 in Mio. Franken	Investitionskosten 2009-2012 in Mio. Franken
<b>Beschlossene / einberechnete Vorhaben</b>			
4.1.1/08 Steigende Beiträge für ausserkantonale Hospitalisation	2009-2012	1,7	
4.1.2/08 Erhöhung des Staatsbeitrags gemäss Spitalgesetz			
a) Für das Luzerner Kantonsspital (LKS)	2009-2012	51,4	
b) Für die Luzerner Psychiatrie (LUPS)	2009-2012	12,8	
4.1.2/09 Höhere Informatikinvestitionen für die GSD-Dienststellen	2009-2010	0,6	
<b>Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)</b>			
Keine			
<b>Gesetzesänderungen</b>			
Keine			
<b>Hochbauprojekte</b> (in Klammern Gesamtkosten in Mio. Fr., ohne Erkenntnisse aus dem sich in Erarbeitung befindenden Planungsbericht Spitalbauten)			
4.4.1/08 Luzerner Kantonsspital, Standort Luzern			
a) Nordanbau (38,5 Mio. Fr.)	2008-2014		19,5
b) Augenklinik, OP- und Innensanierung (21 Mio. Fr.)	2008-2013		18
c) Patientenzimmersanierung	2009-2010		5,6
d) Personalwohnhaus 1, Innensanierung (8,3 Mio. Fr.)	2008-2011		8
e) Zentrum, Sanierung Operationssäle (16 Mio. Fr.)	2008-2009		16
f) Personalwohnhaus 2, Innensanierung (6,5 Mio. Fr.)	2011-2014		2,5
g) Kinderspital, Sanierung und Erweiterung (40 Mio. Fr.)	2010-2015		3
4.4.2/08 Luzerner Kantonsspital, Standort Wolhusen			
a) Hauptgebäude, Umnutzung / Sanierung Behandlungstrakt (22 Mio. Fr.)	2008-2013		14
b) Hauptgebäude, Sanierung Bettentrakt (30 Mio. Fr.)	2008-2013		19,5
4.4.3/08 Luzerner Psychiatrie, Standort St. Urban			
a) Haus A, Sanierung (3,5 Mio. Fr.)	2008-2009		2
b) Haus B, Gesamtsanierung	2010-2011		3,3
c) Haus C, Gesamtsanierung	2012		3

(in Mio. Franken)

<b>Laufende Rechnung</b>	<b>R2006</b>	<b>B2007</b>	<b>B2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>%</b>
Aufwand	671.8	683.9	261.6	268.2	274.7	281.7	288.9	10.4
Ertrag	434.5	432.5	5.2	5.3	5.3	5.3	5.3	1.8
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>237.3</b>	<b>251.4</b>	<b>256.4</b>	<b>263.0</b>	<b>269.4</b>	<b>276.4</b>	<b>283.5</b>	
<b>40 Spitäler</b>								
Aufwand	571.3	572.9	198.0	203.2	208.5	214.0	219.7	
Ertrag	381.0	377.7	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>190.3</b>	<b>195.2</b>	<b>197.6</b>	<b>202.9</b>	<b>208.2</b>	<b>213.7</b>	<b>219.4</b>	
<b>42 Psychiatrische Kliniken</b>								
Aufwand	85.1	91.0	46.0	47.3	48.6	49.4	51.3	
Ertrag	47.0	49.1	-	-	-	-	-	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>38.1</b>	<b>41.9</b>	<b>46.0</b>	<b>47.3</b>	<b>48.6</b>	<b>49.4</b>	<b>51.3</b>	
<b>45 Krankheitsbekämpfung</b>								
Aufwand	0.6	3.5	3.2	3.2	3.3	3.3	3.3	
Ertrag	1.7	1.7	1.7	1.7	1.7	1.7	1.7	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>-1.1</b>	<b>1.8</b>	<b>1.5</b>	<b>1.5</b>	<b>1.5</b>	<b>1.5</b>	<b>1.5</b>	
<b>47 Lebensmittelkontrolle</b>								
Aufwand	3.5	3.6	4.5	4.6	4.6	4.7	4.8	
Ertrag	0.8	0.8	0.9	0.9	0.9	0.9	0.9	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>2.8</b>	<b>2.8</b>	<b>3.7</b>	<b>3.7</b>	<b>3.8</b>	<b>3.8</b>	<b>3.9</b>	
<b>49 Übriges Gesundheitswesen</b>								
Aufwand	11.3	12.8	9.8	9.9	9.7	9.8	9.9	
Ertrag	4.0	3.1	2.3	2.3	2.3	2.4	2.4	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>7.3</b>	<b>9.7</b>	<b>7.5</b>	<b>7.6</b>	<b>7.4</b>	<b>7.4</b>	<b>7.5</b>	
<b>Investitionsrechnung</b>	<b>R2006</b>	<b>B2007</b>	<b>B2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>%</b>
Ausgaben	49.8	71.0	40.8	41.8	41.8	43.0	38.4	-5.9
Einnahmen	0.3	21.0	2.6	5.9	5.9	7.1	2.5	-4.1
<b>Ausgaben-/Einnahmenüberschuss</b>	<b>49.5</b>	<b>50.0</b>	<b>38.2</b>	<b>35.9</b>	<b>35.9</b>	<b>35.9</b>	<b>35.9</b>	
<b>Staatsbeiträge</b>	<b>R2006</b>	<b>B2007</b>	<b>B2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>%</b>
<b>Laufende Rechnung</b>								
Aufwand	18.2	17.4	248.9	255.4	262.0	268.9	275.9	10.8
Ertrag	3.5	3.9	1.7	1.7	1.7	1.7	1.7	0.0
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>14.8</b>	<b>13.5</b>	<b>247.3</b>	<b>253.7</b>	<b>260.4</b>	<b>267.2</b>	<b>274.2</b>	
<b>Investitionsrechnung</b>								
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-	
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	

**Grundauftrag, Legislaturprogramm und Generelle Entwicklung****Grundauftrag**

- 50 Altersversicherung  
- Kantonsbeitrag an AHV
- 51 Invalidenversicherung  
- Kantonsbeitrag an IV
- 52 Krankenversicherung  
- Umsetzung des KVG, insbesondere im Bereich der individuellen Prämienvverbilligung und bei der Pflegeheimplanung
- 53 Sonstige Sozialversicherungen  
- Organisation und Sicherstellung der Ergänzungsleistungen zur AHV und zur IV
- 54 Jugendschutz  
- Vollzug des Heimfinanzierungsgesetzes und der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen IVSE (ersetzt IHV)
- 55 Invalidität  
- Vollzug des Heimfinanzierungsgesetzes und der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen IVSE (ersetzt IHV)
- 58 Wirtschaftliche Sozialhilfe  
- Erteilung von Bewilligungen nach Sozialhilfegesetz  
- Unterbringung und Betreuung von Asyl-Suchenden und Betreuung von anerkannten Flüchtlingen  
- Erfüllung verschiedener Aufgaben zu sozialpolitischen Fragestellungen wie Kinderschutz, Familienfragen, Armut und Alter  
- Leitung, Beaufsichtigung und Koordination der Sozialhilfe und Sozialplanung  
- Auskunfts- und Beratungsstelle für die Sozialämter der Gemeinden  
- Vollzug des Opferhilfegesetzes, insbesondere die Opferberatung und die Ausrichtung von finanziellen Leistungen an Opfer von Straftaten  
- Vollzug des Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (AVIG)  
- Vollzug des Bundesgesetzes über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih (AVG)

**Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen**

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement
52 Krankenversicherung	Staatsbeitrag für Prämienvverbilligungen	Departementssekretariat GSD	GSD
53 Sonstige Sozialversicherungen	Staatsbeitrag für Ergänzungsleistungen	Departementssekretariat GSD	GSD
54 Jugendschutz	Teil Justizheime der „Sozialen Massnahmen“	Dienststelle Soziales und Gesellschaft	GSD
55 Invalidität	Teil Behindertenheime der „Sozialen Massnahmen“	Dienststelle Soziales und Gesellschaft	GSD
56 Sozialer Wohnungsbau	Sozialer Wohnungsbau	Dienststelle Immobilien	FD
58 Wirtschaftliche Sozialhilfe	AVIG- und AVG-Vollzug	Wirtschaft und Arbeit (wira)	GSD
	Soziale Massnahmen (mit Ausnahme der Sozialen Einrichtungen)	Dienststelle Soziales und Gesellschaft	GSD
	Abgeltung der Ausgleichskasse	Departementssekretariat GSD	GSD

**Legislaturprogramm 2003-2007**

Durch den Aufbau des Legislaturprogramms 2003-2007 ist eine Integration in diesen Grundauftrag noch nicht möglich. Wir werden im nächsten Legislaturprogramm die Durchgängigkeit der Planungsinstrumente sicherstellen. Aussagen zur Funktion 2 sind im Kapitel VII. "Vorgaben der Regierung und Massnahmen zum Legislaturprogramm" (Ziffer 9) enthalten.

**Generelle Entwicklung****52 Krankenversicherung**

Wir beobachten die Entwicklung der Prämienvverbilligung im Zusammenhang mit den Kinder- und Jugendprämien besonders intensiv um nötigenfalls rechtzeitig Massnahmen ergreifen zu können. Besondere Sorge bereiten uns die steigenden Kosten für uneinbringliche Prämien, die nach Vorliegen eines Verurteilungsbeschlusses über die Prämienvverbilligung gedeckt werden, damit bei diesen Personen kein Leistungsaufschub der Versicherer entsteht; resp. wieder aufgehoben werden kann.

**53 Sonstige Sozialversicherung**

Mit der NFA erwarten wir bei den EL eine grosse Kostenverschiebung vom Bund auf den Kanton und die Gemeinden. Gleichzeitig wechselt das Berechnungsmodell des Bundes (vgl. B 183), was für die Kostenentwicklung gewisse Unsicherheiten beinhaltet.

**54 Jugendschutz**

Die strafrechtlichen Massnahmen für Jugendliche werden neu nicht mehr via SEG finanziert - sie werden aber im Rahmen der Finanzreform 08 vollumfänglich vom Kanton finanziell getragen.

**55 Invalidität**

Mit der Inkraftsetzung des SEG (Gesetz über soziale Einrichtungen) am 01.01.2008 wechselt die Finanzierung von einer Defizitdeckung zu einer Pauschalfinanzierung, die sich an der IVSE orientiert. Der Wegfall der Bundesbeiträge durch die Umsetzung der NFA wird zulasten des Kantons und der Gemeinden vollzogen. Der Kanton erarbeitet Leistungsvereinbarungen für die Institutionen und garantiert somit eine zweckmässige Umsetzung der NFA und des SEG.

**58 Wirtschaftliche Sozialhilfe**

Im neuen Ausländergesetz (AuG; in Kraft ab 01.01.2008) wird die Dauer der Rückerstattung bei vorläufig aufgenommenen Personen und vorläufig aufgenommenen Flüchtlinge auf sieben Jahre beschränkt (Art. 87 AuG, Absatz 3). Bei den Flüchtlingen sind es nach wie vor fünf Jahre. Danach tragen die Kantone die finanziellen Lasten.

Im revidierten Asylgesetz (AsylG; in Kraft ab 01.01.2008) werden Personen mit einer rechtskräftigen Wegweisung aus der Sozialhilfe ausgeschlossen (Art. 82 AsylG, Absatz 1) und diese erhalten bei Bedarf nur noch Nothilfe.

Gemäss Finanzreform 08 werden neu per 01.01.2008 die Gemeinden für die Sozialhilfe für Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Personen zuständig, die sich seit mehr als zehn Jahren in der Schweiz aufhalten. Geregelt wird dies im Sozialhilfegesetz (§61 SHG, Absatz 4)

Indikatoren und Kenngrößen	2008	2009	2010	2011	2012
<b>52 Krankenversicherung</b> Ausbezahlte Prämienverbilligungen in Mio. Fr. Anteil Empfänger PV an Gesamtbevölkerung in Prozent	153.6 34%	158.2 33%	162.9 33%	167.8 33%	172.8 33%
<b>53 Sonstige Versicherung</b> Staatbeitrag Ergänzungsleistungen (EL) in Mio. Fr.	203.4	209.5	215.8	222.3	228.9
<b>54 Jugendschutz</b> Anzahl Luzerner in SEG-Institutionen Anzahl Luzerner in ausserkantonalen Institutionen	965 120	965 120	965 120	965 120	965 120
<b>55 Invalidität</b> Anzahl Luzerner in SEG-Institutionen Anzahl Luzerner in ausserkantonalen Institutionen	1'750 250	1'800 260	1'800 270	1'850 280	1'850 290
<b>58 Wirtschaftliche Sozialhilfe</b> Anzahl Asyl-Suchende in kantonaler Fürsorgeabhängigkeit Sozialhilfe Flüchtlinge: Anzahl Dossiers Anzahl Dossiers inkl. Negativentscheide	300 440 540	300 480 190	300 480 200	300 500 200	300 500 200
<b>Finanzielle Veränderungen gegenüber dem IFAP 2007-2011</b>					
<b>Laufende Rechnung</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
- Aufwand IFAP 2007-2011 IFAP 2008-2012 Veränderung	695.8 631.8 64.0	706.3 644.5 61.8	717.0 655.9 61.1	727.9 667.3 60.6	679.2
- Ertrag IFAP 2007-2011 IFAP 2008-2012 Veränderung	543.9 486.9 57.0	551.1 491.9 59.2	558.4 500.5 57.9	566.0 508.8 57.2	518.0
Begründung: - Durch geringere Leistungen der Arbeitslosenkasse sind Aufwand und Ertrag für 2008 um 43 Millionen Franken geringer als im IFAP 2007-2011 angenommen. - In der wirtschaftlichen Sozialhilfe entfallen ab 2008 durchlaufende Beiträge von 17,5 Millionen Franken. Um diesen Betrag reduzieren sich Aufwand und Ertrag. - Der Aufwand für die Prämienverbilligung 2008 ist um 1,3 Millionen Franken höher als im IFAP 2007-2011 vorgesehen. Da wir mit einem jährlichen Wachstum dieser Beiträge von 3 Prozent rechnen (Vorjahr: 1,5 %), erhöht sich der Mehraufwand gegenüber der Vorjahresplanung bis 2011 auf 8,6 Millionen Franken. - Der Beiträge Dritter an die Prämienverbilligung 2008 sind um 5,3 Millionen Franken höher als im IFAP 2007-2011 angenommen. Da sich diese analog den Beiträgen um jährlich 3 Prozent erhöht, steigt der Mehrertrag gegenüber der Vorjahresplanung bis auf 11 Millionen Franken im Jahr 2011. - Die Ergänzungsleistungen wurden im Rahmen der Finanzreform 08 nicht im ursprünglich vorgesehenen Umfang erhöht. Dadurch reduziert sich der Aufwand 2008 gegenüber dem IFAP 2007-2011 um 7 Millionen Franken. Der Ertrag 2008 ist 4,3 Millionen Franken tiefer als im IFAP 2007-2011 einberechnet. - Der Aufwand 2008 für den Jugendschutz ist um 1,6 und derjenige für die Invalidität um 2,5 Millionen Franken tiefer als IFAP 2007-2011 angenommen.					
<b>Investitionsrechnung</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
- Ausgaben IFAP 2007-2011 IFAP 2008-2012 Veränderung	- - -	- - -	- - -	- - -	-
- Einnahmen IFAP 2007-2011 IFAP 2008-2012 Veränderung	- - -	- - -	- - -	- - -	-
<b>Staatsbeiträge gesamt</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
- Aufwand/Ausgaben IFAP 2007-2011 IFAP 2008-2012 Veränderung	492.2 480.9 11.3	502.8 493.5 9.3	513.6 504.8 8.8	524.6 516.1 8.5	527.8
- Ertrag/Einnahmen IFAP 2007-2011 IFAP 2008-2012 Veränderung	326.2 322.3 3.9	333.6 332.0 1.6	341.2 340.7 0.5	349.0 349.6 -0.6	358.7
Begründung: - Der Aufwand für die Prämienverbilligung 2008 ist um 1,3 Millionen Franken höher als im IFAP 2007-2011 vorgesehen. Da wir mit einem jährlichen Wachstum dieser Beiträge von 3 Prozent rechnen (Vorjahr: 1,5 %), erhöht sich der Mehraufwand gegenüber der Vorjahresplanung bis 2011 auf 8,6 Millionen Franken. - Der Beiträge Dritter an die Prämienverbilligung 2008 sind um 5,3 Millionen Franken höher als im IFAP 2007-2011 angenommen. Da sich diese analog den Beiträgen um jährlich 3 Prozent erhöht, steigt der Mehrertrag gegenüber der Vorjahresplanung bis auf 11 Millionen Franken im Jahr 2011. - Die Ergänzungsleistungen wurden im Rahmen der Finanzreform 08 nicht im ursprünglich vorgesehenen Umfang erhöht. Dadurch reduziert sich der Aufwand 2008 gegenüber dem IFAP 2007-2011 um 7 Millionen Franken. Der Ertrag 2008 ist 4,3 Millionen Franken tiefer als im IFAP 2007-2011 einberechnet. - Der Aufwand 2008 für den Jugendschutz ist um 1,6 und derjenige für die Invalidität um 2,5 Millionen Franken tiefer als IFAP 2007-2011 angenommen. - Die Bundesbeiträge im Bereich Asyl- und Flüchtlinge sinken von 23,1 Millionen Franken im Jahr 2008 auf 18,6 Millionen Franken im Jahr 2009. Diese Entwicklung war im IFAP 2007-2011 noch nicht enthalten.					

Vorhaben und Projekte				
		Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2009-2012 in Mio. Franken	Investitionskosten 2009-2012 in Mio. Franken
<b>Beschlossene / einberechnete Vorhaben</b>				
5.1.1/08	Höhere Beiträge an Arbeitsvermittlung und arbeitsmarktliche Massnahmen (Entwicklung analog Lohnsumme)	2009-2012	0,9	
5.1.2/08	Veränderungen im Sozialen Wohnungsbau (WEG)	2009-2012	-1,4	
	a) Rückläufige Förderungsbeiträge	2009-2012	2,5	
	b) Rückläufige Entnahme aus Rückstellungskonto			
5.1.3/08	Mehraufwand Ergänzungsleistungen (untenstehende Tabelle zeigt die gesamten Kosten)			
	2008 2009 2010 2011 2012			
	Ausbezahlte Leistungen			
	Bundesbeitrag			
	Gemeindebeitrag			
	Kantonsbeitrag			
	Mehrkosten Kanton			
	203,4 209,5 215,8 222,3 228,9			
	61,7 63,5 65,4 67,4 69,4			
	99,2 102,2 105,3 108,4 111,7			
	42,5 43,8 45,1 46,5 47,8			
	1,3 2,6 4,0 5,3		13,2	
5.1.4/08	Mehraufwand Prämienverbilligung (untenstehende Tabelle zeigt die gesamten Kosten)			
	2008 2009 2010 2011 2012			
	Ausbezahlte Beiträge			
	Bundesbeitrag			
	Gemeindebeitrag			
	Kantonsbeitrag			
	Mehrkosten Kanton			
	153,6 158,2 162,9 167,8 172,8			
	83,1 85,6 88,2 90,9 93,6			
	35,2 36,3 37,3 38,5 39,6			
	35,2 36,3 37,3 38,5 39,6			
	1,1 2,1 3,3 4,4		10,9	
5.1.5/08	Höherer Personal- und Sachaufwand der Dienststelle Soziales und Gesellschaft durch zusätzliche Aufgaben	2009-2012	1,2	
5.1.6/08	Höhere Beiträge an Soziale Einrichtungen gemäss SEG (brutto, davon 50 Prozent zu Lasten der Gemeinden)	2009-2012	8,6	
5.1.7/08	Rückläufige Bundesbeiträge für Asylsuchende und Flüchtlinge	2009-2012	18	
<b>Gesetzesänderungen</b>				
5.3.1/08	Revision Sozialhilfegesetz	2009		

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2006	B2007	B2008	2009	2010	2011	2012	%
Aufwand	681.9	692.5	631.8	644.5	655.9	667.3	679.2	7.5
Ertrag	580.1	592.5	486.9	491.9	500.5	508.8	518.0	6.4
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>101.8</b>	<b>99.9</b>	<b>144.9</b>	<b>152.6</b>	<b>155.3</b>	<b>158.6</b>	<b>161.2</b>	
<b>50 Altersversicherung</b>								
Aufwand	40.8	42.4	-	-	-	-	-	
Ertrag	29.6	30.4	-	-	-	-	-	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>11.2</b>	<b>12.0</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	
<b>51 Invalidenversicherung</b>								
Aufwand	50.4	53.3	-	-	-	-	-	
Ertrag	36.5	38.7	-	-	-	-	-	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>13.9</b>	<b>14.7</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	
<b>52 Krankenversicherung</b>								
Aufwand	145.2	150.0	153.6	158.2	162.9	167.8	172.9	
Ertrag	136.4	140.9	118.3	121.9	125.6	129.3	133.2	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>8.8</b>	<b>9.1</b>	<b>35.2</b>	<b>36.3</b>	<b>37.4</b>	<b>38.5</b>	<b>39.7</b>	
<b>53 Sonstige Sozialversicherungen</b>								
Aufwand	192.5	180.0	203.4	209.5	215.8	222.3	228.9	
Ertrag	136.9	146.8	160.9	165.7	170.7	175.8	181.1	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>55.6</b>	<b>33.2</b>	<b>42.5</b>	<b>43.8</b>	<b>45.1</b>	<b>46.5</b>	<b>47.9</b>	
<b>54 Jugendschutz</b>								
Aufwand	0.3	6.8	4.3	4.3	4.3	4.3	4.3	
Ertrag	3.2	3.2	2.2	2.2	2.2	2.2	2.2	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>-2.9</b>	<b>3.6</b>	<b>2.1</b>	<b>2.1</b>	<b>2.1</b>	<b>2.1</b>	<b>2.1</b>	
<b>55 Invalidität</b>								
Aufwand	0.9	17.2	80.2	82.2	82.4	82.4	82.4	
Ertrag	8.0	8.2	40.4	41.7	41.8	41.8	41.8	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>-7.1</b>	<b>9.1</b>	<b>39.8</b>	<b>40.6</b>	<b>40.7</b>	<b>40.7</b>	<b>40.7</b>	
<b>56 Sozialer Wohnungsbau</b>								
Aufwand	3.7	3.9	3.8	3.6	3.5	3.4	3.3	
Ertrag	3.6	3.9	3.8	3.6	3.5	2.8	2.8	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>0.1</b>	<b>0.0</b>	<b>-0.0</b>	<b>-0.0</b>	<b>-0.0</b>	<b>0.6</b>	<b>0.5</b>	
<b>58 Wirtschaftliche Sozialhilfe</b>								
Aufwand	248.1	238.7	186.5	186.7	186.9	187.1	187.4	
Ertrag	225.9	220.4	161.3	156.9	156.9	156.9	157.0	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>22.2</b>	<b>18.3</b>	<b>25.2</b>	<b>29.8</b>	<b>30.0</b>	<b>30.2</b>	<b>30.4</b>	



<b>Investitionsrechnung</b>	<b>R2005</b>	<b>B2006</b>	<b>B2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>%</b>
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-	0.0
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-	0.0
<b>Ausgaben-/Einnahmenüberschuss</b>	-	-	-	-	-	-	-	
<b>Staatsbeiträge</b>	<b>R2005</b>	<b>B2006</b>	<b>B2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>%</b>
<i><b>Laufende Rechnung</b></i>								
Aufwand	495.3	489.5	480.9	493.5	504.8	516.1	527.8	9.7
Ertrag	368.4	374.0	322.3	332.0	340.7	349.6	358.7	11.3
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>126.9</b>	<b>115.5</b>	<b>158.6</b>	<b>161.6</b>	<b>164.1</b>	<b>166.6</b>	<b>169.1</b>	
<i><b>Investitionsrechnung</b></i>								
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-	0.0
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-	0.0
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	-	-	-	-	-	-	-	

6 Verkehr		IFAP 2008-2012		Grundauftrag und Veränderungen		
Grundauftrag, Legislaturprogramm und Generelle Entwicklung						
Grundauftrag						
60 Nationalstrassen - Planung, Bau, Betrieb und Werterhaltung der Nationalstrassen						
61 Kantonsstrassen - Planung, Bau, Betrieb und Werterhaltung der Kantonsstrassen						
65 Regionalverkehr - Die Dienststelle Verkehr und Infrastruktur (vif) ist im Rahmen des Gesamtverkehrssystems verantwortlich für funktionierende Strukturen im Bereich des öffentlichen Verkehrs.						
Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen						
Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)		Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement		
60 Nationalstrassen		Betrieb und Unterhalt Nationalstrassen	Gebietseinheit Pilatus (erfolgsneutrale Abwicklung innerhalb der Dienststelle vif)	BUWD		
61 Kantonsstrassen		Strassenwesen	Verkehr und Infrastruktur (vif)	BUWD		
62 Gemeindestrassen		Steuern und Abgaben (10 % der Verkehrssteuern)	Strassenverkehrsamt	JSD		
65 Regionalverkehr		Öffentlicher Verkehr	Verkehr und Infrastruktur (vif)	BUWD		
Legislaturprogramm 2003-2007						
Durch den Aufbau des Legislaturprogramms 2003-2007 ist eine Integration in diesen Grundauftrag noch nicht möglich. Wir werden im nächsten Legislaturprogramm die Durchgängigkeit der Planungsinstrumente sicherstellen. Aussagen zur Funktion 6 sind im Kapitel VII. "Vorgaben der Regierung und Massnahmen zum Legislaturprogramm" (Ziffer 12) enthalten.						
Generelle Entwicklung						
60 Nationalstrassen Ab 2008 ist der Bund für den Bau, Betrieb und Unterhalt der Nationalstrassen zuständig. Der betriebliche und projektfreie bauliche Unterhalt wird durch den Kanton Luzern für die Gebietseinheit Pilatus (LU, OW, NW, ZG) im Auftrag des Bundes und in Zusammenarbeit mit den genannten Kantonen vorgenommen.						
61 Kantonsstrassen Das Bauprogramm 2007 - 2010 wurde in der Botschaft 153 durch den Grossen Rat verabschiedet. In den nächsten Jahren werden je nach verfügbaren finanziellen Mitteln die Vorhaben aus dem Topf A geplant und/oder realisiert. Im Zentrum steht dabei der Autobahnzubringer Rontal.						
65 Regionalverkehr Die 2. Etappe der S-Bahn Luzern wird Ende 2007 abgeschlossen sein. Die dritte Etappe zielt darauf ab, die Mobilität in Zukunft umweltgerecht und nachhaltig zu gewährleisten. Dazu sind weitere Infrastrukturmassnahmen notwendig. Schwerpunkte dabei bilden Massnahmen zugunsten eines weiteren Ausbaus der S-Bahn Luzern und des Agglomerationsverkehrs auf der Grundlage des Agglomerationsprogramms und im Rahmen der Angebotsplanung S-Bahn Luzern sowie der Einsatz von neuem Rollmaterial. Diese Projekte sollen schrittweise bis 2020 verwirklicht werden. Die NFA 08 bewirkt, dass sich der Anteil des Kantons Luzern an die Beiträge für Transportleistungen auf 56% (bisher 35%) erhöht, beim Agglomerationsverkehr erhöht sich der Anteil des Kantons aufgrund der Finanzreform 08 von 20% auf 50%. Offen sind zur Zeit die Auswirkungen der Bahnreform eins und zwei im Zusammenhang mit der Finanzierung von Infrastrukturvorhaben der Privatbahnen.						
Indikatoren und Kenngrössen		2008	2009	2010	2011	2012
61 Kantonsstrassen						
Kantonsstrassen, Investitionen netto (in Mio. Fr., inkl. Tieflegung Zentralbahn, Anteil Strasse)		62.3	63.5	65.0	67.5	70.5
Saldo Strassenrechnung, Erhöhung der Schuld (in Mio. Fr.)		5.0	5.0	4.9	5.0	4.9
65 Regionalverkehr						
Modalsplit, Verhältnis MIV / öV auf ausgewählten Achsen der Agglomeration Luzern		>28%	>28%	>30%	>30%	>30%
ÖV-Investitionen brutto (in Mio. Fr.), inkl. Ausbau Zentralbahn (Anteil öV)		10.8	11.3	14.6	16.5	15.0
Finanzielle Veränderungen gegenüber dem IFAP 2007-2011						
Laufende Rechnung		2008	2009	2010	2011	2012
- Aufwand						
IFAP 2007-2011		125.1	124.5	126.2	126.7	
IFAP 2008-2012		148.4	153.9	155.1	157.1	158.9
Veränderung		-23.3	-29.4	-28.9	-30.4	
- Ertrag						
IFAP 2007-2011		143.6	143.4	144.9	146.2	
IFAP 2008-2012		165.3	169.7	171.3	173.6	175.7
Veränderung		-21.7	-26.3	-26.4	-27.4	

**Begründung:**

- Wir hatten im IFAP 2007-2011 für 2008 im Aufgabenbereich „60 Nationalstrassen“ einen Aufwand von 2,3 und einen Ertrag von 5,7 Millionen Franken vorgesehen. Ab 2009 waren im IFAP 2007-2011 keine Mittel mehr eingestellt. Durch die neue Gebietseinheit Pilatus der Dienststelle vif erhöhen sich Aufwand und Ertrag für 2008 auf 20,2 Millionen Franken und steigen bis 2011 auf je 20,9 Millionen Franken.
- Der Aufwand für die Kantonsstrassen steigt gegenüber dem IFAP 2007-2011 um 2,7 (2008), 5,6 (2009) und je 4,3 (2010 und 2011) Millionen Franken.
- Der Ertrag für die Kantonsstrassen steigt gegenüber dem IFAP 2007-2011 um 7,8 (2008), 5,2 (2009), 4,9 (2010) und 5,1 (2011) Millionen Franken.
- Der Aufwand für den Regionalverkehr liegt um 3 (2009), 3,8 (2010) und 5,1 (2011) Millionen Franken über dem IFAP 2007-2011. Durch die 50-prozentige Beteiligung der Gemeinden am öffentlichen Regionalverkehr resultiert gegenüber dem IFAP 2007-2011 auch ein Mehrertrag.

<b>Investitionsrechnung</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
- Ausgaben					
IFAP 2007-2011	87.1	93.8	101.6	104.1	
IFAP 2008-2012	98.9	100.4	127.6	133.0	130.4
Veränderung	-11.8	-6.6	-26.0	-28.9	
- Einnahmen					
IFAP 2007-2011	26.0	30.2	37.9	38.8	
IFAP 2008-2012	29.9	25.5	49.1	52.7	51.7
Veränderung	-3.9	4.7	-11.2	-13.9	

**Begründung:**

- Durch die veränderte Vorgabe zur Strassenrechnung und durch die ab 2010 stark steigenden Gesamtinvestitionen für die Zentralbahn erhöhen sich die Investitionen für den Hauptaufgabenbereich „6 Verkehr“ gegenüber dem IFAP 2007-2011 erheblich.
- Wir hatten im IFAP 2007-2011 für 2008 eine Nettoinvestition an die Nationalstrassen für 2008 von 2 Millionen Franken vorgesehen. Im Budget 2008 folgt eine Bruttoverbuchung mit Ausgaben von 12,9 und Einnahmen von 10,9 Millionen Franken.

<b>Staatsbeiträge gesamt</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
- Aufwand/Ausgaben					
IFAP 2007-2011	87.5	94.0	99.6	101.4	
IFAP 2008-2012	84.6	89.5	93.7	97.0	96.3
Veränderung	2.9	4.5	5.9	4.4	
- Ertrag/Einnahmen					
IFAP 2007-2011	69.9	73.8	81.0	81.9	
IFAP 2008-2012	73.5	71.3	95.3	99.6	99.1
Veränderung	-3.6	2.5	-14.3	-17.7	

**Begründung:**

- Infolge höherer Aufwendungen für den öffentlichen Regionalverkehr liegen die Staatsbeiträge der Laufenden Rechnung ab 2009 über den Werten des IFAP 2007-2011.
- Gegenüber dem IFAP 2007-2011 wird ein geringerer Anteil der Tieferlegung Zentralbahn durch den öffentlichen Verkehr (Staatsbeiträge) und ein höherer Anteil durch die Kantonsstrassen (eigene Investitionen) getragen. Dadurch reduzieren sich die Investitionsbeiträge gegenüber dem IFAP 2007-2011 um 2,2 (2008), 6,5 (2009), 8,7 (2010) und 8,5 (2011) Millionen Franken.
- Infolge höherer Aufwendungen für den öffentlichen Regionalverkehr erhöhen sich ab 2009 auch die Gemeindebeiträge.
- Infolge Bruttoverbuchung der Investitionen 2008 für die Nationalstrassen liegen die Investitionsbeiträge 2008 um 3,6 Millionen Franken über dem IFAP 2007-2011. Aufgrund der stark steigenden Beiträge für die Zentralbahn liegen die höheren Investitionsbeiträge für 2010 um 11,2 und für 2011 um 13,9 Millionen Franken über der Planung des Vorjahrs.

Vorhaben und Projekte											Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2009-2012 in Mio. Franken	Investitionskosten 2009-2012 in Mio. Franken
Beschlossene / einberechnete Vorhaben													
6.1.1/08		Höhere Beiträge an Zweckverband ÖVL									2008-2012	3	21,6
6.1.2/08		Tieferer Beitrag an Tarifverbund									2008-2012	-1,2	
6.1.3/08		Höhere Beiträge an öffentlichen Regionalverkehr (Brutto, davon 50 Prozent zu Lasten der Gemeinden)									2008-2012	21,2	
6.1.4/08		Höhere Nettoinvestitionsbeiträge im Öffentlichen Verkehr (inkl. ÖV-Beitrag an Ausbau Zentralbahn)									2008 2009 2010 2011 2012		
		Bruttoinvestitionen											
		Beiträge Dritter											
		Nettoinvestitionen Kanton											
		Mehrkosten zu Budget 2008											
			10,8	11,3	14,7	16,5	15,0						
			8,5	4,6	5,7	8,2	8,2						
			2,3	6,7	9,0	8,3	6,8						
				4,4	6,7	6,0	4,5						
Veränderungen bei den Aufwendungen zu Lasten der Strassenrechnung und die geplanten Strassenvorhaben werden im Kapitel IX. separat dargestellt.													
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)													
Keine													
Gesetzesänderungen													
Keine													

(in Mio. Franken)

<b>Laufende Rechnung</b>	<b>R2006</b>	<b>B2007</b>	<b>B2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>%</b>
Aufwand	108.9	110.9	148.4	153.9	155.1	157.1	158.9	7.1
Ertrag	145.8	149.2	165.3	169.7	171.3	173.6	175.7	6.3
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>-36.9</b>	<b>-38.3</b>	<b>-16.9</b>	<b>-15.8</b>	<b>-16.2</b>	<b>-16.5</b>	<b>-16.8</b>	
<b>60 Nationalstrassen</b>								
Aufwand	41.6	35.9	20.2	20.5	20.7	20.9	21.2	
Ertrag	77.8	78.4	20.2	20.5	20.7	21.0	21.2	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>-36.2</b>	<b>-42.5</b>	<b>-0.0</b>	<b>-0.0</b>	<b>-0.0</b>	<b>-0.1</b>	<b>-0.0</b>	
<b>61 Kantonsstrassen</b>								
Aufwand	29.2	23.0	48.7	49.5	49.6	50.0	50.6	
Ertrag	49.8	50.1	116.2	118.2	119.3	120.7	122.4	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>-20.2</b>	<b>-27.2</b>	<b>-67.4</b>	<b>-68.7</b>	<b>-69.7</b>	<b>-70.7</b>	<b>-71.8</b>	
<b>62 Gemeindestrassen</b>								
Aufwand	0.0	8.3	8.4	8.6	8.7	8.8	8.9	
Ertrag	0.0	-	-	-	-	-	-	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>0.0</b>	<b>8.3</b>	<b>8.4</b>	<b>8.6</b>	<b>8.7</b>	<b>8.8</b>	<b>8.9</b>	
<b>65 Regionalverkehr</b>								
Aufwand	37.7	43.8	71.0	75.3	76.1	77.4	78.1	
Ertrag	18.2	20.7	28.9	31.0	31.3	31.9	32.2	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>19.5</b>	<b>23.0</b>	<b>42.1</b>	<b>44.3</b>	<b>44.8</b>	<b>45.5</b>	<b>46.0</b>	
<b>Investitionsrechnung</b>	<b>R2006</b>	<b>B2007</b>	<b>B2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>%</b>
Ausgaben	133.2	135.4	98.9	100.4	127.6	133.0	130.4	31.8
Einnahmen	70.9	70.7	29.9	25.5	49.1	52.7	51.7	72.7
<b>Ausgaben-/Einnahmenüberschuss</b>	<b>62.3</b>	<b>64.7</b>	<b>69.0</b>	<b>74.9</b>	<b>78.6</b>	<b>80.2</b>	<b>78.7</b>	
<b>Staatsbeiträge</b>	<b>R2006</b>	<b>B2007</b>	<b>B2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>%</b>
<b><i>Laufende Rechnung</i></b>								
Aufwand	41.6	47.4	73.8	78.2	79.1	80.5	81.3	10.2
Ertrag	45.1	47.0	43.6	45.8	46.2	46.9	47.4	8.7
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>-3.5</b>	<b>0.4</b>	<b>30.3</b>	<b>32.4</b>	<b>32.9</b>	<b>33.5</b>	<b>34.0</b>	
<b><i>Investitionsrechnung</i></b>								
Ausgaben	9.7	11.5	10.8	11.3	14.6	16.5	15.0	39.5
Einnahmen	70.9	70.7	29.9	25.5	49.1	52.7	51.7	72.7
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>-61.2</b>	<b>-59.2</b>	<b>-19.2</b>	<b>-14.2</b>	<b>-34.4</b>	<b>-36.2</b>	<b>-36.7</b>	

**Grundauftrag, Legislaturprogramm und Generelle Entwicklung**
**Grundauftrag**
**75 Gewässerverbauungen**

- Verantwortlich für Schutz von Menschen, Tieren und Sachwerten vor Hochwassergefahren
- Durchführung von Bewilligungsverfahren nach dem Wasserbaugesetz und der damit verbundenen Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben

**77 Natur- und Landschaftsschutz**

- Erhaltung und ökologische Aufwertung der Natur und Landschaft sowie der Lebensräume für Menschen, standorttypische Pflanzen und Tiere
- Erhalten und Fördern der Biodiversität durch optimalen Schutz, aktive Pflege und zielgerichtete Aufwertung naturnaher Lebensräume
- Erneuerung von Natur- und Landschaftsschutzverträgen mit Landwirten

**78 Übriger Umweltschutz**

- Beobachtung der Umwelt und Überprüfung umweltrelevanter Anlagen und Projekte
- Beratung Dritter in umweltrelevanten Fragen
- Erteilung von umweltrechtlichen Spezial- und Betriebsbewilligungen und partnerschaftliche Vereinbarungen

**79 Raumordnung**

- Interessenausgleich in allen Teilbereichen der kantonalen, regionalen und kommunalen Raumordnungspolitik (Wirtschaftspolitik, Siedlungspolitik, Verkehrspolitik etc.)
- Erarbeitung und Koordination der raumwirksamen Führungsinstrumente für den Grossen Rat und den Regierungsrat
- Vollzug der gesetzlichen Bestimmungen im Bereich Raumordnung, Gewässer und Strassen
- Unterstützung der kommunalen Bewilligungsbehörden und privaten Bauherren bei der Verfahrenskoordination

**Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen**

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement
75 Gewässerverbauungen	Wasserbau	Verkehr und Infrastruktur (vif)	BUWD
77 Naturschutz	Umwelt und Energie, Teil Naturschutz	Umwelt und Energie (uwe)	BUWD
78 Übriger Umweltschutz	Umwelt und Energie, Teil übriger Umweltschutz	Umwelt und Energie (uwe)	BUWD
79 Raumordnung	Teil der Leistungsgruppe Raumordnung und Wirtschaftsentwicklung	Raumentwicklung, Wirtschaftsförderung und Geoinformation (rawi)	BUWD

**Legislaturprogramm 2003-2007**

Durch den Aufbau des Legislaturprogramms 2003-2007 ist eine Integration in diesen Grundauftrag noch nicht möglich. Wir werden im nächsten Legislaturprogramm die Durchgängigkeit der Planungsinstrumente sicherstellen.

**Generelle Entwicklung**
**75 Gewässerverbauungen**

Der Schwerpunkt liegt in der Behebung der Schäden aus dem Unwetter 2005 sowie in der Prävention zur Verhinderung ähnlicher Schäden in der Zukunft. Im Vordergrund steht der Hochwasserschutz an der kleinen Emme und an der Reuss (Planungsbericht B136). Dafür wurde ein Sonderkredit von CHF 15 Mio. genehmigt (Botschaft B138). Grössere Projekte wie Laui Sörenberg (Schutz des Siedlungsgebietes vor Murgängen), Ausbau der Enziwiger in Willisau, die Regulierung des Vierwaldstättersees (Reusswehr) sowie Schutzbauten an den Righängen in Weggis und Vitznau kommen zur Ausführung. Daneben müssen zahlreiche Projekte an verschiedenen Gewässern auf dem ganzen Kantonsgebiet zum Schutz vor Hochwasser realisiert werden.

**77 Natur- und Landschaftsschutz**

Erhaltung und ökologische Aufwertung der Natur und Landschaft sowie der Lebensräume für Menschen, standorttypische Pflanzen und Tiere.

- Beobachtung der Natur und Landschaft und Überprüfung relevanter Anlagen und Projekte
- Beratung Dritter in naturschutzrelevanten Fragen
- Erteilung von naturschutzrechtlichen Spezial- und Betriebsbewilligungen und partnerschaftliche Vereinbarungen.

**78 Übriger Umweltschutz**

Erhaltung und ökologische Aufwertung der Umwelt sowie der Lebensräume für Menschen, standorttypische Pflanzen und Tiere.

- Beobachtung der Umwelt und Überprüfung umweltrelevanter Anlagen und Projekte
- Beratung Dritter in umweltrelevanten Fragen
- Erteilung von umweltrechtlichen Spezial- und Betriebsbewilligungen und partnerschaftliche Vereinbarungen.

**79 Raumordnung**

Auf der Grundlage der Ergebnisse des Richtplan-Controllingsberichts wird der kantonale Richtplan in den Jahren 2007 bis 2008 überarbeitet. Dabei ist insbesondere eine Strategie im ländlichen Raum gemäss den Zielsetzungen der neuen Regionalpolitik (NRP) zu entwickeln. Mit dem Bund werden 2007ff die Programmmodalitäten für die Umsetzung des Aggloprogramms vereinbart.

Indikatoren und Kenngrössen	2008	2009	2010	2011	2012
<b>75 Gewässerverbauungen</b>					
Investitionen (brutto) in den Wasserbau (in Mio. Fr.)	22.8	26.6	24.6	20.0	14.2
<b>77 Natur- und Landschaftsschutz</b>					
Beiträge Pflegeverträge Natur- und Landschaftsschutz (in Mio. Fr.)	4.6	4.8	5	5.2	5.3
<b>78 Übriger Umweltschutz</b>					
Veränderung Phosphorgehalt Baldeggersee (Ziel: 30 mg/m3)	41	39	37	35	33
Anteil Gemeinden mit Rückstellungen für Abwasserentsorgung in Prozenten	60	80	90	95	100
Anzahl Tage mit Feinstaubbelastung über Grenzwert (Ziel: 1)	15	10	5	1	1
<b>79 Raumordnung</b>					
Anzahl Bauprüfungen	cirka 4'000	4'000	4'000	4'000	4'000
Durchlaufzeiten für Baugesuche gemäss den gesetzlichen Vorgaben in Prozenten	80	80	80	80	80

<b>Finanzielle Veränderungen gegenüber dem IFAP 2007-2011</b>					
<b>Laufende Rechnung</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
- Aufwand					
IFAP 2007-2011	37.6	38.1	38.4	38.8	
IFAP 2008-2012	38.4	38.7	39.4	39.8	39.9
Veränderung	-0.5	-0.6	-1.0	-1.0	
- Ertrag					
IFAP 2007-2011	9.1	9.3	9.4	9.7	
IFAP 2008-2012	9.2	9.4	9.5	9.8	9.9
Veränderung	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	
Begründung: - Geringer Aufwand in den Bereichen Gewässerverbauungen und Raumordnung gegenüber dem IFAP 2007-2011.					
<b>Investitionsrechnung</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
- Ausgaben					
IFAP 2007-2011	40.7	39.4	38.2	33.3	
IFAP 2008-2012	33.8	37.3	38.3	34.9	30.1
Veränderung	6.9	2.1	-0.1	-1.6	
- Einnahmen					
IFAP 2007-2011	35.5	33.9	28.3	23.4	
IFAP 2008-2012	29.8	32.0	27.9	24.4	19.6
Veränderung	5.7	1.9	0.4	-1.0	
Begründung: - Im IFAP 2007-2011 waren wir in allen Planjahren von höheren durchlaufenden Beiträgen des Bundes ausgegangen. - Die Bruttoinvestitionen in den Wasserbau liegen 2008 um 2,6 Millionen Franken unter der Planung gemäss IFAP 2007-2011. In den übrigen Planjahren ergeben sich höhere Bruttoinvestitionen von 2,5 (2009), 5 (2010) und 6,5 (2011) Millionen Franken im Vergleich zur Vorjahresplanung. Durch die höheren Bruttoinvestitionen steigen auch die Einnahmen der Investitionsrechnung im Vergleich zum IFAP 2007-2011.					
<b>Staatsbeiträge gesamt</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
- Aufwand/Ausgaben					
IFAP 2007-2011	7.4	7.7	12.0	12.2	
IFAP 2008-2012	8.5	8.7	8.9	9.1	9.2
Veränderung	-1.1	-1.0	3.1	3.1	
- Ertrag/Einnahmen					
IFAP 2007-2011	24.3	22.8	17.3	12.7	
IFAP 2008-2012	25.1	27.5	23.4	20.2	15.5
Veränderung	-0.8	-5.0	-6.1	-7.5	
Begründung: - Im Rahmen der neuen Regionalpolitik (NRP) sind ab 2008 jährliche Investitionsbeiträge von 1,1 Millionen Franken vorgesehen. Im IFAP 2007-2011 waren diese noch als Darlehen geplant. - Wir hatten im IFAP 2007-2011 die Beiträge an Abwasseranlagen der Gemeinden von 4 Millionen Franken jährlich ab 2010 als Staatsbeitrag eingeplant. Neu sind sie in den übrigen Sachgütern enthalten. - Die höheren Investitionen in den Wasserbau führen ab 2009 zu höheren eingehenden Investitionsbeiträgen als sie im IFAP 2007-2011 vorgesehen waren.					

<b>Vorhaben und Projekte</b>			
	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2009-2012 in Mio. Franken	Investitionskosten 2009-2012 in Mio. Franken
<b>Beschlossene / einberechnete Vorhaben</b>			
7.1.1/08 Höhere Beiträge für Pflege und Unterhalt gemäss Natur- und Heimatschutzgesetz (Brutto, davon 65 Prozent durch Bundes- und Gemeindebeiträge finanziert)	2009-2012	2,1	
7.1.2/08 Wiederaufnahme der Kantonsbeiträge im Bereich Abfall- und Abwasseranlagen (Subventionsbereinigung)	2010-2012		12
7.1.3/08 Höhere Beiträge an Altlastensanierungen Betriebsstandorte und Schiessanlagen	2009-2012		0,7
7.1.4/08 Höhere Nettoinvestitionen in den Wasserbau (Hochwasserschutz)	2009-2012		3,3
<b>Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)</b>			
7.2.1/08 Förderprogramm Erneuerbare Energie (Bruttoaufwand, davon 1/3 Bundesanteil vorgesehen)	2009-2012	3,5	
<b>Gesetzesänderungen</b>			
Keine			



(in Mio. Franken)

<b>Laufende Rechnung</b>	<b>R2006</b>	<b>B2007</b>	<b>B2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>%</b>
Aufwand	34.0	37.0	38.1	38.7	39.4	39.8	39.9	4.9
Ertrag	8.6	8.8	9.2	9.4	9.5	9.8	9.9	7.3
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>25.4</b>	<b>28.2</b>	<b>28.9</b>	<b>29.3</b>	<b>29.9</b>	<b>30.1</b>	<b>30.1</b>	
<b>75 Gewässerverbauungen</b>								
Aufwand	4.0	4.5	4.7	4.7	4.7	4.7	4.7	
Ertrag	0.4	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>3.6</b>	<b>4.0</b>	<b>4.2</b>	<b>4.2</b>	<b>4.2</b>	<b>4.2</b>	<b>4.2</b>	
<b>77 Naturschutz</b>								
Aufwand	0.0	24.1	7.0	7.1	7.5	7.7	7.8	
Ertrag	0.0	6.2	3.9	4.1	4.2	4.4	4.4	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>0.0</b>	<b>18.0</b>	<b>3.1</b>	<b>3.1</b>	<b>3.3</b>	<b>3.3</b>	<b>3.4</b>	
<b>78 Übriger Umweltschutz</b>								
Aufwand	25.6	4.0	21.8	21.9	22.1	22.3	22.2	
Ertrag	6.5	0.8	3.2	3.2	3.3	3.3	3.3	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>19.1</b>	<b>3.2</b>	<b>18.5</b>	<b>18.7</b>	<b>18.8</b>	<b>19.0</b>	<b>18.9</b>	
<b>79 Raumordnung</b>								
Aufwand	4.4	4.4	4.6	4.9	5.1	5.2	5.2	
Ertrag	1.7	1.4	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>2.7</b>	<b>3.0</b>	<b>3.0</b>	<b>3.3</b>	<b>3.5</b>	<b>3.5</b>	<b>3.6</b>	
<b>Investitionsrechnung</b>	<b>R2006</b>	<b>B2007</b>	<b>B2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>%</b>
Ausgaben	20.0	42.9	33.8	37.3	38.3	34.9	30.1	-11.1
Einnahmen	14.6	38.2	29.8	32.0	27.9	24.4	19.6	-34.1
<b>Ausgaben-/Einnahmenüberschuss</b>	<b>5.4</b>	<b>4.7</b>	<b>4.1</b>	<b>5.3</b>	<b>10.5</b>	<b>10.5</b>	<b>10.4</b>	
<b>Staatsbeiträge</b>	<b>R2006</b>	<b>B2007</b>	<b>B2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>%</b>
<b><i>Laufende Rechnung</i></b>								
Aufwand	4.4	6.6	7.4	7.6	7.8	8.0	8.1	10.2
Ertrag	4.0	4.5	4.5	4.6	4.7	4.9	5.0	11.1
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>0.4</b>	<b>2.0</b>	<b>2.9</b>	<b>2.9</b>	<b>3.1</b>	<b>3.1</b>	<b>3.1</b>	
<b><i>Investitionsrechnung</i></b>								
Ausgaben	0.3	-	1.1	1.1	1.1	1.1	1.1	0.0
Einnahmen	4.4	22.2	20.6	22.9	18.7	15.3	10.5	-49.1
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>-4.1</b>	<b>-22.2</b>	<b>-19.5</b>	<b>-21.8</b>	<b>-17.6</b>	<b>-14.2</b>	<b>-9.4</b>	

**8 Volkswirtschaft**

IFAP 2008-2012

**Grundauftrag und Veränderungen****Grundauftrag, Legislaturprogramm und Generelle Entwicklung****Grundauftrag****80 Landwirtschaft**

- Vollzug der Agrargesetzgebung.
- Förderung der Landwirtschaftsbetriebe zur Verbesserung der Rahmenbedingungen.
- Förderung der nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raumes.
- Erhaltung der landwirtschaftlichen Nutzfläche und von artenreichen, naturnahen ländlichen Räumen.

**81 Forstwirtschaft**

- Vollzug der Waldgesetzgebung.
- Förderung der Forstwirtschaftsbetriebe zur Verbesserung der Rahmenbedingungen.

**82 Jagd und Fischerei**

- Vollzug der Jagd- und Fischereigesetzgebung.
- Sicherstellung der nachhaltigen Nutzung des staatlichen Fischerei- und Jagdregals.

**84 Industrie, Gewerbe und Handel**

- Stärkung der Leistungsfähigkeit der Luzerner Wirtschaft durch Wachstum und verbesserte Wettbewerbsfähigkeit.
- Überwachung der Unfallverhütung und der Gesundheitsvorsorge in den Betrieben (Vollzug ArG und UVG).
- Vollzug der flankierenden Massnahmen zum Schutz von missbräuchlichen Arbeits- und Lohnbedingungen im Bereich des freien Personenverkehrs zwischen der Schweiz und der EU (Vollzug Entsendegesetz).
- Vollzug des Bundesgesetzes Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit (Vollzug BGSA).

**Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen**

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement
80 Landwirtschaft	Landwirtschaft	Landwirtschaft und Wald (lawa)	BUWD
	Landwirtschaftliche Kreditkasse	Landwirtschaftliche Kreditkasse	BUWD
	Veterinärdienst	Veterinärdienst	GSD
81 Forstwirtschaft	Wald	Landwirtschaft und Wald (lawa)	BUWD
82 Jagd und Fischerei	Fischerei und Jagd	Landwirtschaft und Wald (lawa)	BUWD
84 Industrie, Gewerbe und Handel	Teil der Leistungsgruppe Raumordnung und Wirtschaftsentwicklung (ab 2008 inkl. Gastgewerbe und Gewerbe Polizei)	Raumentwicklung, Wirtschaftsförderung und Geoinformation (rawi)	BUWD
	Industrie- und Gewerbeaufsicht	Wirtschaft und Arbeit (wira)	GSD

**Legislaturprogramm 2003-2007**

Durch den Aufbau des Legislaturprogramms 2003-2007 ist eine Integration in diesen Grundauftrag noch nicht möglich. Wir werden im nächsten Legislaturprogramm die Durchgängigkeit der Planungsinstrumente sicherstellen.

**Generelle Entwicklung****80 Landwirtschaft / 81 Forstwirtschaft**

Einführung der neuen Agrar-Politik AP2011 ab 2007. Erweiterung der Vertragsflächen für die Seesanierungen auf 3/4 der landwirtschaftlichen Nutzflächen in den Seeeinzugsgebieten. Förderung der Reduktion der Ammoniakemissionen mit Bundes- und Kantonsbeiträgen (Ressourcenprogramm AP2011). Die übrigen mehrjährigen Vorhaben, insbesondere Güterstrassen, Meliorationen, Wiederbewaldung, Holzpromotion, Waldstrassen, Waldreservate, Waldbau, Schutzwaldpflege, bleiben unverändert. Es entstehen neue Regionale Organisationen für die Bewirtschaftung der Luzerner Wälder. Die organisierte Fläche wird grösser sein als ursprünglich angenommen. Es sind etwas grössere Strukturaufbaubeiträge (Bund und Kanton), grössere Flächenbeiträge (Kanton) und geringere lawa-Personalkosten als geplant zu erwarten. Die Vorhaben zum Schutz der Naturgefahren nehmen tendenziell zu.

**84 Industrie, Gewerbe und Handel**

Auswertungen über die Auswirkungen des freien Personenverkehrs haben keine gravierenden Verstösse ergeben. Die befürchteten negativen Auswirkungen auf die CH-Löhne und -Arbeitsbedingungen sind bisher ausgeblieben. Die Einführung des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit erfolgt auf 1.1.2008. Der Kanton hat die für den Vollzug notwendige Infrastruktur aufzubauen.

Indikatoren und Kenngrössen	2008	2009	2010	2011	2012
<b>80 Landwirtschaft</b> Direktzahlungen: Schriftliche Einsprachen in Prozenten der beitragsberechtigten Betrieben Vertragsflächen für die Seesanierungen in Prozenten	1.9 77	1.8 78	1.7 79	1.6 80	1.5 80
<b>81 Forstwirtschaft</b> Genutzte Holzmenge im Staatswald in m <sup>3</sup> Anzahl Regionale Organisationen für die Waldbewirtschaftung	16'000 11	16'000 13	16'000 13	16'000 13	16000 13
<b>82 Fischerei und Jagd</b> Nettokostendeckungsgrad der Leistungsgruppe Fischerei und Jagd in Prozenten	100	100	100	100	100

**Finanzielle Veränderungen gegenüber dem IFAP 2007-2011**

Laufende Rechnung	2008	2009	2010	2011	2012
- Aufwand					
IFAP 2007-2011	253.0	253.0	253.1	253.2	
IFAP 2008-2012	250.0	248.8	248.9	249.6	250.3
Veränderung	3.0	4.2	4.2	3.6	
- Ertrag					
IFAP 2007-2011	220.6	220.7	220.9	221.0	
IFAP 2008-2012	222.9	221.0	221.1	221.2	221.4
Veränderung	-2.3	-0.3	-0.2	-0.2	

Begründung: - Die Direktzahlungen in der Landwirtschaft (durchlaufende Beiträge) sind für alle Jahre um 4,8 Millionen Franken tiefer als im IFAP 2007-2011 geplant. - Die Kantonalisierung der Fleischkontrolle und die gestiegenen Sachkosten werden durch höhere Entgelte und eine höhere Entnahme der Tierseuchenkasse ausgeglichen. Für 2008 liegen Aufwand und Ertrag je 3 Millionen Franken über dem IFAP 2007-2011. Ab 2009 sind die Abweichungen zum IFAP 2007-2011 geringer. - Für Familienzulagen waren im IFAP 2007-2011 4,1 Millionen Franken im Aufgabenbereich „80 Landwirtschaft“ enthalten. Neu ist der Betrag im Aufgabenbereich „02 Allgemeine Verwaltung“ enthalten. - Durch den Übertrag der Abteilung Gastgewerbe und Gewerbepolizei erfolgt auch eine Verschiebung vom Aufgabenbereich „11 Polizei“ auf „84 Industrie, Gewerbe und Handel“. Der Aufwand im Aufgabenbereich 84 steigt für 2008 gegenüber dem IFAP 2007-2011 um 1,9 und der Ertrag um 4,3 Millionen Franken.					
<b>Investitionsrechnung</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
- Ausgaben					
IFAP 2007-2011	16.8	16.8	16.3	16.3	
IFAP 2008-2012	16.2	17.4	17.1	17.4	17.6
Veränderung	0.6	-0.6	-0.8	-1.1	
- Einnahmen					
IFAP 2007-2011	12.0	11.8	11.6	11.4	
IFAP 2008-2012	11.1	10.9	10.7	10.5	10.3
Veränderung	0.9	0.9	0.9	0.9	
Begründung: - 2008 sind Investitionsausgaben und –einnahmen tiefer als im IFAP 2007-2011 vorgesehen. Ab 2009 gehen wir von steigenden Investitionen für Meliorationen aus (Naturgefahren Weggis usw.).					
<b>Staatsbeiträge gesamt</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
- Aufwand/Ausgaben					
IFAP 2007-2011	19.4	19.2	19.2	19.1	
IFAP 2008-2012	16.8	19.0	18.6	19.2	19.6
Veränderung	2.6	0.2	0.6	-0.1	
- Ertrag/Einnahmen					
IFAP 2007-2011	3.1	3.2	3.2	3.2	
IFAP 2008-2012	2.8	2.0	2.0	2.0	2.0
Veränderung	0.3	1.2	1.2	1.2	
Begründung: - Für Familienzulagen waren im IFAP 2007-2011 4,1 Millionen Franken im Aufgabenbereich „80 Landwirtschaft“ enthalten. Neu ist der Betrag im Aufgabenbereich „02 Allgemeine Verwaltung“ enthalten. - Die steigenden Meliorationsbeiträge führen zu höheren ausgehenden Staatsbeiträgen als im IFAP 2007-2011 angenommen. - Von den Aufwendungen der übernommenen Abteilung Gastgewerbe und Gewerbepolizei entfallen 1,2 Millionen Franken auf Staatsbeiträge. - Durch eine neu ab 2009 vorgesehene Senkung des Kantons-, Gemeinde- und Tierhalterbeitrags an die Tierseuchenkasse reduzieren sich die eingehenden Staatsbeiträge gegenüber der bisherigen Planung um 0,8 Millionen Franken.					

<b>Vorhaben und Projekte</b>			
	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2009-2012 in Mio. Franken	Investitionskosten 2009-2012 in Mio. Franken
<b>Beschlossene / einberechnete Vorhaben</b>			
8.1.1/08 Förderprogramm nachhaltige Ressourcennutzung (Ammoniak, gemäss Agrarpolitik 2011)	2009-2012	2,7	
8.1.2/08 Veränderungen im Forstwesen: a) Höhere Beiträge an Private b) Wegfall Lothardekret (Wiederbewaldung) c) Höhere Beiträge an regionale Forstorganisationen	2009-2012 bis 2009 2009-2012	0,6 -1,6 0,5	
8.1.3/08 Behebung Naturgefahren Weggis usw.	2009-2012		4,5
8.1.4/08 Rückläufige Rückzahlungen für kantonale Ökokredite	2009-2012		2
8.1.5/08 Veränderungen im Bereich Tiergesundheit a) Rückläufiger Sachaufwand nach Ausrottung BVD b) Verzicht auf Entnahme aus Tierseuchenkasse c) Minderertrag aus reduziertem Gemeindebeitrag d) Minderertrag aus reduzierten Tierhalterbeiträgen	ab 2009 ab 2009 ab 2009 ab 2009	-6,2 4,7 1,4 0,6	
<b>Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)</b>			
Keine			
<b>Gesetzesänderungen</b>			
Keine			

(in Mio. Franken)

<b>Laufende Rechnung</b>	<b>R2006</b>	<b>B2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>%</b>
Aufwand	250.2	253.6	250.0	248.8	248.9	249.6	250.3	0.1
Ertrag	222.1	224.0	222.9	221.0	221.1	221.2	221.4	-0.7
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>28.1</b>	<b>29.6</b>	<b>27.1</b>	<b>27.8</b>	<b>27.8</b>	<b>28.4</b>	<b>28.9</b>	
<b>80 Landwirtschaft</b>								
Aufwand	228.2	231.3	225.5	224.0	224.4	224.8	225.1	
Ertrag	210.4	214.2	210.5	208.5	208.5	208.6	208.6	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>17.8</b>	<b>17.1</b>	<b>15.0</b>	<b>15.5</b>	<b>15.8</b>	<b>16.2</b>	<b>16.5</b>	
<b>81 Forstwirtschaft</b>								
Aufwand	15.8	15.0	15.2	15.5	15.2	15.4	15.6	
Ertrag	8.6	6.9	5.8	5.9	5.9	6.0	6.0	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>7.2</b>	<b>8.1</b>	<b>9.4</b>	<b>9.6</b>	<b>9.3</b>	<b>9.5</b>	<b>9.6</b>	
<b>82 Jagd und Fischerei</b>								
Aufwand	1.1	1.1	1.1	1.2	1.2	1.2	1.2	
Ertrag	1.1	1.1	1.1	1.1	1.1	1.1	1.1	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>0.0</b>	<b>0.1</b>	<b>0.1</b>	<b>0.1</b>	<b>0.1</b>	<b>0.1</b>	<b>0.1</b>	
<b>84 Industrie, Gewerbe und Handel</b>								
Aufwand	5.1	6.1	8.1	8.2	8.2	8.3	8.3	
Ertrag	1.3	1.2	5.5	5.5	5.6	5.6	5.7	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>3.8</b>	<b>4.9</b>	<b>2.6</b>	<b>2.6</b>	<b>2.6</b>	<b>2.6</b>	<b>2.7</b>	
<b>87 Sonstige gewerbliche Betriebe</b>								
Aufwand	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Ertrag	0.7	0.6	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>-0.7</b>	<b>-0.6</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	
<b>Investitionsrechnung</b>	<b>R2006</b>	<b>B2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>%</b>
Ausgaben	29.6	17.1	16.2	17.4	17.1	17.4	17.6	8.9
Einnahmen	25.7	12.1	11.1	10.9	10.7	10.5	10.3	-7.2
<b>Ausgaben-/Einnahmenüberschuss</b>	<b>3.9</b>	<b>5.0</b>	<b>5.0</b>	<b>6.4</b>	<b>6.4</b>	<b>6.9</b>	<b>7.3</b>	
<b>Staatsbeiträge</b>	<b>R2006</b>	<b>B2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>%</b>
<i><b>Laufende Rechnung</b></i>								
Aufwand	13.5	12.8	9.4	9.6	9.4	9.7	9.9	4.8
Ertrag	5.3	5.0	2.8	2.0	2.0	2.0	2.0	-30.8
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>8.1</b>	<b>7.8</b>	<b>6.6</b>	<b>7.6</b>	<b>7.4</b>	<b>7.7</b>	<b>7.9</b>	
<i><b>Investitionsrechnung</b></i>								
Ausgaben	10.2	7.2	7.4	9.4	9.2	9.5	9.7	30.9
Einnahmen	2.9	0.3	-	-	-	-	-	0
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>7.3</b>	<b>6.9</b>	<b>7.4</b>	<b>9.4</b>	<b>9.2</b>	<b>9.5</b>	<b>9.7</b>	

**Grundauftrag, Legislaturprogramm und Generelle Entwicklung****Grundauftrag**

- 90 Steuern**  
- Vollzug der kantonalen Steuerpolitik und der Steuerabrechnung mit den Gemeinden.
- 92 Finanzausgleich**  
- Vollzug des Finanzausgleichs mit den Gemeinden.
- 93 Einnahmeanteile**  
- Abrechnung mit dem Bund über die Kantonsanteile an Bundessteuereinnahmen.
- 94 Vermögens- und Schuldenverwaltung**  
- Vermögens- und Schuldenverwaltung des Staatshaushaltes. Bewirtschaftung der Liquidität und der Finanzierungskosten.

**Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen**

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement
90 Steuern	Steuererlöse	Steuerverwaltung	FD
92 Finanzausgleich	Departementsführung und Dienstleistungen Departementssekretariat, Teil Finanzausgleich	Departementssekretariat FD	FD
	Sonderbereiche, Ausgleichszahlungen der NFA des Bundes	Dienststelle Finanzen	FD
	Sonderbeiträge Finanzausgleich	Amt für Gemeinden	JSD
93 Einnahmenanteil	Steuererlöse, Teil Kantonsanteil an direkter Bundessteuer, Verrechnungssteuer und LSVA	Steuerverwaltung	FD
	Sonderbereiche, Anteil am Reingewinn Nationalbank	Dienststelle Finanzen	
94 Vermögens- und Schuldenverwaltung	Zinsen und Disagio	Dienststelle Finanzen	FD
	Sonderbereiche, Ertrag von Wertschriften und von Banken	Dienststelle Finanzen	FD
	Vergütungs- und Verzugszinsen	Steuerverwaltung	FD
99 Nicht aufgeteilte Positionen	Nicht zuteilbare Abschreibungen	Dienststelle Finanzen	FD

**Legislaturprogramm 2003-2007**

Durch den Aufbau des Legislaturprogramms 2003-2007 ist eine Integration in diesen Grundauftrag noch nicht möglich. Wir werden im nächsten Legislaturprogramm die Durchgängigkeit der Planungsinstrumente sicherstellen.

**Generelle Entwicklung**

- 90 Steuern**  
- 2007: Wegfall der nachträglichen Vermögenssteuern  
- 2008: Korrektur Tarif für Einkommen inkl. Ausgleich kalte Progression, Anpassung Kinder- und Fremdbetreuungsabzüge  
- 2009: Korrektur Tarif für Vermögen  
- 2010: Korrektur Tarif für Gewinn und Kapital  
- Mit Einführung der neuen Aufgabenteilung Kanton-Gemeinden per 2008 werden folgenden Nebensteuererträge neu hälftig geteilt: Personalsteuern (alt Staat/Gemeinden 3:2), Liegenschaftssteuern (alt 2:3), Grundstückgewinnsteuern (alt 2:7), Handänderungssteuern (alt 2:1), Erbschaftssteuern (alt 2:1)  
- 2011/2012 weitere Entlastungen Familien, allg. Tarifkorrekturen und Korrekturen/Anpassungen Unternehmenssteuern
- 92 Finanzausgleich**  
- Umsetzung Wirkungsbericht 2005 durch die erste Teilrevision des Finanzausgleichsgesetzes und der Steuergesetzrevision 2008  
- Ab 2008 tritt die neue Finanz- und Aufgabenteilung des Bundes (NFA) in Kraft. Der Kanton Luzern wird Gelder aus dem Ressourcenausgleich, dem geografischen Lastenausgleich und dem Härteausgleich erhalten.  
- Der Kanton Luzern wird einen Beitrag in den NFA-Ausgleichstopf des Härteausgleiches einzahlen müssen.
- 93 Einnahmenanteil**  
- Ab 2008 fällt aufgrund der Einführung NFA der Finanzkraftanteil am Ertrag der SNB, der direkten Bundessteuer und der Verrechnungssteuer weg.
- 94 Vermögens- und Schuldenverwaltung**  
- Leicht steigende Zinssätze  
- Günstigere Refinanzierung von auslaufenden Anleihen und Passivkapital  
- Abbau Schulden durch a.o. Erträge und Buchgewinne (rechnerisch nicht im IFAP 2008-2012 enthalten)

Indikatoren und Kenngrößen	2008	2009	2010	2011	2012
<b>90 Steuern</b>					
Staatssteuerfuss	1.55	1.50	1.50	1.50	1.50
Entlastung Staatssteuern ggb. Vorjahr in Mio. Fr.	82	60	18	0	18
Indexwert der Steuerbelastung der Schweiz	< 115.2	< 115.2	100	100	100
<b>92 Finanzausgleich</b>					
Finanzausgleichszahlungen an Gemeinden netto in Mio. Fr.	118.8	120.2	121.5	121.5	121.5
Ressourcenausgleich NFA Bund in Mio. Fr.	304.3	315.0	326.0	337.4	349.2
Härteausgleich NFA Bund netto in Mio. Fr.	16.6	16.6	16.6	16.6	16.6
Geografisch-topografischer Lastenausgleich NFA Bund in Mio.	6.5	6.6	6.6	6.7	6.8
<b>93 Einnahmenanteil</b>					
Anteile an Bundeseinnahmen (inkl. Nationalbank)	200.5	198.8	204.8	204.8	204.8
<b>94 Vermögen- und Schuldenverwaltung</b>					
Marktgerechte Finanzierungskosten (SWAP Satz + 10 Basispunkte)	< 10 BP	< 10 BP	< 10 BP	< 10 BP	< 10 BP
Nettoschuld pro Kopf	< 3'200	< 3'200	< 3'000	< 3'000	< 3'000

<b>Finanzielle Veränderungen gegenüber dem IFAP 2007-2011</b>					
<b>Laufende Rechnung</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
- Aufwand					
IFAP 2007-2011	281.8	267.7	271.4	276.0	
IFAP 2008-2012	255.7	257.5	261.9	266.5	271.2
Veränderung	26.1	10.2	9.5	9.5	
- Ertrag					
IFAP 2007-2011	1'518.0	1'522.2	1'536.2	1'568.0	
IFAP 2008-2012	1'601.7	1'580.8	1'610.6	1'641.3	1'654.8
Veränderung	-83.7	-58.6	-74.4	-73.3	
Begründung: - Der Aufwand 2008 für den kantonalen Finanzausgleich ist um 5,5 Millionen Franken tiefer als im IFAP 2007-2011 vorgesehen. Da der Fonds für Sonderbeiträge weitergeführt und zudem ein Kohäsionsfonds eingerichtet wird, liegen die Aufwendungen für den kantonalen Finanzausgleich um 9,3 (2009), 9,4 (2010) und 9 (2011) Millionen Franken über der Vorjahresplanung. - Wir verzichten im IFAP 2008-2012 auf zusätzliche Abschreibungen. Ein Teil dieses Minderaufwands wird durch den Überhang der Nettoinvestitionen gegenüber den ordentlichen Abschreibungen reduziert. Gesamthaft vermindert sich der Aufwand gegenüber dem IFAP 2007-2011 im Aufgabenbereich „99 Nicht aufgeteilte Positionen“ um 23,1 (2008), 13,4 (2009), 12 (2010) und 13 (2011) Millionen Franken. - Neu werden Zinszahlungen auf dem Annuitätendarlehen der Luzerner Pensionskasse im Aufgabenbereich „94 Vermögens- und Schuldenverwaltung“ ausgewiesen. Dadurch liegt der Aufwand 2008 um 4 Millionen Franken über dem IFAP 2007-2011. Die vorgesehenen Finanzierungsüberschüsse und eine neue Planungsart des Zinsaufwandes führen zu rückläufigen Zinsaufwendungen. Dadurch reduziert sich der Mehraufwand gegenüber der Vorjahresplanung für 2009 und wird ab 2010 sogar zu einem Minderaufwand. - Wir hatten im IFAP 2007-2011 auf dem geschätzten Ressourcenausgleich auf Basis des Ressourcenindex 2006 ein Schwankungsrisiko von 26 Millionen Franken abgezogen. Dadurch haben wir trotz eines reduzierten Ressourcenausgleichs 2008 gegenüber dem geschätzten Ressourcenausgleich 2006 einen Mehrertrag von 1,3 Millionen Franken im Budget 2008. Der Mehrertrag aus dem Härteausgleich gegenüber dem IFAP 2007-2011 beträgt für 2008 11,9 Millionen Franken. Wir gehen im IFAP 2008-2012 davon aus, dass die Erträge des Ressourcenausgleichs um 3,5 Prozent jährlich wachsen (IFAP 2007-2011: 3 %). - Die kalkulatorischen Zinsen sind neu im Aufgabenbereich „99 Nicht aufgeteilte Positionen“ enthalten (IFAP 2007-2011: „02 Allgemeine Verwaltung“). Dies führt zu einem Mehrertrag von 44,2 (2008), 44,8 (2009), 45,3 (2010) und 45,9 (2011) Millionen Franken gegenüber dem IFAP 2007-2011.					
<b>Investitionsrechnung</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
- Ausgaben					
IFAP 2007-2011	-	-	-	-	
IFAP 2008-2012	-	-	-	-	-
Veränderung					
- Einnahmen					
IFAP 2007-2011	-	-	-	-	
IFAP 2008-2012	-	-	-	-	-
Veränderung					
Begründung: -					
<b>Staatsbeiträge gesamt</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
- Aufwand/Ausgaben					
IFAP 2007-2011	166.6	152.0	153.3	153.7	
IFAP 2008-2012	157.1	147.0	148.2	148.2	148.2
Veränderung	9.5	5.0	5.1	5.5	
- Ertrag/Einnahmen					
IFAP 2007-2011	25.8	25.8	25.8	25.8	
IFAP 2008-2012	24.7	24.7	24.7	24.7	24.7
Veränderung	1.1	1.1	1.1	1.1	
Begründung: - Die Staatsbeiträge aus dem kantonalen Finanzausgleich liegen um 5,5 (2008), 5,3 (2009), 5,2 (2010) und 5,6 (2011) Millionen Franken unter dem IFAP 2007-2011. Vom Minderaufwand 2008 von 5,5 Millionen Franken entfallen 4,9 Millionen Franken auf den Ressourcenausgleich. Durch die tieferen Zahlungen des kantonalen Finanzausgleichs reduzieren sich auch die Erträge aus dem horizontalen Finanzausgleich. - Wir hatten im IFAP 2007-2011 für das Jahr die Ausrichtung von Sonderbeiträgen von 4,1 Millionen Franken vorgesehen. Im Budget 2008 ist dieser Betrag nicht mehr enthalten.					

Vorhaben und Projekte									
						Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2009-2012 in Mio. Franken	Investitionskosten 2009-2012 in Mio. Franken	
<b>Beschlossene / einberechnete Vorhaben</b>									
9.1.1/08	Entwicklung der Zahlungsströme des innerkantonalen Finanzausgleichs (inkl. Sonderbeiträge und Kohäsionsfonds)								
	a) der Ausgaben	2008	2009	2010	2011	2012			
	Ressourcenausgleich	74,1	74,8	75,4	75,4	75,4	4,6		
	Lastenausgleich	69,4	70,1	70,7	70,7	70,7	4,6		
	Entschuldung	11,7	0	0	0	0	-46,8		
	Einlage in Fonds Sonderbeiträge	7	4	4	4	4	-12,0		
	Rückstellung Beiträge Stadtregionen Luzern und Sursee		11	11	11	11	44,0		
	b) der Einnahmen	2008	2009	2010	2011	2012			
	Horizontaler Finanzausgleich	24,7	24,9	25,2	25,2	25,2	-1,7		
	Fondsentnahmen	0	7,5	7,5	7,5	7,5	-30		
9.1.2/08	Entwicklung der Kantonsanteile an Bundeseinnahmen								
		2008	2009	2010	2011	2012			
	Direkte Bundessteuer	84,5	85,0	91,0	91,0	91,0	-20,0		
	Gewinnanteil SNB	81,0	79,0	79,0	79,0	79,0	8,0		
	LSVA	19,4	20,7	20,7	20,7	20,7	-5,2		
	Verrechnungssteuer	15,6	14,1	14,1	14,1	14,7	3,6		
9.1.3/08	Rückläufige Dividendenerträge LUKB aufgrund geringerer Anzahl Aktien im Finanzvermögen					2009-2012	3,3		
9.1.4/08	Ausgleichszahlungen der NFA des Bundes								
		2008	2009	2010	2011	2012			
	Ressourcenausgleich	304,3	315,0	326,0	337,4	349,2	-110,4		
	Härteausschleich	17,7	17,7	17,7	17,7	17,7	0		
	Lastenausgleich	6,5	6,6	6,6	6,7	6,8	-0,7		
9.1.5/08	Steuergesetzrevision 2008								
	a) Korrektur Tarif für Vermögen					2009	140		
	b) Korrektur Tarif für Gewinn und Kapital					2010	52,5		



<b>Vorhaben und Projekte</b>			
	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2009-2012 in Mio. Franken	Investitionskosten 2009-2012 in Mio. Franken
9.1.6/08 Staatssteuern, Senkung um 1/20 einer Einheit	2009	100	
9.1.7/08 Staatssteuern, Ausgleich der kalten Progression	2012	18	
<b>Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)</b>			
9.2.1/08 Buchgewinne aus Liegenschaftsverkäufen	2009-2010	-8,5	
9.2.2/08 Steuergesetzrevision 2011 (u.a. Umsetzung der Unternehmenssteuerform II des Bundes)	2011-2012	offen	
<b>Gesetzesänderungen</b>			
9.3.1/08 Umsetzung Steuergesetzrevision 2008	2008-2010		
9.3.2/08 Finanzausgleichsgesetz	2009		
9.3.3/08 Steuergesetzrevision 2011 (u.a. Unternehmenssteuerreform II)	2011-2012		

(in Mio. Franken)

<b>Laufende Rechnung</b>	<b>R2006</b>	<b>B2007</b>	<b>B2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>%</b>
Aufwand	307.6	278.7	255.7	257.5	261.9	266.5	271.2	6.0
Ertrag	1459.6	1377.4	1'601.7	1'580.8	1'610.6	1'641.3	1'654.8	3.3
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>-1'152.0</b>	<b>-1'098.7</b>	<b>-1'346.0</b>	<b>-1'323.3</b>	<b>-1'348.7</b>	<b>-1'374.8</b>	<b>-1'383.6</b>	
<b>90 Steuern</b>								
Aufwand	11.8	14.0	12.6	12.6	12.6	12.6	12.6	
Ertrag	955.3	923.1	927.3	897.2	909.7	928.7	930.0	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>-943.5</b>	<b>-909.1</b>	<b>-914.7</b>	<b>-884.6</b>	<b>-897.1</b>	<b>-916.1</b>	<b>-917.4</b>	
<b>92 Finanzausgleich</b>								
Aufwand	184.5	170.2	169.7	167.5	168.8	168.8	168.8	
Ertrag	44.1	30.7	360.7	371.5	382.6	394.1	406.0	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>140.4</b>	<b>139.5</b>	<b>-191.0</b>	<b>-203.9</b>	<b>-213.8</b>	<b>-225.3</b>	<b>-237.2</b>	
<b>93 Einnahmenanteil</b>								
Aufwand	17.8	15.9	17.6	18.4	18.8	19.2	19.6	
Ertrag	258.5	261.2	200.5	198.8	204.8	204.8	204.8	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>-240.7</b>	<b>-245.3</b>	<b>-182.9</b>	<b>-180.4</b>	<b>-186.0</b>	<b>-185.6</b>	<b>-185.2</b>	
<b>94 Vermögens- und Schuldenverwaltung</b>								
Aufwand	50.3	50.3	53.9	52.2	53.0	54.1	55.8	
Ertrag	201.7	162.5	68.9	68.6	68.2	67.9	67.7	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>-151.4</b>	<b>-112.2</b>	<b>-15.0</b>	<b>-16.4</b>	<b>-15.2</b>	<b>-13.8</b>	<b>-11.8</b>	
<b>99 Nicht aufgeteilte Positionen</b>								
Aufwand	43.2	28.4	1.9	6.8	8.7	11.8	14.4	
Ertrag	0.0	0.0	44.2	44.8	45.3	45.9	46.4	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>43.2</b>	<b>28.4</b>	<b>-42.3</b>	<b>-38.0</b>	<b>-36.6</b>	<b>-34.0</b>	<b>-32.0</b>	
<b>Investitionsrechnung</b>	<b>R2006</b>	<b>B2007</b>	<b>B2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>%</b>
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
<b>Ausgaben-/Einnahmenüberschuss</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	
<b>Staatsbeiträge</b>	<b>R2006</b>	<b>B2007</b>	<b>B2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>%</b>
<b><i>Laufende Rechnung</i></b>								
Aufwand	172.2	160.9	157.1	147.0	148.2	148.2	148.2	-5.6
Ertrag	26.0	25.8	24.7	24.7	24.7	24.7	24.7	0.0
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>146.2</b>	<b>135.1</b>	<b>132.4</b>	<b>122.3</b>	<b>123.5</b>	<b>123.5</b>	<b>123.5</b>	
<b><i>Investitionsrechnung</i></b>								
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
<b>Aufwand-/Ertragsüberschuss</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	

## IX. Strassenwesen

(in Mio. Franken)

in Mio. Franken	R2006	B2007	B2008	2009	2010	2011	2012
Strassenausgaben	84.3	89.2	94.5	96.1	97.3	98.7	99.9
Strasseneinnahmen	94.4	93.8	89.5	91.1	92.4	93.7	95.0
Veränderung Strassenschuld	-10.1	-4.6	5.0	5.0	4.9	5.0	4.9
Strassenschuld	71.9	67.4	72.4	77.4	82.3	87.3	92.2

Im **Kantonsstrassenbau** sind für die nächsten Jahre folgende grösseren Projekte vorgesehen (Details siehe Bauprogramm):

Strassenzug	Gemeinde, Abschnitt, Massnahme	Kosten in Mio. CHF
K 2	Luzern, Schwanenplatz - Luzernerhof, Radverkehrsanlage, Bushaltestelle	2.7
K 4	Kriens, Zentrum - Einmündung Hergiswaldstrasse, Förderung öffentlicher Verkehr, Radverkehrsanlagen	4.0
K 13	Emmen, Seetalplatz - Centralplatz, Radverkehrsanlagen, Förderung öffentlicher Verkehr, Sanierung Strasse	2.4
K 13	Emmen, Centralplatz - Sonnenplatz, Radverkehrsanlagen, Förderung öffentlicher Verkehr	3.3
K 13	Emmen, Sonnenplatz - Sprengiplatz, Radverkehrsanlagen, Förderung öffentlicher Verkehr	3.3
K 13/15	Emmen, Sprengiplatz, Radverkehrsanlagen, Förderung öffentlicher Verkehr, Sanierung Strasse	4.3
K 14	Büron / Geuensee, Einmündung Rütistrasse - Grenze Geuensee - Dorf, Radverkehrsanlagen, Sanierung Strasse	4.5
K 15	Flankierende Massnahmen für Autobahnzubringer Rothenburg, Radverkehrsanlagen, Umbau Knoten Einmündung Eschenbachstrasse und Einmündung Bären	2.0
K 17b	Dierikon, Einmündung K 17 Längenbold - Einmündung Rigistrasse, Flankierende Massnahmen Zubringer Rontal auf Götzenthalstrasse	3.8
K 32	Luzern, Allmend, Aufhebung Niveauübergang Zentralbahn (Anteil Strassenrechnung Tieflegung Zentralbahn)	19.2
K 40	Willisau, Löwen - Schlüsselacher, Verlegung Kantonsstrasse	5.7
K 48	Neuenkirch, Sempach: Aufhebung Niveauübergang Sempach-Station	15.8
K 65b	Buchrain, Dierikon, Ebikon, Zubringer Rontal	104.0

## X. Kantonale Hochbauten

				Budget	Finanzplan 2009 - 2018									
Anl.	Proj.	Projekt Bezeichnung	Dep.	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
		<b>IFAP 2008 - 2012 / Investitionen kantonale Hochbauten</b>												
		Die finanziellen Mittel für die Investitionen der Kantonalen Hochbauten sind begrenzt. Das Total der Investitionsprojekte übersteigt die Finanzplanvorgaben der Jahre 2009 bis 2012 Jahre massiv. Die Projektpriorisierung und Differenzbereinigung der Jahre 2009 bis 2012 ist in Zusammenarbeit mit den betroffenen Departementen in Bearbeitung. Der vorliegende IFAP ist jedoch <u>nicht</u> mit den Ergebnissen der laufenden Bedarfsplanungen Spitalbauten, Berufsschulen und Fachhochschulen abgestimmt. Im Total der Investitionsprojekte sind nebst den unten aufgeführten Grossprojekten alle bekannten betrieblichen Umbauprojekte und Unterhaltsprojekte enthalten. Für den baulichen und betrieblichen Unterhalt der staatlichen Liegenschaften sind jährliche Investitionen von rund 35 Millionen Franken eingerechnet.												
		<b>Globalbudget</b>		<b>79'000</b>	<b>74'000</b>	<b>74'000</b>	<b>74'000</b>	<b>74'000</b>						
		<b>Total Investitionsprojekte</b>		<b>87'745</b>	<b>93'428</b>	<b>92'853</b>	<b>111'875</b>	<b>114'675</b>	<b>116'300</b>	<b>105'900</b>	<b>101'000</b>	<b>80'450</b>	<b>68'200</b>	<b>61'200</b>
		Differenz (Überhang)		8'745	19'428	18'853	37'875	40'675						
17	42	Kantonsschul Luzern: Neubau Bibliothek	BKD							500	5'000			
527	200	UNI+PHZ Luzern: Umnutzung Postgebäude / Ausführung	BKD	10'000	25'000	25'000	30'000	10'000						
527	200	UNI+PHZ Luzern: Umnutzung Postgebäude / Beiträge UNI	BKD	-4'725	-11'813	-11'813	-14'175	-4'725						
19	33	Kantonsschule Reussbühl: Neubau Turn- / Spielhalle	BKD						500	3'000	1'000			
21	25	Kantonsschule Sursee: Neubau / Erweiterung 2. Etappe	BKD							500	5'000			
25		PHZ Luzern: Neubau Turnhalle Allmend (Miete)	BKD			0								
25	18	PHZ Luzern: Einbau Naturwissenschaftliche Schul / 2.Etappe		0	1'300									
30	200	Sentimatt Luzern: Gesamtsanierung / Ausbau-Erweiterung HGK	BKD	250	500	1'000	1'000	5'000	5'000	4'000				
31	3	Rössligasse Luzern: Gesamtsanierung	BKD						500	1'500	3'000	2'500		
32	204	HTA Horw: Verwaltungstrakt / Einbau Hörsäle	BKD	2'600										
34	10	HPZ Hohenrain: Pfarrhaus / Sanierung	FD									1'500		

[illegible]

Anl.	Proj.	Projekt Bezeichnung	Dep.	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
		<b>Psychiatrisches Zentrum, St. Urban</b>												
43	46	Haus C: Gesamtsanierung	GSD					3'000						
43	51	Haus A: Betr. Anpas./Sanierung	GSD	1'500	2'000									
43	202	Ther./Wirt.: Sanierung Küche	GSD	0	300	2'500								
43	64	Haus B: Gesamtsanierung	GSD			300	3'000							
46	Neu	<b>Kantonales Labor Luzern:</b> Neubau									500	3'000	7'000	
48	Neu	<b>Strafanstalt Wauwilermoos:</b> Scheune Nord / Erweiterung						800						
48	206	<b>Strafanstalt Wauwilermoos:</b> Erweiterung Gewerbegebäude (Wäscherei)	JSD	1'000										
50	NEU	<b>KAPO Luzern:</b> Zusammenlegung ELZ Kanton+Stadt-Luzern	JSD	100	2'500									
52	13	<b>Strassenverkehrsamt Luzern:</b> Nordanbau	JSD						3'000					
63	Neu	<b>Zivilschutzzentrum Sempach:</b> Umnutzung/Ausbau Sicherheitszentrum		500	500	1'000	5'000	10'000	10'000	5'000				

## **Grossratsbeschluss über den Integrierten Finanz- und Aufgabenplan 2008–2012**

vom 6. November 2007

*Der Grosse Rat des Kantons Luzern,*  
nach Einsicht in den Bericht des Regierungsrates vom 28. August 2007,  
*beschliesst:*

1. Der Integrierte Finanz- und Aufgabenplan 2008–2012 vom 28. August 2007 wird genehmigt.
2. Der Grossratsbeschluss ist zu veröffentlichen.

Luzern, 6. November 2007

Im Namen des Grossen Rates  
Die Präsidentin: Heidi Lang-Iten  
Der Staatsschreiber: Viktor Baumeler

**Zum Integrierten Finanz- und Aufgabenplan 2008–2012 überweist der Grosse Rat folgende Bemerkungen an den Regierungsrat:**

1. Die Informationen über die Luzerner Kantonsspitäler und die Luzerner Psychiatrie sind ab Voranschlag 2009 mit geeigneten Zahlen betreffend Qualität der erbrachten Leistungen zu ergänzen.
2. Mit der Gewährung des Gesamtlohnanstiegs von 2,5% auf den 1.1.2008 sind allfällige Altlasten aus Teuerungsforderungen abgegolten. Die Differenz zwischen dem Luzerner Lohnindex und dem entsprechenden Konsumentenpreisindex gilt als ausgeglichen (Basis Mai 2007 106,7 Punkte). Künftig soll nur noch mit dem Konsumentenpreisindex gearbeitet werden.
3. Der Sport soll in zunehmendem Mass finanziell gefördert werden.
4. Die im IFAP erwähnte Massnahme «neuer Bahnhof Luzern Nord» darf die Priorisierung der Schlüsselmassnahmen gemäss dem vom Grossen Rat verabschiedeten Agglomerationsprogramm nicht gefährden. Wenn der «Bahnhof Luzern Nord» als Schlüsselmassnahme in das Agglomerationsprogramm aufgenommen werden soll, ist dem Grossen Rat vorher ein Ergänzungsbericht zum Agglomerationsprogramm zu unterbreiten.
5. Die noch nicht realisierten Massnahmen im Rahmen der 2. Etappe der S-Bahn, insbesondere im Bereich Luzern West, sind rasch zu realisieren.
6. Der IFAP 2009–2013 soll im Teil «Kantonale Hochbauten» verbindlichere Angaben zu Plafond und darauf abgestimmten Investitionsprojekten enthalten.
7. Sanierung Zeughaus Musegg: Der Staat soll nur als Investor aktiv werden, falls vorgängig unter wirtschaftlichen Aspekten der eigene Raumnutzungsbedarf belegt werden kann.